ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 3/2017 | 43. Jahrgang | 2,30 €

OB SO LE NATO

DIE WAFFEN NIEDER!
DFG-VK-Jubiläumskongress
10.-12. November in Berlin
Das Programm auf Seite 14

In diesem Heft

Margot Käßmann: Heiliger Zorn auf Rüstung und Krieg

Frieden geht! Einzigartige Aktion für 2018: Staffellauf gegen Rüstungsexporte

ZC-Spezial: Wahlprogramme 2017 Die friedenspolitisch relevanten Aussagen der Parteien im Bundestagwahlkampf

Die *Deutsche Friedensgesellschaft (DFG)* wurde am 9. November 1892 in Berlin von der späteren Friedensnobelpreisträgerin (1905) Bertha von Suttner und dem späteren Friedensnobelpreisträger (1911) Alfred Hermann Fried gegründet.

1968 schloss sich die *DFG* mit der *Internationale der Kriegsdienstgegner* (IdK; gegründet 1919 als Bund der Kriegsdienstgegner, nach Verbot im Faschismus 1947 als IdK wieder gegründet) zur *DFG-IdK* zusammen.

Am 24. November 1974 fusionierte die *DFG-IdK* mit dem 1958 gegründeten *VK (Verband der Kriegsdienstverweigerer)* zur *DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen)*.

Die pazifistische Grundsatzerklärung:
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

DFG-VK-Bundesverband
www.DFG-VK.de DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892626 office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel 0177-8871014
schaedel@dfg-vk.de

Stellvertr. politischer Geschäftsführer
Michael Schulze von Glaßer 0176-23575236
svg@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop *Pazifix*
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892626 material@dfg-vk.de
www.shop.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund 0231-818032
Stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis
•**Ralf Buchterkirchen** buchterkirchen@dfg-vk.de •**Tobias Damjanov** damjanov@dfg-vk.de •**Jürgen Grässlin** graesslin@dfg-vk.de •**Cornelia Mannewitz** mannewitz@dfg-vk.de •**Christoph Neeb** neeb@dfg-vk.de •**Monty Schädel** schaedel@dfg-vk.de •**Torsten Schleip** schleip@dfg-vk.de •**Thomas Carl Schwoerer** schwoerer@dfg-vk.de

Redaktion ZivilCourage
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892620 zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg.vk.de
ZivilCourage Magazin

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von *DFG-IdK* und *VK* zur *DFG-VK* 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft, Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift Courage und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift *Zivil* heraus.

DFG-VK-Landesverbände

Baden-Württemberg
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51885601 bawue@dfg-vk.de
www.bawue.dfg-vk.de
DFG-VK Baden-Württemberg

Bayern
Schwanthalerstraße 133,
80339 München 089-89623146
bayern@dfg-vk.de

Berlin-Brandenburg
b-b@dfg-vk.de www.b-b.dfg-vk.de

Bremen/Niedersachsen
Villa Ichon, Goetheplatz 4,
28203 Bremen 0421-5964961
nds-hb@dfg-vk.de

Hamburg/Schleswig-Holstein
Exerzierplatz 19, 24103 Kiel
hh-sh@dfg-vk.de
www.hh-sh.dfg-vk.de

Hessen
Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
069-431440 hessen@dfg-vk.de
www.hessen.dfg-vk.de

Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz
0177-8871014 mv@dfg-vk.de
www.mv.dfg-vk.de

Nordrhein-Westfalen
Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund 0231-818032
nrw@dfg-vk.de www.nrw.dfg-vk.de

Ost
c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus,
04416 Markkleeberg 034299-76637
ost@dfg-vk.de www.ost.dfg-vk.de

Rheinland-Pfalz
Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10,
55116 Mainz
lv@dfg-vk-rlp.de www.dfg-vk-rlp.de

Die Adressen der örtlichen und regionalen DFG-VK-Gruppen im Internet:
www.dfg-vk.de/kontakte/gruppen

Mitgliedschaften/Mitarbeit

War Resisters´ International (WRI)
www.wri-irg.org info@wri-irg.org

International Peace Bureau (IPB)
www.ipb.org mailbox@ipb.org

Kooperation für den Frieden
www.koop-frieden.de
info@koop-frieden.de

Bundesausschuss Friedensratschlag
www.friedensratschlag.de

Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
www.soziale-verteidigung.de
info@soziale-verteidigung.de

Forum Ziviler Friedensdienst
www.forumzfd.de
kontakt@forumzfd.de

Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel
www.aufschrei-waffenhandel.de
kontakt@aufschrei-waffenhandel.de

atomwaffenfrei.jetzt
www.atomwaffenfrei.de

ZivilCourage

Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken an die DFG-VK, Werastraße 10, 70182 Stuttgart
oder online abonnieren: www.DFG-VK.de

abonnieren

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift ✘

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ
Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✘
Datum Unterschrift

Foto: privat

Liebe Leserin, lieber Leser,
in den Tagen, in denen ich dieses Heft bearbeitet habe, fand in Hamburg der G20-Gipfel statt. Wegen einer Knie-Operation und dem anschließenden An-Krücken-gehen-Müssen konnte ich die Ereignisse dort nur aus der Ferne und am TV-Bildschirm beobachten. Und war bestürzt darüber, was ich da mit ansehen musste.

Natürlich vor allem darüber, wie gewalttätig die Krawalle waren, darüber, dass echte oder auch nur angebliche Linke glauben können, mit dem Werfen von Flaschen und Pflastersteinen auf Polizisten irgendetwas Positives erreichen zu können, darüber, dass manche meinen, das Anzünden von Autos oder das Plündern von Läden könnte irgendetwas mit Globalisierungskritik zu tun haben.

Bestürzt aber auch darüber, dass es nun in einer deutschen Großstadt eine riesige Zone gibt, in der jegliche Demonstration verboten ist, darüber, wie Menschen, die sich friedlich auf sogenannten „Protokollstrecken" zu Sitzblockaden zusammenfinden, von der Polizei mit Schlagstock, Reizgas und Wasserwerfer von der Straße geprügelt und gespritzt werden. Darüber, dass Grundrechte wie Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden, wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit gebrochen wird, wie die „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt", die unantastbare Menschenwürde zu achten und zu schützen, missachtet wird (Art. 1 Grundgesetz).

Und obwohl ich sehr viele Fernsehberichte gesehen und zahlreiche Presseartikel gelesen habe, fällt es mir doch schwer, abseits von Schwarz-weiß-Schemata das Gesehene und Gelesene differenziert einzuordnen, Ursachen und Wirkungen zu verstehen, Motive und Absichten nachzuvollziehen.

Vielleicht hilft ja dabei die klassische, im alten Rom von Cicero gestellte Frage „cui bono?" weiter („Wem zum Guten?", also „Wem nützt es?").

Als erstes sehe ich da die C-Parteien, die immer über zu wenig Polizei klagen, die gerne Gesetze verschärfen und Freiheiten einschränken, die die Polizei besser ausrüsten und bewaffnen wollen, die die Bundeswehr im Inneren einsetzen wollen *(„In besonderen Gefährdungslagen werden wir die Bundeswehr unter Führung der Polizei unterstützend zum Einsatz bringen. Dabei wollen wir zunächst den bestehenden Rechtsrahmen ausschöpfen." Aus dem aktuellen Wahlprogramm; siehe Seite 15 in diesem Heft)* und die die „Rote Flora" schließen wollen. Die sehen sich nun bestätigt und werden „die Ernte" bei der Bundestagswahl durch mehr Stimmen einfahren, als sie sie ohne „Hamburg" wohl erhalten hätten.

Es nützt den polizeilichen Interessensvertretern und den bürokratischen Apparaten, die ständig über zu wenig Personal und schlechte Ausstattung klagen. Mindestens 15 000 Polizeistellen wollen Bund und Länder in den nächsten Jahren nun neu schaffen.

Daraus ergibt sich noch keine Kausalität. Es liegt mir also fern, daraus, dass die Unionsparteien und die Law-and-order-PolitikerInnen und die Polizeien von den Hamburger Ereignissen profitieren, zu schließen, diese hätten sie gezielt, absichtlich und koordiniert so herbeigeführt. Aber manchmal reicht ja auch schon die Mischung aus mangelhafter Lageeinschätzung, falscher Prioritätensetzung, schlechter Vorbereitung, fahrlässigem Missachten von Warnzeichen, Prinzipienreiterei und bösem Willen, um ein Ergebnis zu erhalten, das so keiner geplant hat, mit dem manche aber eben gut leben können. Da entsteht dann im Zusammenspiel eine innere Logik mit fatalen Ergebnissen.

Profitiert haben schließlich diejenigen, die auf gewalttätige Randale aus waren. Sie konnten ihre Hass- und Wutphantasien ausleben, sich einbilden, sie hätten durch ihre Aktionen den Staat als Unterdrückungsinstrument desmaskiert, und sich einreden, sie hätten den Kapitalismus ernsthaft behindert und gestört und Aufstand und Revolution vorangebracht. Und, als größer Erfolg: Sie haben Staat und Polizei gezwungen, sich für einige Stunden aus dem Hamburger Schanzenviertel zurückzuziehen und so lange ihre Staatsgewalt nicht ausüben zu können.

Und sonst – bleiben viele Verlierer: beispielsweise diejenigen, die eigentlich gegen Missstände und für Veränderungen demonstrieren wollen, sich zukünftig das aber aus Angst vor Polizei- und/oder Demogewalt nicht mehr trauen; die friedlichen DemonstrantInnen, deren Anliegen von der Gewalt verdeckt und in den Hintergrund gedrängt wurde. ... und die SPD, die in Person von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz so blöd war, sich den G20-Gipfel von Angela Merkel aufdrängen zu lassen.

Stefan Philipp

Inhalt

Titel **04** Stefan Philipp: Die obsolete Nato **06** Thomas Bauer: Aktive Neutralität zur Friedenssicherung
Aktion **08** Michael Schulze von Glaßer: (Kein)„Tag der Bundeswehr" 2017 **32** Thorge Ott: Jung und aktiv **33** Brunhild Müller-Reiß: Gedanken zu G20 und zur Gewalt **34** Michael Schulze von Glaßer und Thomas Mickan: Der neue DFG-VK-Bulli auf seiner ersten Tour
Antimilitarismus **10** Jürgen Grässlin: Dichtung und Wahrheit der Waffenexportberichte **11** Jürgen Grässlin: Mitmachen bei den Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch **13** Jürgen Grässlin und Stephan Möhrle: Frieden geht! **28** Margot Käßmann: Heiliger Zorn auf Rüstung und Krieg **30** Stefan Philipp: Was den DDR-Herrschenden nicht gelungen ist ...
DFG-VK Bundeskongress
14 Einladung und Tagesordnung
Bundestagswahl 2017 **15** ZC-Spezial: Die friedenspolitisch relevanten Aussagen der Parteien im Bundestagswahlkampf
Nachruf **37** Heinrich Häberlein und Tobias Damjanov: Zum Gedenken an Manfred Lesch
DFG-VK informativ
36 Michael Schulze von Glaßer: „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?"
38 Briefe **39** Feldpost

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, Telefax 03212-102 82 55, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche FriedensgesellschaftVereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan K. Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-46 30 05 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: fünf Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilagen: „Südwest-Kontakte" des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg (Teilauflage) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 19. Juli. Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober, Redaktionsschluss ist der 15. September.

US-Präsident Donald Trump bei seinem ersten Nato-Gipfeltreffen Ende Mai in Brüssel: Forderung an die anderen Nato-Staaten nach höheren Militärausgaben

Von Stefan Philipp

Nein, das waren keine Fake-News – im Wahlkampf um die US-Präsidentschaft hatte der Kandidat Donald Trump die Nato tatsächlich mehrfach als „obsolet" bezeichnet. Der Duden erklärt die Bedeutung dieses Wortes mit den Begriffen „veraltet" und „überflüssig".

Nun kann man den neuen US-Präsidenten Trump gut begründet für einen Egomanen, Autokraten, Rassisten, Sexisten, Narzissten, Blender, Lügner, Nationalisten und einiges mehr halten. Deshalb muss aber nicht automatisch alles falsch sein, was er sagt. Die Nato für überflüssig zu halten, weshalb sie aufgelöst und abgeschafft werden sollte, diese Einschätzung und Forderung könnten vermutlich auch die meisten PazifistInnen unterschreiben.

Und dass eine solche Position nicht vor grauer Vorzeit, sondern in einer Zeit, an die sich die meisten DFG-VK-Mitglieder vermutlich noch gut erinnern können, gesellschaftlich weit verbreitet war, zeigt beispielsweise ein Blick in das Berliner Grundsatzprogramm der SPD. Am 20. Dezember 1989, im „Wendejahr" also, beschlossen die GenossInnen: „Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen." Der Umbruch in Osteuropa weise den Militärbündnissen „eine neue Funktion zu: Sie müssen, bei Wahrung der Stabilität, ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Dies eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa."

Wir haben erlebt, dass es anders kam, dass die versprochene Friedensdividende ausblieb. Zwar löste sich der Warschauer Pakt auf, aber statt des Friedens kamen Gerhard Schröder und Joschka Fischer, und die führten mit ihrer rot-grünen Mehrheit gleich mit der Nato völkerrechtswidrig Krieg gegen Jugoslawien. (Wer übrigens darüber nachdenkt, warum die SPD nach aktuellen Umfragen bei 22 Prozent liegt, sollte sich einmal das Wahlergebnis von 1998 anschauen – SPD: 40,9 %; CDU/CSU: 35,1 %; B90/Grüne: 6,7 %; FDP: 6,2 %; PDS: 5,1 %; die rechten Parteien Republikaner, DVU und Pro DM erhielten zusammen 3,9 % – und überlegen, wie Kriegs- und Agenda-Politik damit zusammenhängen könnten.)

Die „Obsolet"-Wahlkampfbemerkungen Trumps lösten jedenfalls in den Hauptstädten der anderen Nato-Mitglieder nicht Erleichterung, sondern Sorge aus. Bei aller gelegentlich vorsichtig geäußerter Kritik an der US-Dominanz und der Rolle der USA als Weltpolizisten schien für die anderen 27 Nato-Staaten (erst seit dem 5. Juni 2017 umfasst die Nato mit dem Beitritt Montenegros 29 Mitglieder) eine Weltordnung ohne den Nordatlantikpakt (Nato = North Atlantic Treaty Organization) und die US-Atom-

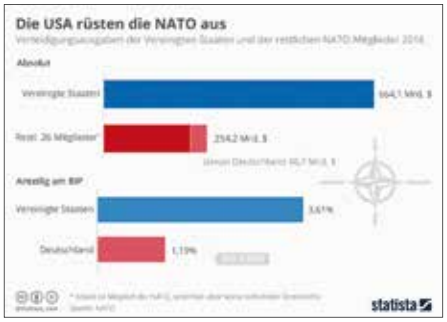
waffen als vermeintlichem Schutz nicht denkbar.

Welt-Unordnung

Diese Weltordnung aber ist eine, die wesentlich den Wirtschaftsinteressen des westlichen kapitalistischen Blocks dient, wie er sich eben in der Nato manifestiert. Diese Ordnung ist zutiefst ungerecht und bedarf zu ihrer Aufrechterhaltung der Androhung und gegebenenfalls auch der Anwendung von Gewalt, also des Einsatzes von Militär und der Führung von Kriegen. Dieser Logik konnte und kann sich auch Trump nicht entziehen. Deshalb verwundert es nicht, dass er sich schnell nach der Amtsübernahme am 20. Januar anders äußerte als im Wahlkampf und auch noch Mitte Januar, als er in Zeitungsinterviews seine „Obsolet"-Äußerung wiederholt hatte. Bereits Anfang Februar sicherte er in einem Telefonat mit dem Nato-Generalsekretär Stoltenberg dem Bündnis seine Unterstützung zu. Mitte April traf er Stoltenberg im Weißen Haus und revidierte seine Haltung: „Ich habe gesagt, sie sei obsolet. Sie ist nicht mehr obsolet."

Als gerissener Geschäftsmann forderte er aber nun, dass die anderen Nato-Staaten ihre Militärausgaben erheblich erhöhen müssten. Während die USA im letzten Jahr unfassbare 664 Milliarden Dollar für ihr Militär ausgegeben hatten, beliefen sich diese Ausgaben bei allen anderen Mitglieder auf „nur" 254 Milliarden Dollar. Während die US-Ausgaben einem Anteil von 3,6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) entsprachen, lag bespielsweise der deutsche BIP-Anteil bei nicht ganz 1,2 Prozent. (siehe die Grafik unten) Eine Umverteilung entsprechend des in der Nato abgesprochenen Ziels von 2 Prozent BIP-Anteil für Rüstung und Militär in jedem Staat würde also für die Vereinigten Staaten eine erhebliche Entlastung bedeuten. Ein „guter Deal" für Trump also.

Dass Deutschland seine Militärausgaben von rund 38 Milliarden Euro im letzten Jahr auf knapp 70 Miliiarden im Jahr erhöhen wird, ist – noch – undenkbar.



Was ist zu tun?

Die DFG-VK war nie eine revolutionäre Organisation. Sie hat die vorgefundenen Realitäten analysiert und versucht, Strategien zu entwickeln, um diese Realitäten Schritt für Schritt in die richtige Richtung zu verändern. Diese Richtung ist beschrieben durch das Ziel der „Ächtung und Abschaffung des Krieges in jeglicher Form", wie es im DFG-VK-Programm heißt.

Mehr Geld für Rüstung und Militär dient diesem Ziel ganz sicher nicht. Auch wenn es „noch undenkbar" ist, dass Deutschland seine Rüstungsausgaben um viele Milliarden erhöht – im Kriegsministerium laufen die Planungen dafür bereits, und ein zusätzlicher Betrag von 130 Milliarden Euro bis 2030 für Rüstungsprojekte ist bereits beschlossen *(siehe* **ZivilCourage** *1/2016: „Ursulas Rüstungsoffensive").*

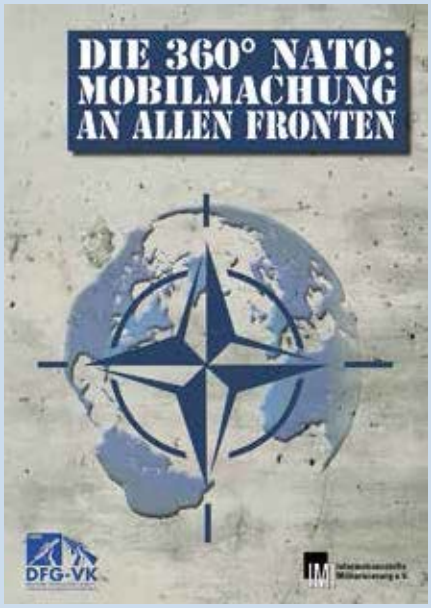
Deshalb sollten wir weiterhin die Rüstungsausgaben und den sogenannten Verteidigungshaushalt thematisieren und skandalisieren. Die Erfahrungen bei der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" zeigen, dass es gelingen kann, breite gesellschaftliche Bündnisse zu organisieren – wenn das Unrecht offensichtlich ist bzw. von uns gemacht wird, wenn die Folgen konkret beschrieben werden, wenn die Forderungen nachvollziehbar und konkret sind, wenn wir Aktionsformen entwickeln, an denen sich möglichst viele beteiligen können. Und wenn wir einen „langen Atem" haben.

Austritt aus der Nato?

In der DFG-VK gibt es immer wieder mal Diskussionen darüber, ob der Verband die Forderung nach (sofortiger) Auflösung der Nato erheben und welche Priorität das dann gegebenenfalls auf unserer Agenda haben sollte. Eine Mehrheit gab es für entsprechende Anträge bei Bundeskongressen nie. Das mag auch damit zusammenhängen, dass nicht überzeugend dargelegt wurde, dass die Nato die oder eine wesentliche Kriegsursache ist.

Ein Kriegsführungsinstrument ist das Militärbündnis sicherlich, aber eingesetzt wird dieses Mittel durch den Willen der Mitgliedsstaaten. Ohne gesellschaftliche Mehrheiten gegen Krieg und die Nato wäre die Forderung nach Auflösung des Bündnisses ein isoliertes und weit entferntes Einzelziel. Und wie wenig gesellschaftliche Mehrheiten allein bewirken können, zeigt leider die Tatsache, dass die Bundesregierungen und die sie tragenden Parlamentsfraktionen nie Mehrheiten für ihre Auslandseinsätze in der Bevölkerung hatten – und diese Einsätze dennoch durchführten.

Und auch die Forderung, Deutschland solle aus der Nato austreten und neutral werden, ist offensichtlich nicht



Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung
Die 360°-NATO: Konfrontationskurs mit Russland und dem Rest der Welt
Jürgen Wagner 9

II. Einsätze
Besetzt, ausgeplündert, geteilt: Die NATO im Kosovo
Jürgen Wagner 11
Die NATO in Afghanistan: Krieg ohne Ende
Anne Lehmann 16
Ganze Arbeit: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat
Jürgen Wagner 21
Aufrüstung der NATO-Ostflanke. Die Umstrukturierung der NATO-Politik, Ukraine-Konflikt und Russland-Krise
Matthias Schäfer 27
Die (hybride) Rolle der NATO bei der Zerstörung Syriens
Christoph Marischka 35

III. Strategien
Nato-Exzellenzzentren – Planen für den nächsten Krieg
Christopher Schwarzkopf 47
Und zu Wasser ... Die NATO als Seemacht
Claudia Haydt 53
Cyberwar und Inforaum: Die NATO und der Krieg auf dem fünften Schlachtfeld
Thomas Gruber 59
Militarisierung von Informationen: NATO-Propaganda heißt jetzt Strategische Kommunikation
Christopher Schwarzkopf 59
Alliance Ground Surveillance: Die Augen und Ohren der NATO über Osteuropa
Marco Planck 65
Atomare Muskelspiele: Die nukleare Offensive der NATO
Jürgen Wagner 61

VI. Proteste
Widerstand gegen NATO-Strukturen in Deutschland - Das Beispiel EUCOM
Thomas Mickan 77
No NATO: Kartographie der Protestlandschaft
Jacqueline Andes 79

Die Broschüre ist gedruckt zum Preis von 4 Euro im DFG-VK-Shop *(shop.dfg-vk.de) erhältlich* und steht online als PDF-Download zur Verfügung: *(www.imi-online.de)/2016/07/06/die-360-nato-mobilmachung-an-allen-fronten/)*

überzeugend genug für die Delegierten bei DFG-VK-Bundeskongressen. Schon gar nicht, wenn wie z.B. im Vorschlag von Thomas Bauer *(siehe Artikel auf dieser Seite),* die Bundeswehr nicht generell in Frage gestellt wird, sondern lediglich die Umwandlung in eine Art Technisches Hilfswerk vorgeschlagen wird. Große Zustimmung verschafft einem solchen Vorschlag auch nicht gerade, wenn man ihn auf die Überlegungen eines früheren Bundeswehr-Generals stützt.

Mehrheiten würden in der DFG-VK vermutlich nur solche Nato-Auflösungs- und Austrittspläne finden, die davon ausgehen, dass Frieden politisch entwickelt werden und dass Sicherheit in Europa als gemeinsame gedacht werden muss, dass es also um eine europäische Friedensordnung und nicht um deutsche Alleingänge geht.

Die 29 Mitgliedsstaaten der Nato

Stefan Philipp ist Chefredakteur der **ZivilCourage.**

Aktive Neutralität zur Friedenssicherung

Für den Austritt Deutschlands aus allen Militärbündnissen und die Umwandlung der Bundeswehr

Von Thomas Bauer

Die Ausgangssituation: Es klang nach dem Zweiten Weltkrieg für manche friedenspolitisch sinnvoll und vernünftig, gerade (West-) Deutschland in ein Verteidigungsbündnis aufzunehmen. Im Potsdamer Abkommen der drei Großmächte USA, Sowjetunion und Großbritannien war 1945 die Entmilitarisierung Deutschlands durch Abrüstung und die Auflösung aller Streitkräfte beschlossen worden. Aus geostrategischen Gründen und im Zuge der zunehmenden Blockkonfrontation wurde auf Betreiben der USA zunächst 1949 die Nato gegründet und 1955 dann die Bundesrepublik remilitarisiert und in sie aufgenommen. Auch um den Interessengegensatz zwischen Deutschland und Russland bzw. der Sowjetunion künstlich existent zu halten. Dies ist eine belegbare und weit zurückreichende Absicht von Seiten der USA, ihren militärischen Einfluss auf Europa gegenüber der Sowjetunion nicht preiszugeben.

Die meisten Menschen konnten nicht ahnen, in welch aggressiver Art sich die Nato entwickeln würde - erst recht seit dem Ende der Blockkonfrontation und damit des Kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion und auch nicht, wie stark sich seitdem die Militarisierung in den meisten westlichen Staaten und in ihren Gesellschaften in Folge ausweiten würde.

Es fällt nun anscheinend selbst Teilen der Friedensbewegung schwer, diesen Fehler durch die Forderung zu korrigieren, Deutschland solle die Mitgliedschaft in der Nato sowie in sämtlichen Militärbündnissen, auch denen im EU-Vertrag von Lissabon festgeschriebenen, sofort aufkündigen und diese verlassen.

Beteiligung an militärischer Expansion des Westens als erklärte Absicht

Statt einer „Friedensdividende“ haben wir seit den 1990er Jahren eine Interventions- und Söldnerarmee bekommen. Das und entstehende Heimatsschutzkompanien und Bürgerkriegsvorbereitungen müssen als Indiz dafür angesehen werden, dass sich die für das Ausbeutungssystem zu Lasten schwächerer Länder und bis hin zum eigenen Staatsbankrott Verantwortlichen durch die Militarisierung ihrer Länder auf zu erwartende Unruhen der Bevölkerung in ihren Ländern vorbereiten - statt durch Verzicht auf Rüstung die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Staaten nicht zu beeinträchtigen, um bis zum Übergang in gewaltfreie Gesellschaftsformen durch militärische Garantien auf der Grundlage der Vereinten Nationen die Entfaltung menschlicher Gesellschaftsformen zu ermöglichen.

Besonders die weit fortgeschrittene militärische Osterweiterung der Nato, die in unstrittiger Weise die Sicherheitsbedürfnisse Russlands gefährdet, sei hier genannt. Aber spätestens seit dem Jugoslawienkrieg und den Irakkriegen, die mit erlogenen Begründungen und völkerrechtswidrig geführt wurden, hätte in den etablierten Friedensorganisationen in ihrer Haltung zu den Militärbündnissen ein Umdenken erfolgen müssen.

Friedensaufgabe erfüllen

Denn auch die Forderung, die zum 2+4 Vertrag von 1990 gehört, dass „von deutschem Boden nur noch Frieden ausgehen solle“, wurde bis heute nicht eingelöst, sondern das Gegenteil ist der Fall. Obwohl wir wissen, dass ohne Gewaltverzicht, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit die Weltprobleme unlösbar sind.

Seit Bestehen der Bundeswehr gibt es auch die Forderung sie abzuschaffen. Für viele als eine Art Lippenbekenntnis, ohne dass es eigene Bemühungen der Friedensbewegung gab oder gibt, um das konkret zu realisieren.

Militärbündnisse verlassen

Zweifelsfrei sind die steten Forderungen der Friedensbewegung nach weltweiter Abrüstung und der Ächtung von ABC-Waffen unverzichtbar, weil ihre Realisierung für die gesamte Menschheit überlebensnotwendig ist. Aber das erfordert und begründet nicht das weitere Vorhandensein von Militärbündnissen, in denen Deutschland verbleiben müss-

te, um dort bestenfalls durch mäßigenden Einfluss auf gewaltbereitere Mitglieder einwirken zu können. Stattdessen macht sich Deutschland durch seine untaugliche Mitgliedschaft zum Mittäter, weil es z. B. in der Nato durch sein Veto keine wirksame Möglichkeit hat, kriegerische Auseinandersetzungen real abzuwenden.

Militärische Unkontrollierbarkeit Deutschlands

Es darf nicht das Ziel sein, dass sich Deutschland sicherheitspolitisch im militärischen Sinne für unabhängig erklärt, um sich so selbsttätig auf das Terrain militärischer Handlungsweisen zu begeben.

Dieser durchaus begründeten Gefahr, trotz fortbestehender „Feindstaatenklausel der Vereinten Nationen“, die sich aus einem militärisch wieder erstarkten und ohne eine Militärbündnisbindung unkontrollierbar gewordenen Deutschland ergibt und was oft aus der politischen Linken sowie aus der Friedensbewegung gegen das Verlassen von bestehenden Militärbündnissen vorgebracht wird, ist entgegen zu halten:

Wir alle erleben derzeit, wie sich Militärbündnisse und Allianzen insbesondere unter „federführender“ Mitwirkung unserer „eigenen“ Militärbündnispartner bilden und unter dem Vorwand der IS-Bekämpfung zum Terror beitragen, für dessen Entstehen in der Vergangenheit teilweise sie selbst mitverantwortlich sind und auch noch bis in die Gegenwart als „Terrorpaten der Welt“ zu gelten haben.

Sie selbst haben oft durch das gezielte Schüren ethnischer und konfessioneller Konflikte zwischen den Menschen für die jeweilig gerade benötigte Zwietracht gesorgt, die dann zur Grundlage der daraus entstehenden Gewalteskalationen missbraucht werden konnte.

Ganze Gesellschaften nebst ihren weit zurückreichenden Kulturen werden so der Zerstörung und Auslöschung preisgegeben und das meist nur, um die hinter den vorgeschobenen Konflikten erkennbaren Rohstoff- und Energieressourcen der Großmächte zu bedienen. Dafür, dieses zu wissen, ohne aber zu handeln, gibt es keine Rechtfertigung, außer dass man das Geschehen und die daraus resultierenden Folgen selber gutheißt.

Es gilt bewahren zu helfen, dass Deutschland eine Demokratie bleibt, die sich weiter entfaltet und kein Militärstaat wird. Und dass wir uns nicht zusätzlich in die inszenierten weltanschaulichen und militärischen Auseinandersetzungen mit anderen Staaten hineinziehen lassen und so das Risiko einer militärischen Kurzschlusshandlung der Großmächte zusätzlich erhöhen!

Lösungsvorschläge an die bisherige und für die gegenwärtige Friedensbewegung

Das bereits in den 1980er Jahren mit aktiven „Naturwissenschaftlern für den Frieden“ besonders von Professor Erich Huster entwickelte Konzept einer freiwilligen Entmilitarisierung Deutschlands, um zukunftsorientierte Sicherheitsstrukturen zu entwickeln, wird angesichts des neuen Weltherrschaftsstrebens einzelner Staaten immer dringender. Nicht zuletzt auch als Lehre aus unserer Geschichte können wir uns nur noch für eine Politik „aktiver Neutralität“ entscheiden.

Auch für seinen Vorschlag zur Umwandlung der Bundeswehr in einen zivilen Hilfs- und Katastrophendienst ohne Waffen unterblieb bis jetzt die notwendige Diskussion in der Friedensbewegung.

Ähnlich zukunftsorientiert hatte bereits 1990 auch der ehemalige stellvertretende Nato-Oberbehlshaber und Bundeswehr-General a. D. Gerd Schmückle in dem „Spiegel“-Artikel „Neue Lösungen müssen her“ argumentiert, als er eine grundsätzliche Änderung anmahnte bis hin zur Aufstellung von Öko-Verbänden:

„Vieles wäre möglich: entgiften verseuchten Bodens, eindämmen von Erosionen im Gebirge, aufforsten von Mischwäldern, Pflege von Neuanpflanzungen etc. Erstmalig könnten die Verantwortlichen ganzheitliche Konzepte für Umweltkontrolle und -verbesserung erarbeiten. Die eingezogenen Öko-Männer sollten unterrichtet, ausgebildet und in praktischer Umweltarbeit eingesetzt werden.“ Und weiter: „So entstünde für die Ausbilder rasch das Berufsbild ‚Umweltschützer‘. Und bei den Auszubildenden würde sich großes Wissen über Umweltfragen entwickeln, auf breitester Basis.“

Auch diese Diskussion wurde bisher nicht von der Friedensbewegung aufgriffen.

Das Jubiläumsjahr 2017 der DFG (-VK) bietet sich an, daran zu erinnern, dass grundsätzlich wichtige Diskussionen wie diese jetzt zu führen sind. Dieser Artikel sollte als ein ermutigender Aufruf dazu verstanden werden.

Thomas Bauer ist DFG-VK-Mitglied und u. a. aktiv in der Initiative: „Kein Militär mehr!“

Veranstaltungsangebot

„Frieden ist machbar!“
125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) – Strategien (Themen), Aktionen, Erfolge

125 Jahre Einsatz für Frieden – in der Geschichte der DFG spiegelt sich das Wirken des organisierten Pazifismus in Deutschland: Kampf gegen Nationalismus, Rüstung und Krieg, für Abrüstung und Kriegsdienstverweigerung; Bemühungen um zivile Konfliktlösungen wie Aufbau einer internationalen Rechtsorganisation, Versöhnung mit ehemaligen Feindstaaten und internationale Zusammenarbeit. Persönlichkeiten wie Bertha von Suttner, Carl von Ossietzky und Martin Niemöller wirkten in der DFG, die an den großen Aktionen der Friedenbewegung mit eigenen Akzenten maßgeblich beteiligt war.

Der (DFG-VK-Verbands-)Historiker Guido Grünewald erzählt mit Fotos von den Aktivitäten der Pazifist*innen, den Repressalien gegen sie und ihren Erfolgen. Wer Interesse hat, eine Veranstaltung mit Guido Grünewald zu organisieren, kann sich gerne an ihn wenden: Dr. Guido Grünewald; E-Mail: g.gruenewald@t-online.de; Telefon: 0228-62 08 95 60

Volk in Not!

Frieden oder Krieg?

Krieg gegen Polen!

200 Millionen Militäretat

Deutsche Friedensgesellschaft

(Kein) „Tag der Bundeswehr“ 2017

Ein Überblick über die Aktionen gegen die Militarisierungs- und Rekrutierungs-Reklame

Von Michael Schulze von Glaßer

Am 10. Juni wollte sich die deutsche Armee an 16 Standorten selbst feiern. Bereits seit zwei Jahren öffnet sie am so genannten „Tag der Bundeswehr“ die Kasernentore oder präsentiert sich in Innenstädten der Bevölkerung. Dabei geht es ihr vor allem um Werbung für ihre Auslandseinsätze und die Gewinnung neuer Rekrutinnen und Rekruten.

Am 10. Juni wollte sich die deutsche Armee an 16 Standorten selbst feiern. Bereits seit zwei Jahren öffnet sie am so genannten „Tag der Bundeswehr“ die Kasernentore oder präsentiert sich in Innenstädten der Bevölkerung. Dabei geht es ihr vor allem um Werbung für ihre Auslandseinsätze und die Gewinnung neuer Rekrutinnen und Rekruten.

Im vergangenen Jahr war es beim „Tag der Bundeswehr“ zum Skandal gekommen, nachdem unser Verband öffentlich gemacht hatte, dass Kleinkinder in einer Kaserne an Handfeuerwaffen gelassen wurden – so passte die Armee in diesem Jahr penibel auf: Minderjährigen wurde der Zugang zu Handfeuerwaffen verboten – in Panzer, Kampfjets und andere Militärvehikel wurden sie jedoch gelassen. Seit 2011 gibt es bei der Bundeswehr eine Regelung, die dies offiziell erlaubt.

Allerdings: Auch wenn ein Skandal in diesem Jahr ausblieb, richtigen Erfolg hatte die Armee mit ihrem Tag nicht. Das mediale Interesse war gering, und auch die Besucherzahlen blieben hinter den Erwartungen zurück: Es sind wohl weit weniger Leute gekommen als erhofft. So waren es in der Rommel-Kaserne in Dornstadt bei Ulm nur 7500 Besucherinnen und Besucher statt der angekündigten 10000. Auch an anderen Standorten war das Interesse vergleichsweise gering – es wurden laut Armee-Angaben denn über 270000 Besucherinnen und Besucher gezählt. Und so ist der „Tag der Bundeswehr“ das zentrale Propaganda-Event der Armee – und bietet dadurch auch „Angriffsfläche“ für Kritik. An mindestens acht Standorten haben Aktive aus der DFG-VK und weitere Friedensaktivistinnen und -aktivisten protestiert:

Die wohl größte Protestaktion fand in **Rüsselsheim** statt. Dort war der „Tag der Bundeswehr“ in den „Hessentag“ eingebunden – ein einwöchiges Landesfest, bei dem sich die Bundeswehr mit zahlreichen Militärfahrzeugen direkt am Main präsentierte. Dagegen gab es zwei Protestzüge mit bis zu einhundert Leuten, eine Dauerkundgebung mit Musik, Reden und Infoständen sowie immer wieder kleinen Aktionen im von Feldjägern und Polizei hermetisch gegen Kritikerinnen und Kritiker abgeschirmten Areal: So „eroberten“ junge Friedensaktivistinnen und -aktivisten kurzerhand einen Panzer mit einem „STOP WARS“-Transparent.

Foto: Simon Kiebel

Ebenfalls größer war der Protest in **Dornstadt bei Ulm**: Die Gruppe Stuttgart hatte dazu extra einen Bus organisiert um die örtlichen Aktiven zu unterstützen. Der bunte Protest fand sowohl in der Kaserne als auch außerhalb statt: Etwa – angelehnt an die neuen DFG-VK-Aufkleber – unter dem Motto „Unicorns against Uniforms“ in Einhorn-Kostümen oder bezugnehmend auf den Namen der Kaserne mit dem Slogan „Bundeswehr wegrommeln“. Dabei kam auch der DFG-VK-Bulli zum Einsatz. Auch in Zukunft wollen die Aktiven vor Ort das Thema „Rommel“ und die Wehrmachts-Tradition der Armee thematisieren.

Foto: Thomas Mücken

Aufsehenerregend war eine Stör-Aktion eines Vereidigung in **Weißenfels** in Sachsen-Anhalt. Auf einem Sportplatz standen nicht nur die neuen Bundeswehr-Rekrutinnen und -Rekruten sowie neugierige Zuschauerinnen und Zuschauer, sondern auch Aktive der regionalen DFG-VK-Gruppe. Mit einem Transparent machten sie auf die Praxis der Armee aufmerksam, schon Minderjährige für den Dienst an der Waffe auszubilden. Andere hielten ein „Krieg beginnt hier“-Transparent. Nach einiger Zeit griffen die Feldjäger ein und drängten die Transparent-Halterinnen und -Halter ab – dennoch ein erfolgreicher Protest.

Foto: DFG-VK Hamburg/Schleswig-Holstein

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen war im Gewand eines „Sensenmanns“ samt Sarg vor der Marineunteroffiziersschule in **Plön** anzutreffen. Die Protestaktion der immer sehr aktiven DFG-VK-Gruppen aus Schleswig-Holstein am Eingang der Kaserne war nicht zu übersehen: Mit einem Sarg wurde – etwas morbide – zum „Probeliegen“ eingeladen. Zudem gab es zahlreiche Transparente und eigene, zusammen mit dem Bundesverband erstellte Flugblätter: „Bundeswehr abschaffen!“

In **Stralsund** in Mecklenburg-Vorpommern kam es im kleinen Rahmen zu Land, zu Wasser und in der Luft zu Protesten: Es wurden Protest-Transparente gehalten, ein Schiff mit Pace-Fahne neben ein Marineschiff gefahren und Luftballons mit antimilitaristischen Botschaften steigen gelassen. Auch wenn nur wenige Friedensaktive teilnahmen, sorgte der kreative Protest für Aufmerksamkeit. Schon kleinste Aktionen sind gut, um die Militär-Propaganda nicht unwidersprochen zu lassen.

Foto: Cornelia Mannewitz

Und so waren auch die Infostände vor den „Tag der Bundeswehr“-Kasernen im nordrhein-westfälischen **Aachen** sowie in den bayerischen Orten **Greding** und **Weiden** enorm wichtig. Dabei wurden viele Materialien verteilt und interessante Diskussionen geführt.

Foto: Joachim Schramm

Mindestens die Hälfte aller Bundeswehr-Werbe-Standorte mit kritischen Gegenaktionen abgedeckt zu haben, kann durchaus als Erfolg gewertet werden: Gerade da der „Tag der Bundeswehr“ in diesem Jahr an vielen Orten stattfand, an denen es kaum Friedensaktive gab.

Foto: DFG-VK Nordschwaben

Nächster Tag gegen Krieg und Bundeswehr: 9. Juni 2018

Im kommenden Jahr sollen die Aktionen noch größer ausfallen – die Standorte dafür sind im Gegensatz zum Termin aber noch nicht bekannt: Am 9. Juni 2018 soll der nächste „Tag der Bundeswehr“ stattfinden.

Machen wir ihn wieder zum bundesweiten Tag gegen Krieg und Militär!

Michael Schulze von Glaßer ist stellvertretender Politischer Geschäftsführer der DFG-VK.

Weitere Informationen im Internet: www.kein-tag-der-bundeswehr.de

Foto: DFG-VK Weiden

Dichtung und Wahrheit der Waffenexportberichte

Die aktuellen Rüstungsexportberichte dokumentieren die fortgesetzte Beihilfe der Bundesregierung zu Menschenrechtsverletzungen und zu Mord

Von Jürgen Grässlin

Die neuen Jahresberichte zum staatlich genehmigten Rüstungsexport dokumentieren für 2016 und für die ersten vier Monate 2017 eines: Die Bundesregierung exportiert weiterhin hemmungslos Kriegswaffen an Unterdrücker und Diktatoren, an Menschenrechtsbrecher und Warlords. Diese Politik ist weder christlich noch sozial. Denn sie hält Unterdrücker an der Macht, ermöglicht das fortgeführte Morden mit deutschen Kriegswaffen auf den Schlachtfeldern in aller Welt und zwingt zahllose Menschen zur Flucht.

Einmal mehr kleidete die Bundesregierung die Publikation des aktuellen Rüstungsexportberichts 2016 und – des lobenswert früh publizierten – Rüstungsexportberichts 2017 für Januar bis April in wohlfeile Worte. So überschreibt das Bundeswirtschaftsministerium die Publikation seiner Datensammlungen mit dem Postulat: „Für eine zurückhaltende und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik“.

In der umfassenden Selbsteinschätzung folgen Formulierungen wie: Rüstungsexporte seien „kein Mittel der Wirtschaftspolitik und keine Exporte wie alle anderen“. Die Bundesregierung habe sich „in diesem sensiblen Bereich besonders strenge Regeln auferlegt und verfolgt eine äußerst restriktive Genehmigungspolitik“. Stets bedürfe der Export von Rüstungsgütern „einer Genehmigung“, die wohlgemerkt „erst nach eingehender Einzelfallprüfung erteilt“ werde. Dabei lege die Bundesregierung „besonderes Augenmerk darauf, dass die Güter nicht für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden oder zur Verschärfung von Krisen beitragen“ – und-so-weiter-und-so-fort.

Wer als Rüstungskritiker derlei Sätze liest, könnte schlussfolgern: Diese Bundesregierung hat nach jahrzehntelanger Rüstungsexportförderungspolitik endlich erkannt, dass Schluss sein muss mit der Legalisierung von Waffenexporten durch ihre Ausfuhrgenehmigungen – an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten, allen voran an Drittländer in Krisen- und Kriegsgebieten.

Doch wie weit Wunsch und Wirklichkeit, Dichtung und Wahrheit auseinanderliegen, zeigen die folgenden Kurzanalysen.

Wahrheit Nr. 1: Mehr als die Hälfte der Exporte gehen verbotener Weise in Drittländer

De jure sind Rüstungsexporte an EU-Länder, Nato-Staaten und Nato-gleichgestellte Staaten erlaubt. Bezüglich der weiteren Länder – „Sonstige Länder“ oder auch „Drittländer“ genannt – geben die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ eine klare Vorgabe: So wird der Export von Kriegswaffen, der nach Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und nach Außenwirtschaftsgesetz (AWG) genehmigungspflichtig ist, „nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen“.

Ausdrücklich werden der „Einzelfall“ und eine „ausnahmsweise“ Genehmigung vorgeschrieben. Die Wahrheit aber findet sich in den beiden neuen Rüstungsexportberichten der Bundesregierung. Der Rüstungsexportbericht 2016 verrät, dass allein 2016 im Bereich der „Einzelgenehmigungen“ 53,6 Prozent der Genehmigungen für Waffentransfers an Drittländer erteilt wurden.

Summa summarum sind die Ausfuhrgenehmigungen in Höhe von 3,67 Milliarden Euro. Die maßgeblichen Ausfuhren an Drittländer betrafen die Genehmigung einer Fregatte für die Marine Algeriens, vermeintlich „zivile“ Mehrzweckhubschrauber „mit militärischen Einbauten“ u.a. für Grenzsicherungseinsätze in Saudi-Arabien und die für die Auslieferung eines weiteren U-Bootes an die Marine Ägyptens.

Der in diesem Jahr lobenswert früh publizierte Rüstungsexportbericht 2017 verriet inhaltlich gleichsam nichts Gutes: Für Januar bis April dieses Jahres genehmigte die Bundesregierung gar

Kriegswaffenexporte an Drittländer in Höhe von 54,3 Prozent am Gesamtvolumen – ein nochmals gesteigerter Wert gegenüber 2016.

Auf den Punkt gebracht: 2016 wurden mehr als 53 Prozent und 2017 mehr als 54 Prozent der Genehmigungen – in beiden Fällen mehr als die Hälfte! – für Kriegswaffenlieferungen in Drittländer erteilt. Der vorgeschriebene „ausnahmsweise" „Einzelfall" ist längst zum Regelfall verkommen. Permanent bricht die CDU/CSU-SPD-geführte Bundesregierung ihre eigenen Vorgaben. Sie genehmigt – widerrechtlich – Rüstungsexporte an Staaten in Krisen- und Kriegsgebieten.

Wahrheit Nr. 2: Weiterhin Exporte an menschenrechtsverletzende Staaten

Entgegen aller gegenteiliger Versprechungen des vormaligen Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel ist die Liste der Länder lang, an die trotz massiver Menschenrechtsverletzungen mit Genehmigung des Bundessicherheitsrates Kriegswaffen geliefert werden konnten. Pars pro toto seien genannt: 2016 erhielt Saudi-Arabien Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber, Algerien Transportpanzer Fuchs und Lenkflugkörper RBS-15, Indonesien Kampfpanzer Leopard 2 und Schützenpanzer Marder, Katar gleichsam Leopard-2-Kampfpanzer und Panzerhaubitzen 2000 – und so weiter und so fort.

Mit Waffen wie diesen können bei gewaltsamen Auseinandersetzungen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden (siehe zudem die Problematik der „Kleinwaffen"). Eine positive Änderung der Ausfuhrpolitik ist unter der neuen Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries 2017 nicht erkennbar.

Wahrheit Nr. 3: Weiterhin Rüstungsexporte an kriegführende Staaten

Dank der seit 2005 währenden Kriegswaffen-Exportgenehmigungen seitens des Bundessicherheitsrates unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel befinden sich deutsche Waffen – schweres Gerät, Kleinwaffen bzw. Rüstungsgüter – im Einsatz in den Kriegsgebieten Afghanistan, Libyen, Mexiko, Türkei und Irak. 2016 zählten Saudi-Arabien (mit einem Genehmigungswert von 529 Millionen Euro), Ägypten (400 Millionen Euro) und die Vereinigten Arabischen Emirate (169 Millionen Euro) zu den Top Ten der Empfängerländer deutscher Kriegswaffen, obwohl die Streitkräfte aller drei Staaten Krieg im Jemen führten.

Mit ihren Exportgenehmigungen für Waffen und Rüstungsgüter an kriegführende Staaten leisten die Kanzlerin und ihre acht Minister im Bundessicherheitsrat 2016 bzw. 2017 genehmigt vielfach Beihilfe zu Mord *(siehe meine Titelgeschichte in der* **ZivilCourage** *5/2016, Seite 4 ff.: „Rüstungsexport ist oft Beihilfe zu Mord").*

Wahrheit Nr. 4: Drastische Steigerung von Kleinwaffenexporten

Unstrittig sind Kleinwaffen – z.B. Pistolen, Maschinenpistolen, Sturmgewehre, Scharfschützengewehre – die Waffen, mit denen am meisten Menschen getötet oder traumatisiert werden. Zwei Drittel aller Kriegstoten sind Gewehrtote. Einer der ganz wenigen Erfolge der schwarz-roten Bundesregierung war es nach 2013, den Transfer von Kleinwaffen drastisch zu reduzieren.

Mitmachen bei den Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch!

Heckler & Koch (H&K) – gemessen an den Opferzahlen Deutschlands todbringendstes Unternehmen – ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Die H&K AG wurde als sogenanntes „Mutterunternehmen des Konzerns" ins Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart mit der Nr. HRB 748522 eingetragen. Der Sitz der Waffenschmiede ist Oberndorf am Neckar, wo auf dem Lindenhof nach dem Zweiten Weltkrieg das Stammwerk errichtet worden ist.

Die Gründung der Aktiengesellschaft ermöglicht auch Konzernkritikern den Kauf jeweils einer (oder mehrerer) Aktie(n), sobald freie Anteilscheine auf dem Markt erhältlich sind. Die allermeisten Aktien sind nicht frei erwerbbar. Deshalb ruft das RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.) alle Kritiker*innen todbringender H&K-Rüstungsexporte zum Kauf einer Aktie und gerne auch zum Besuch der kommenden Hauptversammlung Mitte August auf. Für H&K-Aktionär*innen, die nicht an der HV teilnehmen können, besteht die Möglichkeit der Stimmrechtsübertragung.

Hintergrund der Gründung der H&K AG ist die dramatische Finanzlage des Unternehmens. Weiterhin hängt womöglich das Damoklesschwert über dem Oberndorfer Unternehmen, denn im Jahr 2018 endet eine Firmenanleihe über 295 Millionen Euro. Jahr für Jahr muss H&K 9,5 Prozent an Zinsen zahlen – viel Geld für ein mittelständisches Unternehmen.

H&K will den Schuldenberg minimieren. Auf der kommenden Hauptversammlung soll ein Großaktionär, vermutlich der Investor Andreas Heeschen, „zunächst ein Darlehen über 50 Millionen Euro bereitstellen, das aber in Aktien umgewandelt werden soll", schreibt das Handelsblatt. Die Anzahl der Aktien steige durch die Kapitalerhöhung von bisher gut 20 Millionen um ein Drittel. Theoretisch liegen die neuen Aktien mit 7,60 Euro pro Stück auf einem äußerst geringen Niveau. (Handelsblatt online vom 06.07.2017) Dieser Preis für eine H&K-Aktie ist fiktiv, realiter sind es derzeit rund 170 Euro, was bedeutet, dass der Kurs nach explosionsartigem Anstieg sogar gefallen ist.

Monatelang war es nicht möglich, eine H&K-Aktie auf dem freien Markt zu erwerben, im Moment geht es aber wieder! Aktivist*innen des RIB e.V. haben die günstige Situation zum Kauf einiger H&K-Aktien genutzt. Wir wollen also auf der kommenden Hauptversammlung am 15. August in Sulz am Neckar erstmals präsent sein, die Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat fordern und kritische Fragen stellen. Gerne koordinieren wir beim RIB die Gründung der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch. Bitte meldet euch bei mir, wenn ihr mitmachen wollt (graesslin@dfg-vk.de).

Bei allen organisatorischen Fragen zum Kauf einer H&K-Aktie hilft Stephan Möhrle, unser Büroleiter im RIB und Kampagnenvertreter der DFG-VK bei der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!", gerne weiter. Dies ist aufwändiger als bei einem an einer deutschen Börse notierten Unternehmen, da Käufer einer H&K-Aktie bei der Euronext-Börse in Paris tätig werden müssen. Dort ist die Aktie unter ISIN DE-000A11Q133 im Freiverkehr („Marché Libre") notiert. Ursprünglich wurden in Paris lediglich 5000 der 21 Millionen H&K-Aktien zum Verkauf angeboten – also bitte nicht nachlassen, wenn gerade keine freien Aktien verfügbar sind und der Kauf nicht gleich klappt!

Kontakt: moehrle@rib-ev.de oder moehrle@dfg-vk.de, Tel. 0152-22 63 65 31

Jürgen Grässlin ist RIB-Vorsitzender und DFG-VK-Bundessprecher.

2016 und 2017 ist diese Tendenz massiv gebrochen: Die Genehmigungen für den Kleinwaffenexport wurden von 2015 auf 2016 um dramatische 47 Prozent gesteigert. Der Wert der Kleinwaffengenehmigungen für die besonders problematischen Drittländer stieg von 14,49 im Jahr 2015 auf 16,4 Millionen Euro im letzten Jahr.

Schlimmer noch ist die Tendenz für die ersten vier Monate 2017. So verfünfzehnfachte die Bundesregierung den Transfer von Kleinwaffen in Drittländer von 51 597 Euro auf 7 831 969 Euro im Vergleichszeitraum Januar bis April 2016 zu 2017. Müßig zu erwähnen, dass die Zahl der Empfängerländer mit Menschenrechtsverletzungen und Kriegen bei Kleinwaffenexporten hoch ist.

Was wir aus dem Fall Schweden lernen sollten

Auch in anderen europäischen Ländern regt sich zunehmend eine kritische Gegenöffentlichkeit, so auch im skandinavischen Raum, wo sich eine spannende Entwicklung abzeichnet. In Europa sieht sich – neben Deutschland – allen voran Schweden gerne als ein Land, das aktiv für Frieden und Freiheit, Menschenrechte und Humanität eintritt. Dessen ungeachtet fallen die Regierungen beider Länder bisher eher durch eine skrupellose Rüstungsexportpolitik als durch Waffenhandelsverbote auf. Ungehemmt liefern deutsche wie schwedische Waffenschmieden bislang Kriegswaffen selbst an diktatorische Staaten wie Saudi-Arabien, in denen staatliche Sicherheitskräfte schwere Menschenrechtsverletzungen begehen.

Schweden gilt gar als drittgrößter Waffenexporteur pro Kopf unter den Industrienationen – weltweit. Jetzt aber zeichnet sich ein Umschwung in der Rüstungsexportpolitik des Landes ab: Wenigstens teilweise soll die bislang skrupellose Rüstungsexportpolitik begrenzt werden. So hat die rot-grüne Minderheitsregierung in Stockholm inzwischen einige für die schwedische Rüstungsindustrie folgenschwere Vorgaben verfügt – wohlgemerkt nach einer Einigung mit der bürgerlichen Opposition. Die Verschärfung der Gesetzgebung im Bereich der Waffenexporte wird ab dem 1. April 2018 gelten.

Fortan will die Stockholmer Regierung weitere Waffentransfergenehmigungen vom Demokratisierungsgrad des Empfängerlandes abhängig machen. So werden „grobe Mängel im demokratischen Status“ des Empfängerlandes zukünftig einen maßgeblichen Grund zur Exportuntersagung darstellen. Die Arbeitsgruppe zur Verschärfung der Rüstungsexportgesetze gibt vor, dass die Wahrung von Menschenrechten bei der Erteilung von Exportlizenzen stärker berücksichtigt wird. In Zukunft sollen nicht erst „grobe Verletzungen“ von Menschenrechten als Untersagungsgrund ausreichen, sondern bereits „ernste und umfassende“ Verstöße.

Derlei Vorgaben existieren seit der Jahrtausendwende auch in Deutschland. In den Politischen Grundsätzen zum Rüstungsexport hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung die Menschenrechtsfrage im Empfängerland zu einem zentralen Grund für die Bewilligung bzw. Verweigerung von Rüstungsexportgenehmigungen erhoben. Allerdings sind die seit Januar 2000 bis heute geltenden Grundsätze eben lediglich eine politische Richtschnur für das Handeln der jeweiligen Bundesregierung – sie sind jedoch weder rechtlich bindend noch einklagbar.

In der rechtlichen Verbindlichkeit wird sich in Schweden einiges ändern. „Ich bin sehr froh über die Verschärfung“, erklärte Allan Widman, der verteidigungspolitische Sprecher der Liberalen. Seine Partei habe seit über einem Jahrzehnt „die Frage nach einem Demokratiekriterium bei Waffenexporten vorangetrieben“. Allerdings werden Waffenexporte an Diktaturen damit nicht gänzlich verboten sein. Letztlich wird – auch nach Inkraftsetzen der neuen Exportkriterien – das Gesamtbild des Empfängerlandes ausschlaggebend sein.

Zu Recht monieren sowohl schwedische Friedensorganisationen als auch die Linkspartei, dass die Gesetzesverschärfung nicht weit genug greift. Weiterhin fehle das Entscheidende: „ein absolutes Verbot von Waffenexporten an alle Diktaturen“, kritisiert der Linken-Chef, Jonas Sjöstedt. Ganz anders die Lobby der Rüstungsindustrie, der die Neuregelung viel zu weit geht. Schließlich hänge das Überleben der Rüstungskonzerne – wie Saab (laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut Sipri 2015 auf Platz 33 der hundert größten Waffenkonzerne der Welt) vom Export ab.

Noch immer zählt die schwedische Rüstungsindustrie zu den Kriegsgewinnlern. Im Jahr 2016 steigerten Saab & Co. ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr um unglaubliche 45 Prozent und damit auf (umgerechnet) rund 1,12 Milliarden Euro. Die schwedische Rüstungsindustrie exportierte 2016 Kriegswaffen an 56 Länder, allen voran an Norwegen, die USA und Brasilien. Letztlich darf bezweifelt werden, dass die schwedische Rüstungsindustrie Schlimmes befürchten muss. Wenn der nächste Großexport in eine Diktatur ansteht. Können auch in Zukunft sicherheitspolitische Aspekte höher gewichtet werden als die Menschenrechtsfrage?

Was also bedeutet der halbgare Beschluss der rot-grünen Regierung Schwedens, der gemeinsam mit der konservativen Opposition gefasst worden ist, für die anstehende Diskussion in Deutschland? Bei dem zu verabschiedenden neuen Rüstungsexportgesetz müssen die Formulierungen klar und scharf gegen Waffenhandel sein.

Aktionskonferenz der Aufschrei-Kampagne in Kassel

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, bei der die DFG-VK als Gründungsorganisation mit dabei ist, lädt zum Mitmachen bei zahlreichen Aktivitäten im Bundestagswahlkampf ein. *(Siehe hierzu meinen Beitrag „Rüstungsexportverbot im Bundestagswahlkampf“ in der* **Zivil-Courage** *Nr. 2/2017, Seite 10 f.)*

Wir müssen seitens der Aufschrei-Kampagne den Druck auf die derzeitige und die kommende Bundesregierung massiv erhöhen. Zentrale Ziele sind – neben besagtem strikten Rüstungsexportgesetz – der Stopp von Rüstungsexporten an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten sowie Exportverbote für Kleinwaffen, Munition, Lizenzvergaben und staatliche Bürgschaften für Rüstungsexporte. Die Umstellung der Rüstungsindustrie auf nachhaltige zivile Produkte (Rüstungskonversion) muss unumkehrbar eingeleitet werden. Zudem wollen wir unsere Kampagne an konkreten Ansatzpunkten internationalisieren.

Terminhinweis

Zur Vorbereitung dieser und weiterer Kampagnenziele für die kommende Legislaturperiode (2017 bis 2021) treffen sich die Mitglieder im Trägerkreis und im Aktionsbündnis der Aufschrei-Kampagne zur Aktionskonferenz am 31. Oktober und 1. November in Kassel.

Jürgen Grässlin ist DFG-VK-Bundessprecher. Weitere Hinweise und Informationen sind erhältlich auf der Homepage der Aufschrei-Kampagne: www.aufschrei-waffenhandel.de

Frieden geht!

Einzigartige Kampagne für 2018: Staffellauf von Oberndorf nach Berlin gegen Rüstungsexporte

Von Jürgen Grässlin und Stephan Möhrle

Im kommenden Jahr wird sich bislang Einmaliges in Deutschland zutragen: Die Anti-Rüstungsexportbewegung verbündet sich mit Kulturschaffenden und Sportler*innen in der Republik. Maßgeblich organisiert wird der Staffellauf gegen Rüstungsexporte von der DFG-VK – vom Bundesverband über den Landesverband Baden-Württemberg bis hin zu mehreren Ortsgruppen. Eng ist die Zusammenarbeit mit dem Rüstungs-InformationsBüro e.V., wobei das RIB auch die Website *www.frieden-geht.de* verwaltet.

Nach dem äußerst erfreulichen und dynamischen ersten bundesweiten Treffen mit Aktiven aus fünf verschiedenen Bundesländern konnten Mitte Juni in Frankfurt am Main viele neue kreative Impulse gesetzt werden. Auch die Wegstrecke steht, begleitende Veranstaltungen zeichnen sich vielerorts immer konkreter ab.

21. Mai bis 2. Juni 2018

Stattfinden wird der Staffellauf vom 21. Mai 2018 mit Start und Aktion in Oberndorf bis zum 2. Juni mit Ankunft und Aktionen in Berlin. Passiert werden unter anderem Furtwangen, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt, Fulda, Kassel, Eisenach, Erfurt, Jena, Halle, Magdeburg und Potsdam. Unser Kreis aus verschiedenen Trägerorganisationen plant, dass die Wegstrecke im Gehen und Joggen sowie als Halb- und Marathonläufe zurückgelegt wird. Diskutiert werden auch weitere Fortbewegungsarten (z.B. Fahrradbegleiter).

Möglich und erwünscht sind Sternmärsche, beispielsweise vom Bodensee (wg. der Rüstungsregion mit BGT Diehl Defence etc.), aus Bayern (Airbus mit Eurocopter, MBDA etc.), Hessen (Bundesausfuhramt in Eschborn), NRW (Rheinmetall, „ThyssenKrupp“ etc.), Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern (Werftenindustrie TKMS etc.).

Das Besondere dieses Laufes wird, sein, dass wir an den Wegstationen von Friedensfreund*innen empfangen werden, die gemeinsam mit Kulturschaffenden kreative Aktionen und Happenings aller Art veranstalten – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Friedenspolitische und kulturelle Großaktionen sind bislang für die Waffenstadt Oberndorf (Heckler & Koch, Rheinmetall/Mauser-Werke), Kassel (Krauss Maffei Wegmann) und Berlin (Bundestag, Bundeskanzleramt, Bundeswirtschaftsministerium, Brandenburger Tor) geplant.

Der Staffellauf will 2018 unübersehbare Zeichen gegen Rüstungsexporte setzen, wir wollen die Menschen in Deutschland wachrütteln. Wie notwendig der Staffellauf mit politischen Statements und spektakulären Kulturaktionen ist, belegen die dramatischen Steigerungen bei Rüstungsexporten, dokumentiert in den beiden Rüstungsexportberichten 2016 und 2017 (Januar - April).

Aktuell besteht der Trägerkreis neben der DFG-VK und dem RIB e.V. aus der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, den Bundesverbänden von Attac und der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.), der Evangelischen Landeskirche in Baden und GPI (Gesellschaftspolitische Initiative Norbert Vöhringer, Karlsruhe e.V.). Jüngst ist Ohne Rüstung Leben Mitglied geworden. Zudem haben sich bereits weitere neue Partner angekündigt – der Staffellauf nimmt richtig gut Fahrt auf!

Gefragt sind nun vor allem auch die Landesverbände und Ortsgruppen der DFG-VK, die an der Wegstrecke liegen. Über eure Mitarbeit und Unterstützung würden wir uns sehr freuen!

Termin-Tipp

Am 14. Oktober 2017 findet die zweite ganztätige Staffellauf-Konferenz im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77 in Frankfurt am Main statt. Friedensfreund*innen, Kulturschaffende und Läufer*innen erhalten weitere Informationen unter *www.frieden-geht.de*

Kontakt

Bitte wendet euch mit euren Fragen und Rückmeldungen an Roland Blach, DFG-VK-Bundesverband, Telefon 0177-250 72 86, E-Mail: blach@dfg-vk.de

Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK, und Stephan Möhrle, Kampagnenbeauftragter der DFG-VK für „Aktion Aufschrei“, sind Mitglied im Trägerkreis des Staffellaufes.

125 JAHRE DFG-VK
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN
DIE WAFFEN NIEDER!
21. BUNDESKONGRESS
10.-12. NOVEMBER 2017 - BERLIN

Regionalgruppe Mittleres Mecklenburg und AG Buko laden ein nach Berlin: Hauptstadt, Machtzentrum, Ausgangspunkt für Beschlüsse über Waffenexporte und Kriegseinsätze, sozialer Brennpunkt mit ewig klammem Kulturetat und mittendrin unser Bundeskongress. Hier, wo die Deutsche Friedensgesellschaft gegründet wurde, feiert sie mit dem Bundeskongress auch den Höhepunkt ihres Jubiläumsjahres.

Das Motto des Kongresses greift die Forderung unserer Mitbegründerin Bertha von Suttner auf: „Die Waffen nieder!" Sie ist noch ebenso aktuell wie vor 125 Jahren. Beiden Seiten des Jubiläums soll der Kongress entsprechen: der Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten und Erfolgen der Vergangenheit und der Formulierung künftiger Aufgaben. Die Bertha-von-Suttner-Stiftung fördert, so dass wir mehrere Veranstaltungen des Kongresses für die Öffentlichkeit anbieten können.

Der **Tagungsort** ist die Jugendherberge Berlin Ostkreuz, eine neu ausgebaute Jugendherberge unweit der gleichnamigen S-Bahn-Station.

Die **Tagesordnung** des Kongresses:

Freitag, 10. November 2017

Anreise bis 14 Uhr, spätestens bis 18 Uhr
15 - 17 Uhr (Aufbau ab 15 Uhr, Aktion ab 16 Uhr): Antimilitaristisches Warming Up im Stadtzentrum: symbolische Aufstellung eines Denkmals des Unbekannten Pazifisten/Antimilitaristen auf dem Zietenplatz, dem ehemaligen Standort des Hotels „Kaiserhof" (Gründungsort der DFG) und seit einigen Jahren wieder Standort von sechs Bronzedenkmälern preußischer Generäle; damit verbunden Ausblick auf die Veranstaltung „DFG-VK heißt Solidarität – wie umgehen mit Repression" am Abend. An der Aktion kann gern noch mitgeplant werden!

Der Landesverband Berlin/Brandenburg führt ab 14 Uhr am Bundesverteidigungsministerium eine eigene Aktion durch. Die Teilnahme an beiden Aktionen ist zeitlich möglich.

18 Uhr: Abendessen
19 - 20 Uhr: Formalia (Begrüßung, Wahl der Protokollanten, Beschluss über die Geschäftsordnung, Wahl der Mandatsprüfungskommission, Wahl der Antragskommission, Beschluss über die Tagesordnung, Wahl der Wahlkommission, Bericht der Mandatsprüfungskommission, Wahl der Redaktionsgruppe der Abschlussresolution)
20 - 21 Uhr: „Frieden ist machbar!: 125 Jahre DFG – Strategien, Aktionen, Erfolge": Vortrag von Dr. Guido Grünewald
21 - 22 Uhr: „DFG-VK heißt Solidarität – wie umgehen mit Repression? Im Gespräch mit Hermann Theisen und Thomas Haschke"; gleichzeitig Relaunch des Carl-von-Ossietzky-Fonds
22 - XX Uhr: Get together

Sonnabend, 11. November 2017

9 - 9.45 Uhr: „Wo stehen wir und wo soll es hingehen?": Vortrag von Kathrin Vogler
9.45 - 10.30 Uhr: „125 Jahre DFG – was bedeutet das für mich heute?" (in Arbeitsgruppen)
10.30 - 10.45 Uhr: Kaffeepause
10.45 - 12.45 Uhr: Festreden von Margot Käßmann und Semih Sapmaz, begleitet vom Kinderchor „Friedrichshainer Spatzen" (Teilnehmer des DFG-VK-Friedenssong-Wettbewerbs)
12:45 Uhr: Mittagessen
14 - 16 Uhr: „Was ist das Besondere der DFG-VK und welche Rolle spielt sie in der Friedensbewegung?" (Arbeitsgruppen, die von Mitgliedern der DFG-VK und von friedenspolitisch aktiven Personen außerhalb des Verbands eingeleitet oder auch moderiert werden. Aus ihren persönlichen Schwerpunkten ergeben sich unterschiedliche Nuancierungen der Antworten auf diese Frage. Themen der Arbeitsgruppen: „IPPNW und DFG-VK", „Rüstungsexporte", „Verhandeln statt schießen", „Kindersoldaten", „Antifaschismus/Rechtspopulismus", „Mediation/Konfliktbearbeitung", „Sicherheitskräfte der Vereinten Nationen", „Drohnen". An jeder AG nimmt – zumindest zeitweise – eine Person aus der Redaktionsgruppe der Abschlussresolution teil und bringt die Ergebnisse der Diskussion in die Abschlussresolution ein. Die Zahl der Arbeitsgruppen kann sich aufgrund von Zu- oder Absagen noch ändern.
16 Uhr: Kaffeepause
16.30 - 18.30 Uhr: Rechenschaftsberichte, Diskussion, Entlastungen (BSK, Politischer Geschäftsführer, Bundeskassierer, Kassenrevisoren, verantwortlicher Redakteur der ZivilCourage)
18.30 Uhr: Abendessen
20 - XX Uhr: Kulturveranstaltung: Hip-Hopper Holger Burner und Berliner MusikerInnen der „Lebenslaute"

Sonntag, 12. November 2017:

9 - 10 Uhr: Verteilung des Entwurfs der Abschlussresolution; Wahlen (BSK, Politischer Geschäftsführer, verantwortlicher Redakteur der ZivilCourage, Kassenrevisoren, Vertreter der DFG-VK in Organisationen und Bündnissen)
10 - 13.30 Uhr: Antragsberatung
13.30 - 14 Uhr: Diskussion und Verabschiedung der Abschlussresolution
14 - 14.30 Uhr: Mittagessen
Ab 14.30 Uhr: Satirische Aktion am Verteidigungsministerium: Übergabe einer symbolischen „Geburtstagstorte" zum 12. November, dem Gründungstag der Bundeswehr, mit der Abschlussresolution des Kongresses als einem ihrer Dekorationselemente. Auch für die weitere Ausgestaltung dieser Aktion sind Ideen willkommen!

Begleitend: thematische Ausstellung, Präsentation von Aktionsformen durch Basisgruppen, Präsentation von Aktionsvideos …

Weiteres zum Organisatorischen wird mit der ersten Versendung der Materialien zum Buko mitgeteilt. Sie wird spätestens am 13. September in die Post gegeben. Mit der ersten Versendung werden auch satzungsändernde Anträge verschickt. Sie müssen deshalb spätestens am 7. September in der Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart vorliegen.

Alle Mitglieder können am Bundeskongress teilnehmen. Stimmberechtigt sind aber nur Delegierte. Deshalb sind alle Gliederungen gut beraten, bald ihre Delegierten zu wählen. Und ein Aufruf besonders an unsere jungen Mitglieder: Lasst Euch zu Delegierten wählen! Die DFG-VK braucht für die nächsten 125 Jahre gerade Eure Ideen und Eurer Engagement.

Natürlich findet Ihr den Buko auch im Internet: *https://buko2017.dfg-vk.de*

Bis bald in Berlin!

Die friedenspolitisch relevanten Aussagen der Parteien im Bundestagswahlkampf

Auszüge aus den Wahlprogrammen von CDU/CSU, SPD, Linke, B90/Grüne, FDP und AfD

Die Parteivorstände von CDU und CSU haben bei einer gemeinsamen Sitzung am 3. Juli in Berlin das „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ überschriebene 75-seitige „Regierungsprogramm 2017 - 2021“ verabschiedet.
Das vollständige Wahlprogramm ist verfügbar unter:
https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=9932

Europa: Mit Sicherheit!
Die Welt scheint an vielen Stellen aus den Fugen geraten. Autoritäre Staatssysteme sind auf dem Vormarsch, scheinbar stabile Staaten sind zerbrochen. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Selbst in unserer Nachbarschaft ist die territoriale Integrität der Ukraine durch die russische Aggression in Frage gestellt. Auch die neue amerikanische Administration hat ihre Haltung zu vielen außenpolitischen Fragen noch nicht festgelegt.
Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei. Wir Europäer müssen unser Schicksal konsequenter als bisher in die eigene Hand nehmen.
Deshalb wollen CDU und CSU ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa. Ein Europa, das imstande ist, seine Interessen zu wahren und sich seiner internationalen Verantwortung zu stellen. Ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und der Prosperität, die es – falls erforderlich – auch gemeinsam verteidigen kann.
Die Zustimmung der Bürger zu Europa ist gestiegen. Zehntausende in ganz Europa gingen für „Pulse of Europe“ auf die Straße, Frankreich und Deutschland sind näher zusammengerückt. Diesmal müssen wir die Chance ergreifen und Europa fit machen für Gegenwart und Zukunft.

Friedensprojekt Europa
Die Gründung der EU war die Lehre aus den verheerenden Zivilisationskatastrophen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. Seither sind über 60 Jahre vergangen. Seitdem gab es zwischen EU-Mitgliedstaaten keinen einzigen Krieg, keinen einzigen Ausbruch von Gewalt. Europa ist ein Friedensprojekt. Das ist ein einzigartiger Erfolg, Rechtfertigung und Auftrag zugleich: Wir müssen unsere gemeinsame geostrategische Verantwortung für Freiheit und Frieden wahrnehmen und bei der Bewältigung von Konflikten in unserer Nachbarschaft mithelfen. Deshalb hat die EU sich im Russland-Ukraine-Konflikt engagiert, deshalb streiten wir gemeinsam für das Klimaabkommen von Paris.
• Wir unterstützen den Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsunion und für einen Europäischen Verteidigungsfonds.
• Wir sind überzeugte Mitglieder der NATO und arbeiten für ihren Erfolg. Aber die EU muss sich selbstständig wappnen, wenn sie dauerhaft bestehen will. [...]

Sicherheit im Inneren und nach außen
Für einen starken Staat: Sicherheit erhöhen, Verbrechen und Terror bekämpfen
[...]
• In besonderen Gefährdungslagen werden wir die Bundeswehr unter Führung der Polizei unterstützend zum Einsatz bringen. Dabei wollen wir zunächst den bestehenden Rechtsrahmen ausschöpfen. Bei der Abwehr eines besonders schweren Terrorangriffs kann die Polizei an die Grenzen ihrer Möglichkeiten kommen. Die Bundeswehr soll dann die Polizei unterstützen. Solche Einsätze unter Leitung der Polizei müssen regelmäßig geübt werden.
[...]
Wir wollen den Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland weiter verbessern und uns für eine sachgemäße Ausstattung einsetzen.
[...]

Deutschlands Rolle in der Welt
Als politisch starkes Land in der Mitte Europas und weltweit vernetzte Wirtschaftsnation hat Deutschland nicht nur ein vitales Interesse an der eigenen Sicherheit, sondern auch an einer dauerhaft friedlichen, stabilen und gerechten Ordnung in der Welt. Wir leisten relevante Beiträge, um eine solche Ordnung zu schaffen, zu stärken und zu verteidigen. Damit kommen wir unserer seit der Wiedervereinigung größer gewordenen Verantwortung nach.
[...]
Geleitet werden wir von unserer Bindung an Werte der Menschenwürde, den Schutz und der Förderung der Menschenrechte, von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz.
Unser internationales Handeln und unser Engagement erfolgen eingebunden in Bündnisse und internationale Organisationen, allen voran NATO und EU sowie im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE und in enger Absprache mit unseren Verbündeten und Partnern. Für uns ist es darum Kern deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Wir wollen, dass Deutschland für ein verlässliches Engagement in Bündnissen steht.
Die USA sind und bleiben unser wichtigster außereuropäischer Partner. Wir verdanken ihnen viel: Ihr Vertrauen und ihre Unterstützung nach dem Zweiten Weltkrieg haben Deutschlands Weg zurück in die Familie der freien demokratischen Nationen und die deutsche Wiedervereinigung erst ermöglicht. Und auch angesichts der zukünftig absehbaren Herausforderungen verbinden uns Europäer gemeinsame Werte mit unseren nordamerikanischen Partnern enger,

Im Programm der DFG-VK heißt es, dass sich in ihr „Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Auffassungen zusammengeschlossen“ haben. Daraus, dass jemand PazifistIn und/oder AntimilitaristIn ist, ergibt sich also noch keine parteipolitische Präferenz und auch keine Position dazu, wie man/frau sich zu Parlamentswahlen verhält.

Ebenso, wie es DFG-VK-Mitglieder gibt, die sich in und für Parteien engagieren, gibt es welche, die in der Traditionslinie eines anarchistischen Pazifismus und/oder Antimilitarismus stehen und sich deshalb beispielsweise an Wahlen nicht beteiligen, weil sie staatliche Herrschaft nicht legitimieren wollen.

Alle und die DFG-VK als Organisation sind in ihrem Engagement aber mit davon abhängig, welche Politik die Parlamentsmehrheit und die von ihr getragene Regierung konzipiert, beschließt und durchsetzt. Es ist deshalb von besonderem Interesse, die in den Wahlprogrammen der Parteien formulierten Aussagen zu kennen, die in friedenspolitischer Hinsicht relevant sind.

Wir stellen deshalb diese Aussagen in einem *ZC-Spezial Wahlprogramme 2017* auf einigermaßen übersichtlichen 12 Seiten zusammen.

Nach einer Mitteilung des Bundeswahlleiters vom 7. Juli können an der Bundestagwahl am 24. September 48 Parteien teilnehmen. Neben den im aktuellen 18. Deutschen Bundestag sowie alternativ in einem Landtag vertretenen Parteien können weitere 40 als Parteien anerkannte Vereinigungen zur Wahl antreten, sofern sie die festgelegte Zahl von Unterstützungsunterschriften vorlegen. Über deren Zulassung zur Bundestagwahl wird Ende Juli entschieden.

In diesem *ZC-Spezial* sind Passagen aus den Wahlprogrammen derjenigen Parteien zusammengestellt, die entsprechend diverser Umfragen voraussichtlich dem 19. Deutschen Bundestag engehören werden. Die Reihenfolge entspricht der derzeitigen Fraktionsgröße, sie beginnt also mit dem Wahlprogramm von CDU und CSU, und endet mit dem von Bündnis 90/Die Grünen. Darauf folgen die Passagen aus den Programmen von FDP und AfD, deren Umfragewerte seit Monaten stabil über der Mindestklausel von 5 Prozent liegen.

Stefan Philipp

stärker und haltbarer als mit irgendeiner anderen Region der Welt. Wir haben darum ein fundamentales sicherheitspolitisches Interesse an einem starken und verlässlichen Partner USA.
[...]

Bundeswehr als Garant unserer Sicherheit

• Seit über 60 Jahren ist die Bundeswehr der Garant unserer äußeren Sicherheit. Aufgrund ihrer hohen Einsatzbereitschaft, ihrer Professionalität und ihrer Menschlichkeit hat sie sich höchste Anerkennung im In- und Ausland erworben. Wir stehen zur Bundeswehr, ihren Soldatinnen und Soldaten und ihren Zivilangestellten, und werden dafür sorgen, dass sie ihre Aufgaben auch künftig erfüllen kann in den Einsätzen weltweit, bei der Bündnis- und Landesverteidigung und bei Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen in der Heimat.

• Damit die Bundeswehr diesen Aufgaben gewachsen ist und die Soldatinnen und Soldaten die Ausrüstung und die Arbeitsbedingungen erhalten, die sie brauchen, haben wir auf Grundlage des neuen Weißbuches der Bundesregierung von 2016 eine Trendwende eingeleitet. Nach 25 Jahren der Schrumpfung wächst die Bundeswehr wieder. Sie erhält jetzt mehr Personal, mehr modernes Material, eine ausreichende Finanzausstattung.

• So soll die Zahl der Bundeswehrangehörigen bis 2024 um 18 000 Menschen zunehmen. Wir haben den Materialstau in den vergangenen vier Jahren aufgelöst und Ausstattung in Höhe von 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Angesichts der Sicherheitslage ist neben dem internationalen Engagement eine Refokussierung auf Bündnis- und Landesverteidigung erforderlich. Das dazu notwendige zusätzliche Material, die Modernisierung des vorhandenen sowie der Erwerb neuer Fähigkeiten bedürfen zusätzlicher Investitionen zum bisherigen Investitionsplan.

• Damit die Bundeswehr ihren Beitrag für die Cybersicherheit unseres Land leisten kann, haben wir ein neues Cyberkommando mit einem eigenen Cyberinspekteur aufgestellt. Wir werden in hochqualifiziertes Personal und Spitzentechnologie investieren. IT-Sicherheit und Cyber-Defence müssen ins Zentrum von Forschung und Strategie rücken. Der Ausbau der Universität der Bundeswehr in München als zentrale Forschungsstelle für Cybersicherheit muss weiter vorangetrieben werden. Die Bundeswehr muss ihre Fähigkeit zu Computer-Netzwerk-Operationen weiter ausbauen und offensive Cyber-Fähigkeiten in ihrem Fähigkeitsspektrum verankern.

• Für die Leistungsfähigkeit und die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist neben Personal und Material die Innere Führung unverzichtbar. Wir wollen sie stärken. Die Bundeswehr kann nach 60 Jahren stolz auf ihre eigene erfolgreiche Geschichte und Traditionen sein.

• Zentral für die wachsende Bundeswehr ist die „Trendwende Finanzen". Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dieser Beschluss dient unserer eigenen Sicherheit vor Gefährdungen von außen. Er wurde vom Bündnis einstimmig und mit dem damaligen US-Präsidenten Obama gefasst und seinerzeit von der gesamten Bundesregierung, von CDU, CSU und SPD, mitgetragen. Seine Umsetzung ist auch eine Frage der Verlässlichkeit.

• Um den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute gewachsen zu sein, müssen die Instrumente der Diplomatie, der Polizei, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines vernetzten Ansatzes besser miteinander abgestimmt und koordiniert werden. Deshalb werden wir parallel zur Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auch die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab 1:1 erhöhen, bis die ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP erreicht ist. Für den vernetzten Ansatz wollen wir eine zentrale Koordinierung innerhalb der Bundesregierung und im Parlament schaffen.

Die SPD hat auf ihrem Parteitag am 27. Juni in Dortmund ihr 88 Seiten umfassendes Wahlprogramm mit dem Titel „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken. Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021" beschlossen.
Das vollständige Wahlprogramm ist verfügbar unter:
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!

[...] Internationale Krisen und Zuwanderung stellen Deutschland und Europa vor neue Herausforderungen. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie, die Zusammenhalt und Solidarität fördert, Regeln durchsetzt und damit Sicherheit gewährleistet. Ein friedliches Zusammenleben funktioniert nur mit der Anerkennung von Werten und Regeln, die für alle gleichermaßen gelten. Das trifft für Deutschland ebenso zu wie für Europa.

Die SPD steht wie keine andere Partei für die europäische Idee. Diese Idee eines geeinten Europas ist für mehr als 500 Millionen Menschen das Versprechen auf ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Uns geht es um ein wirtschaftlich dynamisches, demokratischeres und sozialeres Europa, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, Verständigung schafft und Zusammenhalt stiftet.

Europa ist ein Friedensprojekt und die SPD als Friedenspartei steht für eine Außenpolitik der klugen Diplomatie. Im Geiste der Entspannungspolitik Willy Brandts ist es unser Anspruch, Brücken zu bauen. Aufrüstung und Säbelrasseln lösen keine Konflikte. Europa, die USA, Russland und China tragen gemeinsam Verantwortung für den Frieden in der Welt und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Deshalb können nur der Dialog zwischen den Regierungen, die Verständigung zwischen den Völkern und eine gelebte Solidarität zwischen Nord und Süd zu mehr globaler Sicherheit führen. [...]

Es ist Zeit für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer

Die europäische Einigung ist ein einzigartiger historischer Erfolg. Sie beruht auf der Idee des freien, friedlichen und solidarischen Zusammenlebens der Menschen und Völker Europas. Auch wenn manches zu verbessern ist, eines stimmt auf jeden Fall: In keiner Region auf der Welt leben Menschen so frei und demokratisch und so friedlich und sicher wie in Europa! Deshalb kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa – gerade jetzt, da das Einigungswerk von innen wie von außen bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte. Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa! [...]

Friedensprojekt Europa:

Die europäische Idee vom Leben in Freiheit und Verantwortung sichert den Frieden in Europa. Die europäische Einigung und Erweiterung ist ein einzigartiges und erfolgreiches Projekt der Friedenspolitik, nach innen wie nach außen. Deutsche und europäische Außenpolitik müssen Hand in Hand gehen.

Wir machen eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik. Auch muss die europäische Außenpolitik enger mit innenpolitischen Themen verzahnt werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik.

Zugleich muss die Außenpolitik der EU auf die Stärkung des Völkerrechts und die Wahrung der Menschenrechte, starke internationale Institutionen und auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Zivile Maßnahmen und Mittel der Gewaltprävention und Konfliktbewältigung haben für uns stets Vorrang. Wir wollen daher besonders die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, etwa auch durch den Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps. Auch wollen wir im Geiste Willy Brandts darauf hinwirken, dass in Europa die Tradition der Entspannung, des Gewaltverzichts sowie der Abrüstung Grundlage einer erneuerten gesamteuropäischen Sicherheitspolitik sind.

Auch in der Verteidigungspolitik wollen wir stärker zusammenarbeiten und die Integration von Streitkräften der Mitgliedsstaaten voranbringen – als Teil einer umfassenden, präventiven und in das internationale Recht eingebetteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bieten die große Chance, durch mehr Zusammenarbeit auch bei den Verteidigungsausgaben effizienter, leistungsfähiger und kostengünstiger zu werden. Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion verständigen, die einer de-

mokratischen und rechtstaatlichen Kontrolle unterliegen muss. Die im Lissabon- Vertrag vorgesehene ständige Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt und ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee. Ein solcher Zusammenschluss versteht sich als ergänzende Anstrengung zur NATO, nicht als deren Konkurrenz. Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft. Sie ist für Frieden und Sicherheit in einer Zeit neuer internationaler Unsicherheiten und Herausforderungen unverzichtbar.
Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. [...]

Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt
Sozialdemokratische Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet. Wir setzen auf Dialog statt auf Konfrontation, auf fairen Interessenausgleich und Verhandlungslösungen. Wir wollen Konflikte an ihren Ursachen bekämpfen und an einer gerechten und stabilen internationalen Ordnung mitwirken. Unsere Politik gründet sich auf der Überzeugung, dass die großen globalen Zukunftsaufgaben – vom Kampf gegen Hunger und Armut über den Klimawandel bis hin zu bewaffneten Konflikten und weltweiten Migrationsbewegungen – nur partnerschaftlich zu bewältigen sind. Internationale Politik ist ganz im Sinne Willy Brandts „der illusionslose Versuch zur friedlichen Lösung von Problemen". Beides prägt sozialdemokratische Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik auch heute: die Zielvorstellung einer friedlichen, gerechten und regelbasierten internationalen Ordnung und die Bereitschaft, den praktisch möglichen Schritt zu gehen, selbst wenn er nur klein und mit Risiken behaftet ist.

Deutschlands Verantwortung in der Welt:
Unser Land ist zu einem stärker gefragten und geforderten Partner bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen geworden. Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und einen stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme zu leisten. Eine moderne Friedensdiplomatie, die auf Dialog setzt, Verantwortung übernimmt und den fairen Interessenausgleich in den Mittelpunkt stellt, muss personell und finanziell gestärkt werden. Den Anteil für Auswärtiges am Bundeshaushalt wollen wir kontinuierlich steigern. Deutschland soll seiner gestiegenen internationalen Verantwortung damit gerecht werden können.
Für die SPD ist klar: Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention und Krisenmanagement bleiben Schwerpunkte deutscher und europäischer Außenpolitik. Die SPD hat die professionellen Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung maßgeblich geprägt, unter anderem durch das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), den Personalpool ziviler Fachkräfte und den Zivilen Friedensdienst (ZFD). Wir wollen zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken und substanzieller ausstatten – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Dazu gehört auch, freiwillige Friedensdienste erheblich auszubauen. Um eine nachhaltige Stabilisierung und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Krisenländern zu unterstützen, wollen wir die Entsendung ziviler Fachkräfte, insbesondere von Polizisten wie auch Juristen, über die Schaffung eines virtuellen Personalpools, der durch den Bund finanziert wird, deutlich erhöhen. [...]
Nirgends wird der Zusammenhang von Menschenrechten und Friedens- und Entwicklungspolitik so deutlich wie in fragilen Staaten, in denen Gewalt und extreme Unterentwicklung oft Hand in Hand gehen. Zivile Krisenprävention, Mediation, Konfliktnachsorge und Stabilisierung müssen daher dauerhaft gestärkt werden. Dies betrifft in erster Linie den Umgang mit strukturell schwachen oder von Bürgerkrieg gezeichneten Staaten. Gerade hier können der Dialog mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren sowie gezielte Stabilisie-rungsmaßnahmen dazu beizutragen, Menschenrechte zu fördern, Armut zu lindern und Bedingungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenleben und dauerhafte Versöhnung ermöglichen.
Berichte über Völkerrechtsverletzungen, Übergriffe auf die zivile Bevölkerung wie auch auf Hilfsorganisationen nehmen drastisch zu. Wir setzen uns für die Stärkung des Völkerrechts und des Internationalen Strafgerichtshofs ein, um die Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden. Wer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ver-antworten hat, wird verfolgt und bestraft. [...]

Eine neue Abrüstungsinitiative:
Wir setzen uns entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein. Den drohenden Zerfall der bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung wollen wir verhindern. Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel. Wir unterstützen, dass sich große Teile der internationalen Staatengemeinschaft für die weltweite Abschaffung dieser Waffen einsetzen. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands. Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit!
Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich. Wir unterstützen daher regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind, und setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.
Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind immer für die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und des transatlantischen Bündnisses eingetreten. Dabei bleibt es. Aber wir haben zugleich auch immer Angebote für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung entwickelt und durchgesetzt. Genau daran fehlt es zurzeit in Europa, in der Nato und weltweit. Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung sowie die Bereitschaft und der ernsthafte Wille zur Rüstungskontrolle und zur umfassenden Abrüstung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung unternehmen. Die erreichte Übereinkunft über das iranische Atomprogramm ist ein wichtiger Erfolg für die weltweite Abrüstung. Neue Initiativen zur Belebung von Abrüstung sind jedoch dringend erforderlich, gerade auch in und für Europa. Dazu wollen wir einen Dialog mit allen Verbündeten und Partnern starten, die für die Sicherheit unseres Kontinents Verantwortung tragen. Ein wichtiges Dialogforum dafür ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).
Um diese Ansätze glaubhaft umsetzen zu können, ist die Eindämmung der Rüstungsexporte zwingend. Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" gilt es weiter zu entwickeln und wo notwendig gesetzlich zu fixieren.
Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern enthalten. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Auch setzen wir uns für eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene der EU ein.
Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große Herausforderungen. Wir fordern eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten bewaffneten Luftfahrzeuge (Drohnen). Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab. Es darf nicht sein, dass Drohnen zunehmend als eine Waffe für Tötungen eingesetzt werden, bei denen immer wieder auch Zivilisten ums Leben kommen.

Moderne Streitkräfte zur Sicherung des Friedens:
Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt. Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Eine Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt im Rahmen der Vereinten Nationen, auf der Grundlage des Völkerrechts sowie im Rahmen von Systemen

SPD

kollektiver Sicherheit nach Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes. Voraussetzung ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des Parlamentsvorbehalts. Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein.

Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürgers in Uniform ist Maßstab für den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit. Wir bekennen uns zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften, die über angemessene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung verfügen müssen. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung und ausreichend qualifiziertes Personal zur Seite gestellt wird. Sie selbst müssen bestens ausgebildet werden. Dafür notwendige Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung und der dienstlichen Rahmenbedingungen sollen entsprechend umgesetzt werden. Dazu gehören die Schaffung einer eigenen Besoldungsordnung im Rahmen des Bundesbesoldungsgesetzes für Soldatinnen und Soldaten sowie die Weiterentwicklung des Status- und Laufbahnrechts.

Wir werden außerdem die Betreuung und Nachsorge von Soldatinnen und Soldaten nach Kampfeinsetzen verbessern und absichern.

Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern. Wir wenden uns allerdings entschieden gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen Verteidigungshaushaltes. Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme einer Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das wird es mit der SPD nicht geben. Nicht nur, weil dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet werden können.

Im Gegenteil: Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verlockungen des weltweiten Terrorismus. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden.

Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der soziale, wirtschaftliche, ökologische, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte bei Konfliktprävention und -lösung mit einschließt. Damit stehen stets starke zivile Instrumente im Vordergrund, die gegebenenfalls durch ein Mandat des Bundestags für militärische Einsätze ergänzt werden können.

Minderjährige Bewerber und Bewerberinnen bei der Bundeswehr werden wir künftig bis zum Erreichen der Volljährigkeit in der zivilen Wehrverwaltung beschäftigen und qualifizieren. Erst nach ihrem 18. Geburtstag dürfen sie Soldatin beziehungsweise Soldat werden, um das Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention eindeutig zu erfüllen.

Internationale Ordnung und Multilateralismus stärken, Partnerschaften festigen:

Um Frieden und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, brauchen wir belastbare, globale Ordnungsstrukturen. Wir setzen dabei auf die Stärke des Rechts, nicht auf das Recht des Stärkeren. Und wir setzen auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN-Generalversammlung, die die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne unserer sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen. Wir brauchen daher starke und handlungsfähige Vereinte Nationen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund angekündigter Mittelkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Organisationen durch die neue US-Administration. Wir unterstützen die deutsche Sicherheitsratskandidatur für 2019/2020 unter dem Motto „Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft".

Auch jenseits der Vereinten Nationen setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit. So wollen wir den Europarat stärken, der gerade in Bezug auf die Türkei und Russland wertvolle Arbeit leistet. Zudem haben wir mit dem erfolgreichen deutschen Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zu-sammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2016 wichtige Impulse für eine aktivere Rolle dieses Forums gesetzt. Die OSZE ist und bleibt ein wichtiger Ort der Verständigung und Vertrauensbildung zwischen Ost und West.

Die USA sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas – dies gilt unabhängig davon, wer in den USA regiert. Europa und die USA sind auf engste Weise in einer Interessen- und Wertegemeinschaft verbunden, deren Fundament das Eintreten für Freiheit und Demokratie ist. In einer Zeit, in der diese Werte vielerorts unter Druck stehen und gefährdet sind, ist es umso wichtiger, diese Partnerschaft weiter zu stärken. Hinzu kommt: Die aktuellen Herausforderungen und die Unsicherheit in der Welt sind zu groß, als dass es sich die USA und Europa leisten könnten, nicht gemeinsam zu handeln. Syrien, Irak, Libyen, Ukraine, das Verhältnis zu Russland, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Gestaltung der künftigen globalen Wirtschafts- und Handelsordnung sind einige der Herausforderungen, bei denen es auf eine handlungsfähige transatlantische Partnerschaft ankommt. Trotzdem schauen wir als Europäer zugleich selbstbewusst nach vorn: Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen.

Entspannungspolitik, Dialog und klare Prinzipien als Zeichen der Stärke:

Unser Verhältnis zu Russland ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine und den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim belastet. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sind verletzt. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich sind. Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der differenzierten Anwendung von Sanktionsmechanismen. Der politische Prozess für die Ostukraine, der den Ausbruch eines offenen Krieges erfolgreich verhindern konnte, ist ins Stocken geraten. Wir halten dennoch an ihm fest. Substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nach sich ziehen. Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an. Die Entspannungspolitik muss in diesem Sinne wieder gestärkt werden.

Die Kriege und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika zeigen, wie dringend eine Stärkung einer völkerrechtsbasierten internationalen Ordnung und von regionalen Mechanismen, Organisationen und Institutionen zur Konfliktbewältigung sind. In Syrien und im Jemen leiden die Menschen unter den schrecklichen Folgen von Krieg, Terror und Not. Die Verwerfungen in Europas direkter Nachbarschaft haben für uns unmittelbare Auswirkungen, nicht zuletzt durch die Migration Richtung Europa. Es ist in unserem Interesse, dass die Spirale der Gewalt und des Staatszerfalls in der Region durchbrochen wird. Es geht darum, langfristig Strukturen der Machtteilung, religiöser Toleranz und stabiler, guter Regierungsführung zu etablieren.

Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft gerade im Nahen und Mittleren Osten an Fortschritten beim Friedensprozess zwischen Israel und Palästina gemessen. Angesichts der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ebenso wie angesichts der zunehmenden Instabilität in der Region muss Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unterstützen. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft wird gerade im Nahen und Mittleren Osten an Fortschritten beim Friedensprozess zwischen Israel und Palästina gemessen. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das Ziel die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. Es muss zu einem Stopp des illegalen Siedlungsbaus kommen. Von der palästinensischen Seite fordern wir die Ächtung des Terrors. In den palästinensischen Gebieten sind auf allen Ebenen weitere demokratische Fortschritte nötig.

Gerechte Globalisierung, fairer Handel, Entwicklungspolitik und Agenda 2030:

Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich für soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab ein. 40 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 Armutsbekämpfung und menschliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit. Für die SPD umfasst Nachhaltigkeit dabei stets ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte sowie Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe. Die reichen Länder haben eine besondere Verantwortung, um eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen – in ihren eigenen Wirtschafts-, Fi-nanz- und Gesellschaftssystemen, in der internationalen Politik und zusammen mit den Ländern des globalen Südens. Daher setzen wir uns für eine ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Dementsprechend muss Deutschland als eine der führenden Industrienationen bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine international deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle einnehmen. [...]

Menschenrechte schützen:

Die universelle Geltung und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind deshalb Kernelemente sozialdemokratischer Außenpolitik. In Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen-rechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt werden. Dazu

SPD

gehören insbesondere die Ächtung der Todesstrafe und Folter weltweit, die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in gewaltsamen Konflikten, der Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes, des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und des Europarats wie auch die Weiterentwicklung und entschlossene Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen. In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. [...]
Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln. Vor 15 Jahren haben die Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher Teilhabe und die volle Einbeziehung von Frauen in alle Bestrebungen nach Frieden und Sicherheit festgelegt. Kein Land kann sich wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich entwickeln, wenn die Hälfte der Bevölkerung kein Mitspracherecht hat. Frauen müssen bei Verhandlungen sowie bei der Umsetzung von Friedensverträgen, Entwicklungsprogrammen und entsprechenden Unterstüt-zungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Friedensabkommen werden nur dann wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind. Die Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist auch ein zentrales Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und zentrale Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Gesellschaften. Wir werden dies zu einer Grundlage unserer Entwicklungszusammenarbeit machen.
Wir wollen, dass Frauen vor sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten besser geschützt werden und der zunehmende Einsatz dieser Art von Gewalt als strategisches Kriegsführungsinstrument deutlich geächtet und bestraft wird – auch international. Damit unterstützen wir auch in Konfliktregionen lebende Kinder. Auf ihr Wohl, ihren Schutz und ihre Rechte werden wir gemäß der VN-Kinderrechtskonvention besonders achten. [...]

DIE LINKE hat auf ihrem Parteitag vom 9. bis 11. Juni in Hannover ihr 136 Seiten langes Wahlprogramm mit dem Titel „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle. – Die Zukunft, für die wir kämpfen“ beschlossen.
Das gesamte Wahlprogramm ist online verfügbar unter:
https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/wahlprogramm2017.pdf

VIII. Gute Bildung. Für alle.
[...] Eine Schule für alle [...]
• Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten werben oder auftreten dürfen. Stattdessen brauchen wir mehr politische und friedenspädagogische Bildung durch Lehrkräfte.
• [...] Transparente Forschung und gesellschaftliche Verantwortung [...]
• Forschung für Frieden statt für Krieg und Rüstungsindustrie: Wir fordern die Verankerung von Zivilklauseln an allen Hochschulen und allen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die Förderung von Friedensforschung. [...]

XV. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt

DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Wir haben als einzige Partei und Fraktion im Deutschen Bundestag den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt und werden es auch in Zukunft nicht tun. Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export und die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten machen diese Forderungen dringlicher denn je. Mit den Geflüchteten ist für viele Menschen erlebbar geworden: Die Welt von heute kennt kein Außen mehr, wir leben alle in derselben Welt. Im Inneren bedroht die gewollte Aufrüstung – besonders unter den Bedingungen der „Schuldenbremse“ – den Bestand bzw. nötigen Ausbau des Sozialstaates. Nach Außen deformieren Krieg, Waffenexport und Militarisierung die zivile, soziale und demokratische Entwicklung vieler Länder. Viele Menschen sind besorgt und verunsichert durch Krieg und Terrorismus und eine drohende militärischen Konfrontation zwischen den NATO-Staaten bzw. den USA und Russland. Waffenexporte, Freihandel und Direktinvestitionen, Konkurrenz um knappere Ressourcen und Folgen der Klimakatastrophe führen zu Aufständen, kriegerischen Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen über die Kontinente. Seit 16 Jahren führen die USA und die NATO mit Beteiligung Deutschlands einen Krieg um Einflussnahme und Zugriff auf die Ressourcen in Zentralasien und dem Nahen Osten. Die Kriege in Afghanistan und dem Irak haben zur Destabilisierung der Regionen geführt und das Entstehen des „Islamischen Staates – Daesh“ begünstigt. Dieser angebliche „Krieg gegen den Terror“ ist gescheitert. Auch Russland führt in Syrien einen „Anti-Terror-Krieg“. Der „Krieg gegen den Terror“ hat vielen [!] Menschen das Leben gekostet und noch mehr Gewalt hervorgebracht. Die Mehrzahl der Opfer dieses Krieges sind keine „Terroristen“. Der Terror wurde nicht besiegt, sondern in viele weitere Länder auf dem gesamten Globus, auch nach Europa geholt.
In den Ländern, in denen der „Krieg gegen den Terror“ geführt wird, wie Afghanistan, Pakistan oder Irak, hat er die Gesellschaften zerstört. Er hat die bekämpften Gruppen wie Taliban und Al Kaida kaum geschwächt oder ihren Terror gegen die Zivilbevölkerung wirksam unterbunden, sondern andere Gruppen wie den „Islamischen Staat – Daesh“ überhaupt erst stark gemacht. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und hat Macht und Einfluss auf diese Entwicklungen. Im Weißbuch der Bundeswehr wird der Anspruch erhoben, die globale Ordnung – auch militärisch – aktiv mitzugestalten, vor dem Hintergrund der „wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung“ Deutschlands.
DIE LINKE wird ein Motor für eine globale Gerechtigkeit sein, wir stellen uns gegen die Pläne der Bundesregierung für Aufrüstung und Weltmachtpolitik. Wenn die Regierung von „deutscher Verantwortung in der Welt“ spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität.
[...] Wir brauchen eine aktive Friedenspolitik! Die Vorherrschaft des Militärischen muss beendet werden. Wir wollen alle deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückziehen und Rüstungsexporte verbieten. Das sind wichtige erste Schritte auf diesem Weg. Ein weiterer Schritt ist die Konversion der Rüs-tungsindustrie. Wir setzen auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und völkerrechtlicher Mechanismen einer nichtmilitärischen Konfliktlösung – statt einer imperialen Politik des „RegimeChange“, statt Drohnenkriegen und Militäreinsätzen. In allen Ländern müssen die Bevölkerungen das Recht haben, über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung selbst zu bestimmen. Wir streiten für das Recht auf soziale und individuelle Sicherheit sowie Schutz vor Gewalt für alle Menschen auf der Welt.

Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden
Krieg und die Androhung militärischer Gewalt können keine Mittel einer friedensstiftenden Politik sein. Die friedliche Prävention und frühzeitige Lösung von potenziell kriegerischen Konflikten müssen im Zentrum der deutschen Außenpolitik stehen. Wir wollen, dass sich Deutschland an das Völkerrecht und die universellen Menschenrechte in ihrer Gesamtheit der bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte hält. Wenn die Bundesregierung dagegen von „mehr Verantwortung“ in Europa und der Welt spricht, meint sie damit die Durchsetzung geopolitischer Interessen, Auslandseinsätze der Bundeswehr und mehr Geld für Rüstungsprojekte.
Die Bundesregierung verfolgt eine gefährliche Politik der Militarisierung der deutschen und europäischen Au-ßenpolitik. Deutschland droht, nicht erst seit der Wahl von US-Präsident Trump, eine neue, führende Rolle in der militärischen Sicherheitsarchitektur der Welt(un)ordnung und innerhalb der Europäischen Union zu übernehmen. Obwohl der deutsche Militärhaushalt in den letzten fünfzehn Jahren deutlich angestiegen ist, fordert das Verteidigungsministerium bis 2030 rund 130 Milliarden Euro für die Modernisierung bestehender Waffensysteme und die Aufrüstung neuer Rüstungsprojekte. Statt momentan 1,2 Prozent des Bruttoinlandproduktes pro Jahr für Militärisches auszugeben, fordert die NATO sogar zwei Prozent des BIP. Die Bundesregierung will das größte Aufrüstungsprogramm der vergangenen zwei Jahrzehnte auflegen. Auslandseinsätze der Bundeswehr haben zugenommen: 1992 bis 2016 haben sie mindestens 17,2 Milliarden Euro gekostet. Eine verantwortungsvolle Außenpolitik sieht anders aus: Verantwortung für den Frieden heißt für DIE LINKE, internationale Verantwortung zu übernehmen für ein kooperatives Verhältnis der Staaten und ihrer Bevölkerungen in einer demokratischen Weltgemeinschaft. Eine Politik der Dominanz und Hegemonie einzelner Staaten weisen wir zurück. Aus diesen Gründen lehnen wir Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.
• Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden und darf nicht in neue Aulandseinsätze entsandt werden.
• Die Mittel, die heute für militärische Interventionen ausgegeben werden, sollen umgewidmet werden für zivile Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme und die Entwicklungszusammenarbeit: Wir wollen die Mittel der Auslandseinsätze für ein friedliches Zukunftsprogramm einsetzten.
• Wir lehnen es ab, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten andere Armeen ausbilden, die dann ihrerseits direkt oder indirekt an Kriegshandlungen beteiligt sind.

SPD LINKE GRÜNE
ZC-SPEZIAL: WAHLPROGRAMME 2017

• DIE LINKE lehnt eine weitere Erhöhung des Rüstungsetats ab.
• Wir wenden uns gegen eine militärische Komponente im Europäischen Auswärtigen Dienst.
• Wir wollen die Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen Polizeieinsätzen beenden, die der Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen. Eine Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich mit autoritären Regimen zur Flucht- und Migrationsabwehr lehnen wir ab.
• Wir setzen uns für ein Ende der aktuellen Militärberatungsmissionen ein. Sie heizen weltweit Konflikte an, statt sie zu entschärfen.
• Eine Vermischung von zivilen und militärischen Maßnahmen lehnen wir ab. Mit „zivil-militärischer Kooperation" und „vernetzter Sicherheit" wird die Militarisierung der Außenpolitik verschleiert. Die Einbindung von Ent-wicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in sicherheitspolitische Konzeptionen – wie etwa in Afghanistan geschehen – verhindert nicht nur soziale Entwicklung in diesen Ländern. Sie widerspricht auch dem zivilgesellschaftlichen Auftrag von Nichtregierungsorganisationen. Die internationale Hilfe darf niemals Teil einer militärischen Strategie sein, sondern muss sich allein an dem Gebot der Hilfe für die von Hunger und Krieg betroffenen Bevölkerungen orientieren.
Wir wollen Politik auf gewaltlose, soziale und proaktive Friedensförderung ausrichten. Die Beteiligung und der Schutz der lokalen Bevölkerung stehen dabei im Zentrum.
• Projekte zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir umfassend fördern.
• Wir wollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst, der Fachleute in Konfliktgebiete entsendet, bis 2020 verdoppeln. Zusätzlich wollen wir einen europäischen Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikanischen Zivilen Friedensdienstes unterstützen. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden, die bisher für Militärausbildungsmissionen ausgegeben werden.
• Wir wollen Zivilklauseln in den Gesellschafterverträgen der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verankern.
• Wir wenden uns entschieden gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern.
• DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass rechtextremes Gedankengut und die Pflege der Wehrmachtstraditionen in der Bundeswehr restlos aufgedeckt und bekämpft werden.

Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten.

Unsere internationale Politik zielt auf Frieden, Abrüstung und Entmilitarisierung. Derzeit ist Deutschland der weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen. Jede Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes. Waffenexporte fördern Unterdrückung und machen es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden.
• Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten. Mit diesen sogenannten Kleinwaffen – darunter Sturmgewehre und Maschinenpistolen – werden die meisten Menschen in den Kriegen dieser Welt getötet. Sie sind die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts.
• Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden – weder durch die staatliche Absicherung mit Hermesbürgschaften noch durch Ausbildungsunterstützung oder über andere Wege.
• Software und Geräte, mit denen Internetnutzerinnen und -nutzer verfolgt und Internetsperren errichtet werden können, dürfen nicht exportiert werden.
• Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird. Wir wollen mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten.
• Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll sowohl durch öffentliche Gelder als auch durch die davon betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden.
• DIE LINKE fordert ein Beteiligungsverbot deutscher Unternehmen an internationalen oder ausländischen Rüstungsunternehmen.
• Mit Unterstützung der Bundesregierung verwandelt die islamistische Diktatur in Saudi-Arabien den Jemen in einen Ort des Schreckens. DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp der Rüstungslieferungen sowie der geplanten Ausbildung saudischer Militärs durch die Bundeswehr. Deutsche Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in Saudi-Arabien einzustellen.
• Wir beteiligen uns an der Bewegung für Zivilklauseln an den Hochschulen bundesweit.
• DIE LINKE unterstützt die Initiative für ein so genanntes Zivilsteuergesetz. Damit wäre, entsprechend des Gewissensschutzes, die Möglichkeit gegeben, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hätte, einer Verwendung seiner Steuern für militärische Zwecke zu widersprechen.
• Zur Vision einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen gehört auch konsequente Abrüstung im eigenen Land.
• Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden.
• Es dürfen keine modernisierten Atomwaffen in Deutschland stationiert und keine Mittel für die Modernisierung der Trägerflugzeuge für den Einsatz von Atomwaffen bereitgestellt werden. Die sogenannte Nukleare Teilhabe wollen wir beenden.
• Vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus dürfen keinerlei militärische Drohneneinsätze in anderen Ländern koordiniert oder geleitet werden. Die militärischen Standorte in Deutschland, die derzeit an solchen Drohnenkriegen beteiligt sind – wie Ramstein, das AFRICOM und das EUCOM – müssen geschlossen werden.
• Deutschland muss endlich seine Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag von 1968 erfüllen.
• DIE LINKE tritt auch in der nächsten Legislaturperiode für eine vertragliche Ächtung von Atomwaffen weltweit ein.
• Die Bundeswehr oder die Polizeien des Bundes und der Länder dürfen keine Drohnen anschaffen, die gegen Menschen gerichtet sind (im Kampf oder zur Überwachung) oder sich am Betrieb solcher Systeme im Ausland beteiligen. Wir wollen alle unbemannten und vollautonomen Kampfsysteme (bewaffnete Drohnen und Kampfroboter) im Rahmen einer internationalen Konvention ächten.
• Die Rekrutierung von Minderjährigen durch die Bundeswehr muss beendet werden. Wir wollen keine Rekrutierungskampagnen im öffentlichen Raum.
• Wir lehnen die Offensivstrategie der Bundeswehr im Cyber-Raum ab – die Abwehr dieser Gefahren ist Sache von Strafverfolgungsbehörden des Inneren, nicht der Armee.
• Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Entsprechende Verträge, auch mit den USA im Rahmen von Aufenthaltsvertrag und dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, werden gekündigt. Die Infrastruktur in der Bundesrepublik darf nicht genutzt werden, um völkerrechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Verschleppung von Gefangenen zu ermöglichen.
• Keine Bundeswehr in Bildungseinrichtungen und auf Ausbildungsmessen! [...]

Für eine europäische Friedens- und Entspannungspolitik

Ein geeintes soziales Europa kann nur als ein Projekt des Friedens eine wirkliche, demokratische Zukunft haben [...]. Die NATO dehnt ihren Einflussbereich bis an die Westgrenze Russlands aus. Der Beitritt weiterer Länder zur NATO wie Georgien, der Ukraine oder Mazedonien würde die Spannungen mit Russland weiter anheizen. Viele Menschen in unserem Land sind beunruhigt wegen der Verschlechterung der Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland. Von einem gemeinsamen Haus Europa, von der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges, spricht heute keiner mehr. Stattdessen findet mitten in Europa, in der Ukraine, ein heißer Krieg statt. Zwischen der EU und Russland bestimmen Sanktionen und Gegensanktionen das Bild. Wo Abrüstung geboten wäre, dominiert auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung. Diplomatie und militärische Zurückhaltung sind ins Abseits geraten. Wir halten diese Konfrontationspolitik für fatal.
DIE LINKE wendet sich dagegen, EU-Beitrittsverhandlungen mit autoritären Regimen wie im Falle der Türkei zu intensivieren. Wir treten für eine radikale Wende der deutschen und europäischen Türkeipolitik ein. Wir stehen an der Seite der Demokraten in der Türkei und fordern einen sofortigen Stopp der Rüstungsexporte und der Lieferungen von Rüstungsfabriken. DIE LINKE setzt sich für die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei ein und steht allen Versuchen, dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan unter die Arme zu greifen, wie mit einer Erweiterung der Zollunion, entgegen.
DIE LINKE tritt für die Stärkung der OSZE als wichtigem Format der gesamteuropäischen Kooperation ein. Um dies zu erreichen, muss als Erstes eine Vereinbarung getroffen werden, keine neuen Mitglieder in die NATO aufzunehmen. Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein. Das muss die sicherheitspolitische Orientierung von europäischem und deutschem Handel werden. Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir setzen uns gegen Militärmanöver ein. Den Einsatz und die Stationierung deutscher Soldaten in den osteuropäischen Staaten wollen wir unterbinden. Das NATO-Rüstungsziel von zwei Prozent des BIP lehnen wir ab. Wir wollen die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland ersetzen, das auf Abrüstung zielt. Wir wollen, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt.
• DIE LINKE fordert, dass der Paragraph 80 StGB wieder eingeführt wird, der die »Vorbereitung eines Angriffskrieges« verbietet.
• Als ersten Schritt wollen wir eine konventionelle Rüstungskontrolle in Europa nach dem

LINKE LINKE LINKE

Vorbild des AKSE-Vertrags (Angepasster Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa).
• Wir lehnen neue NATO-Kriegsbeteiligungen wie in Syrien und im Irak ab. Die deutsche Beteiligung an NATO-Kriegen wie in Afghanistan muss eingestellt werden.
• Wir wollen die US- und NATO-Infrastruktur in Deutschland beseitigen, die für den Aufmarsch gegen Russland, eine verheerende Regime Change-Politik sowie ganz allgemein für Interventionskriege genutzt wird.
• Einen NATO-Raketenschild lehnen wir ab. • Wir wollen den Umbau der Bundeswehr zu einer Einsatzarmee stoppen. Alle offensivfähigen Waffen-systeme müssen abgerüstet werden.
• DIE LINKE setzt sich für eine schrittweise Abrüstung der Bundeswehr.
• DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands und eines Europas ohne Armeen und einer Welt ohne Kriege. Im Zuge der Verkleinerung der Bundeswehr muss ihren Angehörigen eine Perspektive in zivilen Berufen eröffnet werden. Umschulungen, Aus- und Weiterbildungen werden unterstützt.
• DIE LINKE fordert ein Verbot von militärischen Sicherheits- und Söldnerfirmen. Die Bundesregierung darf sie nicht beauftragen oder unterstützen.
• DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der 8. Mai als internationaler Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Faschismus zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird.
In Zeiten der globalen Verwerfungen und Krisen muss sich linke Politik von dem Auftrag leiten lassen, ein men-schenwürdiges Zusammenleben zu ermöglichen. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedarf einer Politik, die allen Menschen über die Ländergrenzen hinweg ein Leben in Würde, Anerkennung und sozialer Gerechtigkeit ermöglicht. Eine lebendige Demokratie bedarf der gemeinsamen Suche nach Alternativen. Wir stellen uns den zahlreichen Akteuren und multilateralen Verpflichtungen der internationalen Politik, um nachhaltige Transformationsprozesse für eine verlässlichere und friedlichere Welt zu eröffnen. DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt oder Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.

XVI. Für ein Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne
[...]
Keine Europäische Union der Aufrüstung und Militarisierung
Die Mitgliedsstaaten der NATO haben sich verpflichtet, jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Auf-rüstung und Kriegsfähigkeit zu investieren. Die Antwort auf die Wahl von Trump zum Präsidenten der USA und das »Brexit«-Votum der britischen Bevölkerung sind auch in der EU Pläne zu weiterer Aufrüstung mit dem Ziel einer »strategischen Autonomie«. Gemeint sind: eine europäische Armee, finanziert und geführt von der Europäischen Union. Ein gemeinsamer Rüstungsmarkt soll geschaffen und die Rüstungsindustrie europäisiert werden. Der Binnenmarkt für Verteidigungsgüter soll gestärkt werden. Dafür werden auch Förderungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus den Fördertöpfen der EU geprüft.
Auf die wirtschaftlichen und sozialen Zerfallsprozesse in der EU folgen militärische und sicherheitspolitische Integrationspläne. Wirtschaftliche Entwicklung wird als Rüstungsförderung betrieben. Der Ausbau einer »Ver-teidigungsunion« oder »Militärunion«, die Schaffung einer europäischen Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt Standortkonkurrenz.
• Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen.
• Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein.
• Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Die Ar-beitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Arbeits- plätze überführt werden.
• Wir lehnen die Pläne einer europäischen Verteidigungsunion, inklusive einer intensivierten EU-NATO- Kooperation, ab. Die EU muss eine dem Frieden verpflichtete Politik betreiben, und ihre auswärtige Politik ist strikt auf zivile Instrumente zu orientieren.
• Wir wollen den EURATOM-Vertrag auflösen und von den vertraglichen Grundlagen der EU entflechten, denn er blockiert eine transparente, sozial und demokratisch gestaltete Energiewende und den unum-kehrbaren Atomausstieg. Wir setzen uns ein für die Einrichtung einer alternativen »Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung«. Wir treten ein für eine Europäische Friedens- und Entspannungspolitik. [...]

Bündnis 90/Die Grünen haben auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz vom 16. bis 18. Juni in Berlin ihr XX Seiten umfassendes Wahlprogramm mit dem Titel „Zukunft wird aus Mut gemacht“ beschlossen.
Das vollständige Wahlprogramm ist verfügbar unter:
https://www.gruene.de/ueber-uns/2017/gruenes-wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2017-zukunft-wird-aus-mut-gemacht.html?pk_campaign=programm-hh-programm17

[...] **Welt im Blick**
In den vergangenen Jahrzehnten ist die Welt immer stärker zusammengerückt. In Europa erleben wir Dank der zivilisierenden Kraft der Europäischen Union eine sehr lange Phase des friedlichen Zusammenlebens – solange wie nie zuvor. Auch weltweit wurden Grenzen geöffnet, Wirtschaftsbeziehungen globalisiert, länderübergreifende Kontakte selbstverständlich. Immer weniger Menschen leben in extremer Armut. Eine prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass die Welt durch Zusammenarbeit an vielen Stellen zu einem besseren Ort gemacht wurde. Wir haben bei der Klimakonferenz in Paris erlebt, was geschafft werden kann, wenn der Wille da ist, gemeinsam anzupacken. Auch die Selbstverpflichtung der Vereinten Nationen, bis 2030 globale Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen, war ein Erfolg internationaler Zusammenarbeit. Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zu schließen, dass das Risiko einer atomaren Aufrüstung reduziert. Diese Erfahrungen zeigen: Echten globalen Wandel und kollektive Sicherheit erreichen wir nur gemeinsam und kooperativ.
Doch gleichzeitig steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Eine Vielzahl von Kriegen, Krisen und Konflikten bedrohen den Frieden und betreffen auch Europa. Dies gilt nicht zuletzt für den äußerst brutalen Krieg in Syrien und den globalen Terror des „IS“ und anderer islamistischer Gruppen. Die Kriegsparteien haben das humanitäre Völkerrecht de facto außer Kraft gesetzt, wir stehen vor einer der schlimmsten humanitären Katastrophen unserer Zeit. So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Auf dem afrikanischen Kontinent fliehen Menschen vor Gewalt, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, geschlechtsspezifischer Verfolgung und den aktuell sich verschärfenden Hungerkatastrophen, besonders in Somalia, Südsudan, Nigeria, aber auch im Jemen. Die soziale Kluft vergrößert sich. Gleichzeitig verschärft die Klimakrise bestehende weltweite Ungleichheiten. Ressourcenkonflikte um Wasser und Rohstoffe erhöhen die Spannungen in vielen Regionen der Welt. Wirtschaftlicher Prosperität und neuem Wohlstand stehen Ungleichheit und ökologischer Raubbau gegenüber.
Viele Staaten haben eine Mitverantwortung für das Entstehen gegenwärtiger Krisen und Konflikte. Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem militärischem Vorgehen in der Ost-Ukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen beigetragen. Wir sehen mit Sorge, dass die Abrüstungsbereitschaft sinkt, die Rüstungshaushalte und Rüstungsexporte steigen und die längst überwunden geglaubte Logik der Abschreckung von allen Seiten wieder in Gang gesetzt wird.
Die unberechenbare Präsidentschaft von Donald Trump in den USA und seine Politik des „America First“ stellen die Politik Deutschlands und der Europäischen Union vor erhebliche neue Herausforderungen. Damit die trans-atlantische Wertegemeinschaft stark bleibt, wollen wir den Austausch mit der amerikanischen Zivilgesellschaft und Bundesstaaten stärken. Die wirtschaftliche, militärische und kulturelle Polarisierung ist das Gegenteil einer auf Verständigung und Kooperation orientierten Weltordnung. Pläne für nationalistische Abschottung und Handelskriege, das Leugnen der Klimakrise, die Negierung der Genfer Konvention in Bezug auf das Hilfsgebot für Flüchtlinge und auf das Verbot von Folter untergraben das dringend notwendige gemeinsame Handeln. Die Herausforderungen für globales Engagement für demokratische Werte und eine Friedenspolitik könnten also kaum größer sein.
Wir GRÜNE wollen unseren Beitrag dazu leisten, das Leben in den kommenden Dekaden des 21. Jahrhunderts politisch friedlich und sicher, ökologisch nachhaltig, solidarisch und sozial gerecht zu gestalten. Wir wollen die multilaterale Kooperation und vor allem die Vereinten Nationen stärken. Die Weltgemeinschaft muss Verant-wortung für die internationale Friedenssicherung, globalen Entwicklungschancen und die Durchsetzung und Verwirklichung der Menschenrechte übernehmen. Die EU soll nach innen wie nach außen ein Friedensprojekt sein. Das können wir erreichen, wenn wir Europa weiterentwickeln, internationale Institutionen stärken und Gerechtigkeit als grenzübergreifende Aufgabe begreifen. Es geht um Zusammenarbeit statt Nationalismus.
Wir wollen, dass Deutschland mehr globale

Verantwortung für den Frieden und Gerechtigkeit in der Welt übernimmt. Das fängt zu Hause an. Eine Erhöhung des Rüstungshaushalts auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung lehnen wir ab. Wir wollen mehr Mittel für Krisenprävention bereitstellen und darüber hinaus die international versprochenen 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung dauerhaft zur Verfügung stellen und zwar ohne die Kosten für Flüchtlinge im Inland anzurechnen. Wir wollen damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu exportieren. Wir GRÜNE wollen, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen zu lösen oder besser noch, sie zu verhindern.

Unser Ansatz gegen Fluchtursachen kann ein wichtiger Baustein sein, um Menschen eine Lebensperspektive in ihren Ländern zu ermöglichen. Das heißt wir werden Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Wir GRÜNE wollen die Globalisierung nicht zurückdrehen sondern im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und menschenrechtlicher Prinzipien gestalten. Wir brauchen endlich ein kohärentes Handeln im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele, deswegen müssen wir aufhören mit Rüstungsexporten, unfairem Handel oder Steuervermeidungen unsere eigene Entwicklungszusammenarbeit hintertreiben.

Wer vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die Einwanderung wollen wir das Staatsbürger*innenschaftsrecht endlich der Realität anpassen. Wir GRÜNE sind überzeugte Europäer*innen. Eine starke, demokratische und reformierte Europäische Union ist genau das, was wir in einer Welt der Unsicherheiten brauchen. Wir wollen die deutsche Euro- und Europapolitik solidarischer ausrichten, damit Deutschland dazu beiträgt, Europa zu einen und zu stärken. Wir GRÜNE sind die Europapartei und stehen gerade angesichts von nationalistischen und rechtspopulistischen Bestrebungen ein für ein besseres Europa für alle Bürger*innen. Die Europäische Union ist bis heute das beste Beispiel, wie supranationale Partnerschaft und Zusammenarbeit zum Nutzen aller funktionieren kann. Und sie macht damit Hoffnung: Eine friedlichere, eine solidarische, eine bessere Welt ist möglich.

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Die bisherige europäische Einigung ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet: Zusam-menarbeit statt Nationalismus und nie wieder Krieg. [...] Mit der europäischen Einigung wurde eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen, Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich weitgehend überwunden. Heute ist die Europäische Union eine Garantin für den Frieden und für unsere universellen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz, soziale Marktwirtschaft das sind die Grundlagen der Europäischen Union. [...] Bis heute ist die Art und Weise, wie die Menschen und Staaten in der Europäischen Union zusammenarbeiten und Konflikte lösen, einmalig auf der Welt. Für eine gute Zukunft brauchen wir die Europäische Union umso mehr. (...)

Die EU als handlungsfähige Akteurin in der Außen-, Entwicklungs-, und Sicherheitspolitik

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die EU bei der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik mehr leistet, öfter mit einer Stimme spricht, mehr für unsere innere und äußere Sicherheit tut. Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere Europäisierung der Außen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik ein. Kein europäisches Land ist allein in der Lage, den internationalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Das gilt umso mehr in einer Zeit, in der sich durch die aggressive Großmachtpolitik Russlands unter Präsident Putin, die von Abschottung und nationalistischem Denken geprägte Politik des amerikanischen Präsidenten Trump und die vielen Krisenherde im Nahen Osten und in Nordafrika die Rahmenbedingungen für die Sicherheit der EU grundlegend ändern.

Das Zivile steht dabei für uns im Vordergrund. Die Mittel und das Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen müssen bedarfsgerecht und damit deutlich erhöht werden. Wir stellen uns gegen einen fatalen Paradigmenwechsel, bislang zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für Militär oder zur Abwehr von Flüchtlingen umzuverteilen sowie die Investitionsbank und das Instrument für Stabilität und Frieden zu militärischen Zwecken zu missbrauchen. Wir wollen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und den Europäischen Auswärtigen Dienst weiter ausbauen. Die EU soll aktiv an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ausgehend von der OSZE mitarbeiten. Die neuen Sicherheitsbedenken der osteuropäischen Länder nehmen wir dabei sehr ernst. Eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsk-Prozess fest. Wir halten gezielte Sanktionen der EU gegen verantwortliche Individuen, öffentliche und privatwirtschaftliche Institutionen für ein wirksames Mittel der Außenpolitik und halten derzeit an der Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation fest.

Wir halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der Streitkräfte in der Euro-päischen Union für sinnvoll und für einen Teil der Antwort auf die internationalen Entwicklungen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab. Uns geht es darum, durch engere gemeinsame Planung, Kooperation und Koordination Fähigkeiten auf europäischer Ebene zu bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder fortzusetzen. Dies muss mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament und mit einer gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik einhergehen.

Die EU muss auch bei der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden und Stabilität in Europa. Der Beitritt jedes einzelnen Landes muss aber weiter konsequent von Fortschritten im Beitrittsprozess und der Erfüllung der Kopenhagen Kriterien abhängig gemacht werden. Wir wollen alle Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren und das Beitrittsversprechen durch eine tiefgreifendere Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des Westbalkans glaubwürdig machen.

Wir GRÜNE stehen auch weiterhin fest an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Erdogan eingeschlagene Politik hin zu einem autoritären Präsidialsystem, die massiven Angriffe auf Oppositionelle, auf die Zivilgesellschaft, auf die Meinungs- und Pressefreiheit. Der Krieg des türkischen Militärs und der Terror der PKK im Südosten der Türkei werden auf dem Rücken der Zivilgesellschaft ausgetragen. Auch die militärischen Interventionen in Syrien und im Nordirak lassen die Gewalt in der Region weiter eskalieren. Für die Zukunft der Kurd*innen kann es nur eine friedliche und politische Lösung geben. Es braucht nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Darum werden wir deutsche Rüstungsexporte in die Türkei stoppen. Politisch Verfolgte sollen in der EU Zuflucht finden und der Visumszwang abgeschafft werden. Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion kann es erst geben, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtstaatlichkeit vollzieht. Das gilt auch für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen. Sie jetzt komplett abzubrechen würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. [...]

Wir stehen ein für Frieden, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte

Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Die Hoffnung auf eine globale Frie-densordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der Nachbarschaft der Europäischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft. In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die vielen positiven Entwicklungen weltweit. Wir werden Länder partnerschaftlich dabei unterstützen Menschenrechte zu schützen, demokratische und rechtsstaatliche Strukturen zu stärken, sich nachhaltig zu entwickeln und den Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen. Leitbild unseres außenpolitischen Engagements sind die Menschenrechte. Deutschland und die EU müssen mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen, gerechten und kooperativen Weltordnung übernehmen. Deutschland muss selbst alle menschenrechtlichen Abkommen vorbehaltlos ratifizieren und umsetzen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft, Solidarität und Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann. Diesen Weg wollen wir Grünen entschlossen weitergehen.

Im Zentrum unserer Außen-, Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik steht eine Stärkung des internatio-nalen Rechts, der multilateralen Zusammenarbeit und der zivilen Krisenprävention, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, EU und OSZE. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten. Die NATO ist ein wichtiges transatlantisches Bindeglied und spielt für die gemeinsame Sicherheit in Europa eine wichtige Rolle. Wir wollen sie so transformieren, das [!] sie auch mit Dritten verstärkt zu kooperativer Sicherheit beitragen kann. Deshalb setzen wir auch auf den Dialog im NATO-Russland-Rat. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten. Den Rahmen für unsere Politik der globalen Verantwortung bilden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Sie nehmen auch Deutschland und andere Industrieländer in die Pflicht, gesamtpolitisch umzusteuern, denn eine nachhaltige Entwicklung und der Einsatz für Frieden fangen zu

Leseprobe

Hause an. Wir kämpfen für eine global nachhaltige Entwicklung, für soziale Gerechtigkeit und für demokratische Teilhabe. Dazu gehört die Eindämmung von Geldwäsche und Korruption.
Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde, seinen unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Durchsetzung und Wahrung von Menschenrechten, insbesondere der Rechte von Frauen.

Menschenrechte, Krisenprävention und die Entwicklung in den Mittelpunkt

In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nur grenzüberschreitend gelöst werden können. Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen Ländern diese Werte mit Füßen treten. Sie dürfen nicht als unsere „Verbündeten“ betrachtet und politisch und militärisch gestützt werden. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile bittere Realität. Menschenrechtsverteidiger*innen müssen weltweit besser geschützt werden und müssen Thema der bilateralen Regierungsverhandlungen sein. Wir wollen Menschenrechtsreferent*innen in allen deutschen Botschaften. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.
Wir wollen die strukturellen Gründe für Ungleichheit, für Armut und Hunger, für Klima- und Ressourcenkrise und für gewaltsame Konflikte angehen. Wichtig dafür sind Politikreformen in Deutschland und anderen Industriestaaten im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele, die Schaffung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen in Partnerländern und ein Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit. Unsere Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar-oder Rüstungsexportpolitik darf nicht länger Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit konterkarieren. Deshalb wollen wir einen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte schaffen, der das Regierungshandeln mit Blick auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele prüft und Anpassungen empfiehlt. Wir werden verstärkt die Zivilgesellschaft fördern und auch den Privatsektor nach verbindlichen menschenrechtlichen und sozial-ökologische Kriterien einbeziehen. [...]
Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt, und wenn dann häufig erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir setzen uns für ein humanitäres Versprechen der internationalen Gemeinschaft ein, um flächendeckende Hungers- not und schlimmste Katastrophen rechtzeitig zu verhindern. Wir verteidigen das humanitäre Völkerrecht. Mit uns wird die Bundesregierung eine humanitäre Führungsrolle einnehmen und ihren Anteil am aktuellen Bedarf zu jedem Jahresanfang finanzieren. Mit der Schaffung eines Instituts für humanitäre Angelegenheiten wollen wir Deutschland in die Lage versetzen, die humanitäre Hilfe wirksamer zu machen. [...]

Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung und Rüstungskontrolle voranbringen

Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft diese, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch die Militärdiktatur in Ägypten und den sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Besonders viele Opfer fordert der Einsatz von Kleinwaffen. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen übertrumpft in der Abwägungsentscheidung der Bundesregierung das Interesse an Krisenprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit einem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an strenge Kriterien geknüpft und massiv begrenzt wird. Der Endverbleib muss gesichert sein. Der Export in Staaten außerhalb der EU, der NATO und an NATO-gleichgestellte Länder darf nur in ganz wenigen und zu begründenden Fällen und nur im Rahmen der VN-Charta, [!] erfolgen. Rüstungsverkäufe in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, müssen endlich ausnahmslos gesetzlich verboten werden. Die Rüs-tungsexportkontrolle muss vom Wirtschaftsministerium ans Auswärtige Amt übertragen und durch umfassende parlamentarische Kontrolle reguliert werden. In besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Auf EU-Ebene kämpfen wir für eine restriktive und parlamentarisch kontrollierte Rüstungsexportpolitik. Wir wenden uns gegen die weitere Erosion bestehender Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen. Wir wollen die Vertrauensbildung, Abrüstung und Rüstungskontrolle wiederbeleben und dabei mit eigenem Beispiel vorangehen.
Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit eigenem Beispiel vorangehen. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine Welt ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine inter-nationale Konvention zu ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir werden weiter für die vollkommene atomare Abrüstung kämpfen. Wir GRÜNEN fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen „nuklearen Teilhabe“. Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU.
Wir setzen uns auch für eine internationale Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter ein und sind gegen die Beschaffung oder Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr. Wir fordern einen internationalen Verhaltenskodex zur Cybersicherheit, der u.a. eine Selbstverpflichtung enthält, zivile (Netz)-Infrastruktur nicht zum Ziel oder Iunstrument [!] militärischer Angriffe zu machen. Wir wollen nicht, dass die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffe nutzen. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden.

Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren

Wir GRÜNE setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür. Die VN sind aber nur so stark, wie ihre Mit-gliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie regionaler Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.
Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht werden kann. Deswegen sind zivile Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen Außenpolitik. Daher wollen wir eine konsequente Friedenserziehung fördern.
Wir setzen uns dafür ein, die zivile Krisenprävention finanziell und strukturell zu stärken. Dazu fordern wir ein strategisches und köhärentes [!] Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen, das von einem Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte überprüft wird. Wir wollen die Verbesserung von Frühwarnungs-, politischen Analyse- und Mediationskapazitäten. Die Arbeitsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wollen wir stärken und das Kapital der Deutschen Stiftung Friedensforschung erhöhen. Notwendig ist auch der planmäßige Ausbau schnell verfügbarer Polizei-, Rechtsstaats- und Verwaltungsexpert*innen. Der Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten und zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen in die Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung, muss finanziell unterfüttert und wirkungsorientiert ausgerichtet werden. Wir wollen, dass Deutschland Mitglied im Europäischen Friedensinstitut wird und bei den Vereinten Nationen und in der EU einen Freundeskreis für Krisenprävention initiiert. Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der EU und der OSZE leisten weltweit einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung. Wir wollen die deutschen zivilen und militärischen Beiträge in diesen Missionen erhöhen.
Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel gerechtfertigt sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt, dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Men-schenrechtsverbrechen zu schützen. An erster Stelle muss immer die Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir Grüne stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für den Primat des Zivilen. Wir machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche Mandate kritisch und sorgfältig. Für uns gilt die VN-Charta. Wir werden Einsätze [!] der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein, d.h. nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen sondern im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder der NATO stattfinden. Es bedarf eines präzisen und umfassenden Mandates durch den Bundestag und einer sorgfältigen Abwägung der Gefahren, Chancen und Risiken. Ein militärischer Einsatz der Bundeswehr muss in eine umfassende zivile Gesamtstrategie und in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen Staates eingebettet sein.
Um strategische oder politische Fehler, wie beim Afghanistan-Einsatz, zu vermeiden, müs-

Grüne Grüne Grüne

sen komplexe interna-tionale Friedenseinsätze permanent auf ihre Ziele, Wirksamkeit und Mittel hin überprüft und angepasst werden. Deshalb fordern wir klare Prüfkriterien für Auslandseinsätze und eine unabhängige Evaluierung.
Unrecht muss aufgearbeitet werden, deshalb unterstützen wir Anstrengungen zur Aussöhnung und die Arbeit des internationalen Strafgerichtshofs. Die Kapazitäten deutscher Behörden, Kriegsverbrechen nach dem Welt-rechtsprinzip konsequent zu verfolgen, sollen gestärkt werden.
Eine Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen droht das Völkerrecht und die VN zu schwächen und muss überwunden werden. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger werden. Im Falle einer anhaltenden Blockade des VN-Sicherheitsrats sollte die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedenserzwingende Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert.
Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell stärken und unter-stützen. Die Unterstützung der Ziele und Missionen der Vereinten Nationen ist eine wichtige Aufgabe der Bun-deswehr. Die Bundeswehr muss VN-fähiger und europatauglicher werden. Für diese Herausforderungen muss die Bundeswehr gut ausgestattet sein. Dafür braucht es aber keine Erhöhung des Verteidigungsetats, sondern klare sicherheitspolitische Prioritäten, mehr europäische Zusammenarbeit und ein Ende der ineffizienten Be-schaffungspolitik der letzten Jahre. Es muss endlich Schluss damit sein, dass mit industriepolitisch motivierten Prestigerüstungprojekten und Wahlkreiswünschen einzelner Abgeordneter Steuergelder verbrannt werden.
Es hat sich bewährt, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Wir lehnen alle Pläne zur Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes ab und wollen die Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Bundestages ausbauen. Wir wollen die innere Führung und den Aufklärungswillen bei Missständen in der Bundeswehr stärken und setzen auf mehr staatsbürgerliche und politische Bildung. Es ist uns wichtig, dass die Soldat*innen gute Rahmenbedingungen haben: eine angemessene Entlohnung, Führungskultur und Personalmanagement, Vereinbarkeit von Familie und Dienst sowie eine Für- und Nachsorge, die den schwierigen Anforderungen der Einsätze gerecht werden. Die Anwerbung von minderjährigen Rekrut*innen lehnen wir ab. An der Vision, den VN unter Beachtung der Parlamentsbeteiligung eigene ständige Truppen zu unterstellen halten wir fest.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

0,7 Prozent für globale Entwicklung statt zwei Prozent für Aufrüstung
Wir lehnen eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung klar ab. Stattdessen wollen wir, dass Deutschland endlich sein Versprechen für mehr globale Gerechtigkeit einlöst. Darum werden wir bis 2021 das Ziel erreichen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz jährlich um 2 Mrd. Euro erhöhen und auch danach die Klimagelder weiter anwachsen lassen. Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland werden wir nicht anrechnen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus. Dies ist auch ein Beitrag zur zivilen Krisenprävention und langfristig zur Fluchtursachenbekämpfung. Der Kampf für eine nachhaltige Entwicklung und einen wirksamen Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen.

Für ein Rüstungsexportgesetz – keine Waffen in Krisenregionen
Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer problematischen Menschenrechtslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In vorher klar definierten, besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir darum, eine EU-weite gemeinsame Rüstungsexportkontrolle deutlich restriktiver zu gestalten.

Für starke Vereinte Nationen – internationaler Schutzverantwortung gerecht werden
Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtet ist. Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den bestehenden Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Deswegen möchten wir Deutschland und die EU zu Vorreiter*innen für die zivile Krisenprävention machen - konzeptionell, finanziell und strukturell. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss angesichts der rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürger*innen vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder ethnischer Säuberung zu schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch wirklich wahrnehmen zu können. Wir wollen Reformen in den Strukturen der Vereinten Nationen anstoßen und sie besser ausstatten, personell und materiell.

Die FDP hat auf ihrem Parteitag vom 28. bis 30. April in Berlin ihr 87 Seiten umfassendes Wahlprogramm unter dem Titel „Schauen wir nicht länger zu." beschlossen.

Der Gesamttext ist verfügbar unter:
https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/05/29/20170523-schauen-wir-nicht-langer-zu.pdf

Freiheit und Menschenrechte weltweit
Freiheit ist kein Egoismus. Niemand kann sie für sich allein beanspruchen. Sie ist ein Ordnungsprinzip für alle, das nicht an Grenzen haltmacht. Daher verfolgen wir Freie Demokraten das Ziel, Freiheit und Menschenrechte weltweit zu stärken.
Auch der beste Zweck rechtfertigt nicht jedes Mittel. Wir stehen für den Vorrang von Diplomatie, Gespräch, Austausch und „Wandel durch Handel" vor militärischer Intervention. Wenn es aber die Sicherheit Europas oder die Beendigung massenhafter, dauernder und schwerster Menschenrechtsverletzungen erfordern, dann muss Deutschland auch bereit sein, einen militärischen Beitrag zu leisten. Davor wird man vor dem Hintergrund der sich verändernden Weltlage nicht die Augen verschließen können.

Europa und die USA –
Die westliche Wertegemeinschaft stärken
Wir Freie Demokraten bekennen uns zu der transatlantischen Partnerschaft. Die transatlantischen Beziehungen, die auch Belastungen aushalten, sind eines der großen friedenstiftenden Elemente in Europa und der Welt. Sie sind aufgrund der vielen Vorteile Kernbestand liberaler Außenpolitik. Die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten hat Fragen aufgeworfen, seine ersten Maßnahmen haben auch Irritationen ausgelöst. Doch aus berechtigter Kritik an der Politik der neuen US-Regierung darf kein Antiamerikanismus werden. Angesichts der Möglichkeit, dass die USA eine weniger aktive globale Rolle spielen könnten, ist aus Sicht der Freien Demokraten die Stärkung der Europäischen Union unabdingbar. Dafür muss die EU mehr denn je ihre Differenzen überwinden, auf Grundlage ihrer gemeinsamen Werte außenpolitische Prioritäten setzen und die eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken.
Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland entsprechend seiner Wirtschaftskraft auch international mehr Verantwortung übernimmt. Nachhaltige internationale Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn die Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik vernetzt gedacht werden. Deshalb wollen wir, dass Deutschland langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit investiert. Dazu wollen wir eine schrittweise und nahtlos aufeinander abgestimmte Stärkung des Bundeshaushalts in den Bereichen Außenpolitik, Entwicklung und Verteidigung erreichen. [...]

Klare Haltung gegenüber Russland
Wir Freie Demokraten fordern die russische Regierung auf, die völkerrechtswidrige Besetzung der Krim und den Krieg in der Ostukraine unverzüglich zu beenden. Diese verletzen nicht nur das Gewaltverbot nach Art. 2 Ziffer 4 der Charta der Vereinten Nationen, sondern auch die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Zudem beobachten wir die zunehmende Unterdrückung der Opposition und Zivilgesellschaft in Russland mit großer Sorge und treten dafür ein, diese Menschenrechtsverletzungen klar zu benennen und zu verurteilen. Für uns gelten die Prinzipien der europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch Russland bekannt hat: Die souveräne Gleichheit der Staaten, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, die friedliche Beilegung von Konflikten sowie die freie Bündniswahl, Demokratie und Achtung

Grüne Linke FDP

der Menschenrechte. Für uns Freie Demokraten sind diese Prinzipien nicht verhandelbar. Solange Präsident Putin seine Interventionspolitik fortsetzt, müssen daher die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten und eine Wiederaufnahme Russlands in die G8 ausgeschlossen werden. Im Falle einer erneuten militärischen Eskalation müssen die Sanktionen gegen Russland weiter verschärft werden. Im Gegenzug können Sanktionen bei einem substanziellen Einlenken der russischen Regierung gelockert oder aufgehoben werden. Als Nachbarn auf dem europäischen Kontinent sind Deutschland und die EU mit Russland eng verbunden – wirtschaftlich, kulturell und politisch. Gerade in schwierigen Zeiten ist es unerlässlich, miteinander im Gespräch zu bleiben. Ob auf politischer Ebene, wie in der OSZE oder im NATO-Russland-Rat, oder durch zivilgesellschaftliche Kontakte: Dialog schafft Vertrauen, Vertrauen schafft Sicherheit. Mittelfristig muss es unser Ziel sein, über Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen wieder zu einer verlässlichen Partnerschaft mit Russland zu kommen.

Bekenntnis zur NATO
Wir Freie Demokraten bekennen uns uneingeschränkt zur NATO, denn die NATO ist ein konkurrenzlos erfolg-reiches Sicherheitsbündnis und soll auch in Zukunft als Garant für unsere Sicherheit stehen. Das bedeutet, dass wir die jüngsten Beschlüsse der Allianz von Wales und Warschau in vollem Umfange mittragen: Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungspositivs der NATO, einhergehend mit gleichzeitigem Dialog mit Russland. Darüber hinaus wollen wir das Atlantische Bündnis stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört einerseits die weitere Anhebung des Verteidigungsetats bis 2024, andererseits die Verwendung dieser Mittel in die dringend benötigten Fähigkeiten und Ressourcen, die Deutschland für seine Sicherheit selbst aufbringen muss. Letzteres kommt vorrangig auch der Europäischen Union zu Gute: Wir wollen dadurch den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und damit zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU beitragen. Zudem wollen wir uns für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU einsetzen. Wir wollen eine Konkurrenz zwischen den eu-ropäischen Sicherheitsinstitutionen verhindern. Nur komplementäres Handeln von NATO und EU trägt dazu bei, auf die heutigen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Deutschland muss seine Verantwortung als europäische Mittelmacht stärker bewusst wahrnehmen. Dies schließt eine stärkere Beteiligung an Einsätzen und Missionen, aber auch an einsatzgleichen Verpflichtungen, wie zum Beispiel der Teilnahme an der NATO Response Force oder an der verstärkten Vornepräsenz im Baltikum und Polen, ein.

Verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU
Wir Freie Demokraten fordern eine verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU. Die Ukraine, Moldau und Georgien haben im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik Assoziierungsabkommen angenommen. Dieser Weg der vertieften Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn muss weiter ausgebaut werden. Daher sollte die EU ihre Politik strategisch anpassen und verstärkt mit den Partnern sicherheitspolitisch arbeiten, die sich für die europäische Ausrichtung entschieden haben. Wir wollen die Demokratie und die wirtschaftliche Transformation in diesen Ländern fordern und fördern.

Echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa
Wir Freie Demokraten wollen eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Europa. Wir stehen zum Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt und wollen die GASP der EU stärken. Nur wenn wir in Fragen globaler Abkommen geeint auftreten, wird die europäische Stimme Gewicht erlangen. Der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sollte dabei eine Schlüsselposition als „EU-Außenministerin" zukommen. Nur wenn es uns gelingt, auch in den strittigen Fragen im passenden Moment eine europäische Antwort zu geben, wird man uns als Friedensmacht ernst nehmen. Deswegen setzen wir uns für einen konsequenten Ausbau der gemeinsamen Fähigkeiten ein, auch abseits der Europäischen Verträge. Einzelne EU-Staaten sollten im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit gemeinsam handeln können, wenn es ihre Fähigkeiten und Sicherheit erhöht. Vielmehr sollen auch einzelne EU-Staaten zusammenarbeiten, wenn es ihre Fähigkeiten und Sicherheit erhöht.

Die Europäische Union braucht eine Europäische Armee
Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle. Dazu streben wir schrittweise eine engere Verzahnung und den Ausbau der ge-meinsamen Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen Mitgliedsländer an und damit die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion. Der erste Schritt hierzu wäre die Nutzung des im EU-Vertrag bereits vorhandenen Instruments der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen. Die Aufstellung europäischer, multinationaler Verbände gehört dazu ebenso wie eine schrittweise integrierte gemeinsame militärische Ausrüstung. So können Kosten optimiert und technische und taktische Kompatibilität erhöht werden. Es gilt, Strategien, Ausbildung und Einsatzverfahren anzugleichen und auf EU-Ebene zu integrieren. Ein gemeinsames Hauptquartier könnte aus den Stabselementen der fünf bereits bestehenden supranationalen Korps hervorgehen. Bei all diesen Schritten muss parallel die Interoperabilität mit Kräften und Instrumenten der NATO weiter verstärkt werden. Nur gemeinsam kann die EU auch in Zukunft Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger garantieren, insbesondere angesichts eines Präsidenten Trump, der das Verhalten der USA zunehmend unvorhersehbar macht.

Sicherheitspolitik mit Augenmaß
Freiheit und Menschenrechte lassen sich nicht immer friedlich verteidigen. Gewaltanwendung muss immer das letztmögliche Mittel in engsten Grenzen sein, wenn alles andere bereits versucht wurde. Stellen wir das sicher!

Parlamentsvorbehalt für gemeinsame EU- und NATO-Einsätze weiterentwickeln
Für uns Freie Demokraten ist und bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz hat sich zur Schaffung von Rechtssicherheit bei bewaffneten Einsätzen der Bundes wehr im Ausland bewährt. Im Lichte der angestrebten verstärkten Schaffung gemeinsamer EU- und NATO-Einsatzkräfte wollen wir den Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestags unter voller Berücksichtigung der Maßgaben des Bun-desverfassungsgerichts so weiterentwickeln, dass gemeinsame Einsätze multinationaler Verbände von EU und NATO verfassungsfest erleichtert werden.

Modernisierung der Bundeswehr
Wir Freie Demokraten setzen uns für eine moderne Bundeswehr mit einsatzorientierten Strukturen ein, die sowohl zur Bündnis- und Landesverteidigung wie für internationale Einsätze befähigt ist. Dazu muss die Bundeswehr besser ausgestattet werden. Die Prozesse zur Beschaffung neuer Ausrüstungsgegenstände gehören grundsätzlich auf den Prüfstand. Die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass es bei größeren Projekten qualitative, terminliche und kostentechnische Mängel gegeben hat. Der Modernisierungsprozess der Bundeswehr muss weiter vorangetrieben und den neuen Anforderungen angepasst werden. Dabei wollen wir auch die Attraktivität des militärischen Dienstes steigern. Denn die Bundeswehr steht im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um die besten Bewerberinnen und Bewerber. Um den Personalbedarf weiterhin zu decken und junge Menschen für den anspruchsvollen Dienst zu gewinnen, muss die Attraktivität des Dienstes kontinuierlich verbessert werden. Entscheidende Faktoren sind dabei moderne und ausreichende Ausrüstung, Arbeitszeitbelastung, Weiterbildungsmöglichkeiten, Versetzungshäufigkeit, die Versorgung im Falle der Verwundung und nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Dienst.

Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete
Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. Die Unsicherheit und Bedrohung für die Menschen in den betroffenen Gebieten wird hierdurch nachhaltig erhöht und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen können ebenfalls behindert werden. Es sollte deshalb auch für die Zukunft Grundpfeiler deutscher Außenpolitik sein, Rüstungsexporte in Konfliktregionen auszuschließen. Die Entscheidung über Rüstungsexporte soll auch weiterhin durch die Bundesregierung erfolgen als Teil ihrer exekutiven Kernaufgaben. Jedoch fordern wir, dass ein Rüstungsexportgesetz die bestehenden nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien deutlich präzisiert und dadurch zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer Beteiligung des Deutschen Bundestags führt.

Die AfD hat auf ihrem Parteitag am 22. und 23. April in Köln ihr 76 Seiten langes „Programm für Deutschland" beschlossen.
Der gesamte Text ist verfügbar unter:
https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

3.Außen- und Sicherheitspolitik: Deutsche Interessen durchsetzen
3.1 Außenpolitik muss sich an deutschen Interessen ausrichten
Deutschland ist als eine der bedeutenden Wirtschaftsnationen der Welt daran interessiert, zu allen Staaten gute Beziehungen zu pflegen und das friedliche Zusammenleben der Völker zu

ZC-SPEZIAL: WAHLPROGRAMME 2017

DFG-VK-Shop

Otto Umfrid (1857-1920) war einer der ersten und der bedeutendste protestantische Theologe, der sich zum Pazifismus bekannte. Zwanzig Jahre wirkte er als Vizepräsident der Deutschen Friedensgesellschaft. 1914 wurde er für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen, der Kriegsbeginn verhinderte eine Preisvergabe.

Der spannende und lebendig geschriebene Lebensbericht von Christof Mauch und Tobias Brenner ist jetzt wieder im DFG-VK-Shop zum Preis von 5 Euro erhältlich.

Zum 100. Geburtstag der Deutschen Friedensgesellschaft 1992 hatte der DFG-VK-Verbandshistoriker Guido Grünewald das Buch „Nieder die Waffen!“ herausgegeben. Das 224-Seiten-Werk mit zahlreichen Dokumenten ist zum Preis von 10 Euro im DFG-VK-Shop erhältlich.

shop.DFG-VK.de

fördern. Die AfD bekennt sich zu den Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir setzen uns für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein.
Deutschland braucht eine nationale Sicherheitsstrategie, die der Problemlage angepasst ist. Als Gestaltungsmacht innerhalb der Staatengemeinschaft kann unser Land zur Krisenprävention und friedlichen Lösung von Konflikten beitragen.

Die Zukunft Europas liegt nicht in der EU in ihrem jetzigen Zustand und auch nicht in ihrer weiteren Zentralisierung, sondern in einem Europa souveräner Staaten, die partnerschaftlich zusammenarbeiten.
Die AfD tritt dafür ein, die Vereinten Nationen so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen in der Welt Rechnung getragen wird.
Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat sowie die Abschaffung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen an.
Die AfD fordert eine strikte Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten, auch durch nichtstaatliche Akteure. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Rolle der OSZE bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie ausgebaut wird.
Der internationale islamische Terrorismus ist eine ernste Bedrohung der internationalen Staatengemeinschaft. Seine Entstehung und Ausbreitung muss mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln bekämpft werden.

3.2 Das Verhältnis zu wichtigen Staaten ändert sich

Die USA sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands. Leitbild einer interessengeleiteten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Gleichberechtigung beider Partner. Die zunehmende Fokussierung der USA auf den pazi schen und ostasiatischen Raum erfordert eine autonome deutsche Sicherheitsstrategie.
Im Einklang mit den langjährigen Forderungen der USA nach einer gerechten Verteilung der Lasten und den europäischen Bestrebungen nach mehr Mitsprache in der NATO ist es nur folgerichtig und in deutschem Interesse, den europäischen Einfluss in der NATO zu stärken. Die NATO muss wieder ein reines Verteidigungsbündnis werden. Die Landesverteidigung ist durch die europäischen Staaten weitgehend eigenständig zu gewährleisten.
Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab.
Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen.
Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte vielmehr vertieft werden.
Die Beziehungen zur Türkei sind dagegen erschüttert und müssen neu gestaltet werden.
Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa. Die aktuellen politischen Entwicklungen geben Anlass zur Sorge und zeigen, dass sich die Türkei noch weiter von Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt hat. Die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO ist zu beenden, die Bundeswehr aus Incirlik abzuziehen und alle direkt und indirekt an die Türkei im Rahmen internationaler, mulitilateraler und bilateraler Abkommen gewährten Geldleistungen umgehend zu stoppen. [...]

3.3 Deutschland muss sich selbst verteidigen

Die AfD fordert die Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatzbereitschaft. Deren Aufgaben ergeben sich aus dem Grundgesetz und der Bedrohungslage. Derzeit genügt die Bundeswehr diesem Anspruch weder strukturell und personell noch materiell. Das ist angesichts der gegenwärtigen Bedrohung Europas und der geopolitischen Neuausrichtung der USA gefährlich und daher inakzeptabel.
Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar.
Die Wehrpflichtarmee hat der Bundesrepublik Deutschland über mehr als fünf Jahrzehnte gute Dienste geleistet. Rechtfertigung der Wehrpflicht ist die Bedrohungslage, die sich in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Die allgemeine Wehrpflicht verwurzelt die Streitkräfte in der Gesellschaft. Dazu könnte der Wiederaufbau von Heimatschutzkräften oder ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild mit kurzer Präsenzpflicht geeignet sein.
Die AfD fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht.

3.4 Die AfD fordert eine nationale Sicherheitsstrategie

Die AfD plädiert für einen ganzheitlichen Ansatz beim Schutz von Staat, Wirtschaft und Bürgern. Dazu gehören sowohl militärische als auch zivile Komponenten. Wissens- und Technologiediebstahl müssen verhindert werden. Im Zeitalter hybrider Bedrohungen und von „Cyberangriffen“ durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie durch Terrorismus gewinnt eine zivil-militärische Zusammenarbeit an Bedeutung. Die gesamte Versorgung und Verwaltung des Landes hängen von einer widerstandsfähigen Infrastruktur ab. Staat und Bürger müssen gegen gewaltbereite Akteure, die sich bereits legal oder illegal im Land befinden, geschützt werden. Zu erreichen ist dies durch neue dezentralisierte Strukturen mit zentraler Koordination und allzeit verfügbare schnelle Reaktionskräfte.
Die AfD fordert eine nationale Sicherheitsstrategie mit einer jährlich stattfindenden Debatte zur deutschen Sicherheitspolitik im Bundestag sowie einer entsprechenden Regierungserklärung des Bundeskanzlers.
Das Schengen-Abkommen betrachten wir als gescheitert, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht gegeben ist.
Es muss deshalb wieder ein deutscher Grenzschutz aufgebaut werden, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag, wobei der freie Personen- und Güterverkehr zu gewährleisten ist.

4. Innere Sicherheit

4.4 Reform der Polizei

Wiederbelebung des Einsatzes von Wehrpflichtigen im Grenzdienst. [...]

SPD und Union sollten endlich die Größe besitzen, ein gemeinsames Wahlprogramm zu verabschieden unter dem Motto: „Mehr Zeit für ein Deutschland, in dem wir gut und mit Merkel leben.“

aus „Zipperts Wort zum Sonntag“ in der „Welt am Sonntag“ am 9. Juli

Foto: DFG-VK Baden-Württemberg

Pacemakers-Reformations-Tour für nukleare Abrüstung

„Das war die geilste Tour, an der ich je teilgenommen habe." So oder ähnlich lauten die vielen tollen Rückmeldungen auf die Pacemakers-Reformations-Tour vom 29. Juni bis 1. Juni über 690 Kilometer. Ein Tross von insgesamt 45 Personen, darunter etwa 40 RadlerInnen, machte sich dabei auf den Weg durch fünf Bundesländer und 15 Städte, darunter viele, die mit der Reformation verbunden sind. Als Botschafter für (nukleare) Abrüstung machte die Friedensfahrt auf die Verhandlungen bei den Vereinten Nationen für ein Atomwaffenverbot aufmerksam. Insbesondere in Bretten, Würzburg, Eisenach, Erfurt, Buttelstedt, Halle, Eisleben, Köthen, Dessau und zum Abschluss in Wittenberg wurde die Gruppe herzlichst, liebevoll und kreativ empfangen. Vor der Wittenberger Schlosskirche kam es zu einem krönenden Abschluss – genau dort, wo Luther die 95 Thesen angeschlagen hatte. Und so ist es heute Zeit für eine neue Reformation: die Überwindung von Krieg, Rüstung und Militär, Hass und Gewalt durch Toleranz, Abrüstung und eine Kultur des Friedens. Die Fahrt bleibt für alle Beteiligten ein unvergessliches Friedenserlebnis.

Roland Blach,
baden-württembergischer DFG-VK-Landesgeschäftsführer

Bundeswehr im Luft- und Drohnenkrieg

Auf dem Fliegerhorst Schleswig-Jagel ist das „Taktische Luftwaffengeschwader 51 Immelmann" stationiert. Von hier geht Krieg aus.

- Von hier kommen Tornados für den Krieg in Syrien und im Irak.
- Hier werden Drohnenpilot*innen für ihren Einsatz in Afghanistan und Mali geschult.
- Hier werden Drohnenbilder ausgewertet, die in Mali aufgenommen wurden.
- Ab 2019 soll der Fliegerhorst Jagel über Bundeswehr-Kampfdrohnen verfügen.
- Jagel ist Luftwaffen-Ausbildungszentrum für die Tornado-Kampfflugzeuge.

Die Tornados und Drohnen liefern Ziele zur Bombardierung und Zerstörung. Damit sind sie zentrales Element jeder Kriegführung. Hier werden tödliche Entscheidungen getroffen, deren Opfer vorwiegend Zivilpersonen sind. Drohnenkrieg setzt die Hemmschwelle zum Töten weiter herab.

Folgen des „Kriegs gegen den Terror"

Allein in Afghanistan, Irak und Syrien produziert der Krieg bisher fast 2 Millionen Tote und unzählige körperlich und seelisch Verwundete; flächendeckende Zerstörungen; Millionen von Flüchtlingen; Hass, Angst, Gewaltbereitschaft und neuen Terror. Krieg wird zum Dauerzustand. In Deutschland sollen die Menschen Aufrüstung hinnehmen, statt auf friedliche Konfliktlösungen und Ursachenbekämpfung zu setzen.

Wir fordern:

- Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr
- Keine Ausbildung zum Töten in Jagel
- Auslandseinsätze der Bundeswehr stoppen
- Zivile Konfliktlösungen statt immer neuer Kriegseinsätze

DFG-VK
jagel.bundeswehrabschaffen.de

lebenslaute
lebenslaute.net

Heiliger Zorn auf Rüstung und Krieg

Predigt beim Friedensgottesdienst auf dem Kirchentag in der Berliner Zionskirche am 25. Mai

Von Margot Käßmann

Liebe Gemeinde, bei dem Vorschlag, 1. Korinther 13 als Predigttext für diesen Friedensgottesdienst zu nehmen, habe ich gestutzt. Das ist doch mehr ein Text für Trauungen, oder? Wir haben es ja eben gehört: Langmütig ist die Liebe und freundlich, sie eifert nicht, lässt sich nicht verbittern, rechnet das Böse nicht zu.

Ist das nicht allzu liebevoll mit Blick auf Frieden und Gerechtigkeit? Da braucht es doch eher einen Aufschrei wie bei der Aktion gegen Rüstungsexporte! Oder Zorn! Der ist sogar gut evangelisch, denn Martin Luther schreibt: „Ich habe kein besser Werk denn Zorn und Eifer; denn wenn ich wohl dichten, schreiben, beten und predigen will, so muß ich zornig sein. Da erfrischet sich mein ganzes Geblüt, mein Verstand wird geschärft, und alle unlustigen Gedanken und Anfechtungen weichen."

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!

Ja, uns sollte wohl Zorn ergreifen. 1948 angesichts der Schrecken des Zweiten Weltkrieges haben die Kirchen der Welt in Amsterdam erklärt: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!

Und heute? Im vergangenen Jahr tobten 18 Kriege der höchsten Eskalationsstufe. Syrien, Jemen, Sudan, Nigeria und Afghanistan sind Orte massivster Gewalt. Und auch in Europa ist der Krieg wieder in greifbare Nähe gerückt. Von Berlin nach Donbass sind es rund 2000 Kilometer, mein Routenplaner gibt dafür eine Fahrtzeit von 23 Stunden und 47 Minuten an! Dieser militärische Konflikt spielt sich gewissermaßen vor unserer Haustüre ab! Seit der Annexion der Krim durch Russland vor drei Jahren gibt es ständige Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Russland, zwischen prorussischen Separatisten und ukrainischem Militär, die inzwischen 10000 Tote zur Folge haben. Die Beziehungen zwischen Russland und der Nato sind dadurch angespannt und verstärken sich durch Militärmanöver und Truppenstationierungen.

Statt jetzt aber Friedensmissionen, Freiwillige, Mediationsexpertinnen zu entsenden, drängt US-Außenminister Rex Tillerson darauf, dass die Nato-Mitgliedsstaaten ihre Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistungen erhöhen. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt in Deutschland derzeit bei 1,2 Prozent, das sind rund 36 Milliarden Euro. Erwartet werden demnach mehr als 70 Milliarden! Wollen wir das?

Wie kann es sein, dass wir im Jahr 2017 nicht fähig sind, Konflikte friedlich zu lösen? Warum nur wird das Heil weiter im Militär gesucht, wenn wir doch alle, alle wissen, dass mehr Rüstung nicht mehr Frieden bringt, sondern Krieg wahrscheinlicher macht? Ganz zu schweigen davon, dass wir in den letzten Wochen realisieren, dass in der Bundeswehr wahrhaftig nicht alles nur zum Guten steht. Ja, die Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten steht fraglos zu Verfassung und Grundgesetz. Aber einen Nährboden für rechtsextremes Gedankengut gibt es da offenbar auch...

Ganz aktuell ist auch klar, dass ein Präsident Trump die Welt nicht sicherer macht, sondern uns bangen lässt, ob er nicht aus irgendeiner Emotion heraus seinen „red button" drückt. Das ist eine enorme zusätzliche Belastung. Gerade in Asien eskalieren die Konflikte. In Pjöngjang agiert ein Mann als Diktator, der gern mit Raketen provoziert. Ministerpräsident Shinzo Abé in Japan will nach 70 Jahren die pazifistische Nachkriegsverfassung revidieren. Präsident Putin gibt gern den Kriegsherrn, China rüstet massiv auf, Ministerpräsident Erdogan lässt Journalisten und Menschen anderer Meinung verhaften.

Da müsste doch ein Aufschrei um die Welt gehen: „Die Waffen nieder!"

Der verlachte Pazifismus ...

Dieser Satz ist ein Zitat. Es ist der Titel der zweibändigen fiktiven Autobiografie einer Adligen, die Bertha von Suttner schrieb. Sie war die erste Frau, die den Friedensnobelpreis erhielt. Drastisch beschreibt sie in ihrem Buch die Realität des so genannten Heldentodes: „Wenn einer nach verlorener Schlacht mit zerschmetterten Gliedern auf dem Felde liegen bleibt und da ungefunden durch vier oder fünf Tage und Nächte an Durst, Hunger, unter unsäglichen Schmerzen, lebend verfaulend, zugrunde geht – dabei wissend, daß durch seinen Tod dem besagten Vaterlande nichts geholfen, seinen Lieben aber Verzweiflung gebracht worden – ich möchte wissen, ob er die ganze Zeit über mit jenem Rufe (‚Für das Vaterland') gern stirbt."

Bis zu ihrem Lebensende wurde Bertha als Pazifistin verlacht. Vielleicht lässt es sich als Segen bezeichnen, dass sie kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges starb.

Nach diesem Krieg, den sie mit all ihrer Kraft versucht hatte zu verhindern, schrieb Stefan Zweig: „Aber eben diese Frau, von der man meinte, sie habe nichts als ihre drei Worte der Welt zu sagen, ... wußte ja ... um die fast zernichtende Tragik des Pazifismus, daß er nie zeitgemäß erscheint, im Frieden überflüssig, im Kriege wahn-

Die Skulptur „Schwerter zu Pflugscharen" von Jewgeni Wik
ligen Sowjetunion an die Uno, wo sie vor deren Hauptquart

witzig, im Frieden kraftlos ist und in der Kriegszeit hilflos. Dennoch hat sie es auf sich genommen, zeitlebens für die Welt ein Don Quichotte, der gegen Windmühlen ficht“.

... ist ermutigend

Das ist eine Ermutigung, finde ich. Wir können anknüpfen an Frauen und Männer, die sich in ihrer Zeit gegen Geist, Logik und Praxis des Militärischen gewandt haben.

Ich bin überzeugt, wir können einen entscheidenden Beitrag zum Frieden leisten, indem wir zuallererst Waffenproduktion und Rüstungsexporte diskutieren. Warum muss ein Land wie Deutschland mit derart massiver Kriegserfahrung auf den unrühmlichen dritten Platz der Rüstungsexportländer aufsteigen?

Ja, ich weiß, es wird mit dem Wirtschaftsfaktor argumentiert – aber es geht um 0,2 Prozent des Bruttosozialproduktes. Und ja, es heißt, deutsche Waffen seien eben technologisch so großartig – wer möchte allerdings damit in aller Welt glänzen?

Foto: Stefan Philipp

ktorowitsch Wutschetitsch ist ein Geschenk der dama-
ier am East River in New York City steht.

Wir stellen in allen Kriegen dieser Welt fest, dass die Waffenindustrie mitverdient. Aber in Deutschland wird immer erst im Nachhinein bekannt, was wohin geliefert wurde; der Bundessicherheitsrat entscheidet unter Geheimhaltung. Da wurden nach Katar Panzer geliefert, in ein Land, das in einer Länge von 60 Kilometern an Saudi-Arabien grenzt, ebenso gab es Exportgenehmigungen für Saudi-Arabien, dessen Armee 2011 erst die Freiheitsbewegung in Bahrain brutal niedergeschlagen hat. Das halte ich für absolut inakzeptabel.

Es geht darum, im politischen Geschehen die Stimme zu erheben, Waffenhandel und Krieg infrage zu stellen, sich gegen Pflichtdienste an der Waffe auszusprechen, die es in vielen Ländern und potenziell auch in Deutschland noch immer gibt. Wir können doch nicht an Kriegen verdienen, die wir anschließend betrauern.

„Liebet eure Feinde!“ führt zum Shitstorm

Kommen wir jetzt aber doch noch einmal zur Liebe. Ostern 2016 führte die „Bild am Sonntag“ ein Interview mit mir. Eine Frage lautete: „Was würde Jesus zum Terror sagen? Würde Jesus den Terroristen vergeben?“ Ich habe geantwortet: „Jesus hat eine Herausforderung hinterlassen: Liebet eure Feinde! Betet für die, die euch verfolgen! Er hat sich nicht verführen lassen, auf Gewalt mit Gewalt zu antworten. Für Terroristen, die meinen, dass Menschen im Namen Gottes töten dürfen, ist das die größte Provokation. Wir sollten versuchen, den Terroristen mit Beten und Liebe zu begegnen.“

Auf dieses Interview folgte ein so genannter Shitstorm. Wie so oft hieß es, das sei naiv, lächerlich, dumm. Ich finde dabei interessant, dass Jesus von Nazareth auch 2000 Jahre später noch derart provoziert! Denn er ist es ja, der gesagt hat: Liebet eure Feinde!

Aber dann kommen die immer gleichen Fragen: Wenn Sie das Morden in Aleppo sehen, würden Sie den armen Menschen nicht auch helfen wollen, das geht doch offensichtlich nur mit Waffen. Ich erinnere mich bei diesen Fragen immer wieder an die frühen Verfahren der Kriegsdienstverweigerer in Westdeutschland. Eine Frage war: Wenn ihre Freundin neben ihnen vergewaltigt würde und sie hätten eine Waffe, würden sie nicht eingreifen?

Und ich verstehe die Frage sogar. Ich weiß auch nicht, wie ich reagieren würde. Und klar, manchmal wünsche ich mir, irgendeine Bombe oder Armee würde die Kriege dieser Welt beenden. Aber das wird sie nicht.

Ich weiß, international agierende Terroristen ebenso wie die Hilflosigkeit gegenüber Massakern wie in Ruanda und Srebrenica werfen die Frage nach militärischen Interventionen aus humanitären Gründen immer wieder auf. Ist es angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen angemessen, aus biblischer Perspektive zu argumentieren, die Spirale der Gewalt sei nur durch Gewaltlosigkeit zu durchbrechen? Es ist in der Tat eine Gewissensentscheidung, bei der keine Option Freiheit von Schuld bedeutet. Es gibt Christinnen und Christen, die als Soldat oder Soldatin einen verantwortungsvollen Dienst tun, ich respektiere diese Entscheidung. Aber ebenso muss es Respekt dafür geben, dass andere die Entscheidung dagegen für das „eindeutigere Zeichen“ halten. Mir ist sehr bewusst: Es kann sich durchaus auch schuldig machen, wer nicht zur Waffe greift. Aber Pazifismus ist gerade nicht inaktiv, idiotisch, hilflos, sondern aktiv.

„Ungerechten Gesetzen wollen wir nicht gehorchen“

Lassen Sie mich aus einer anderen Rede zitieren, aus Martin Luther Kings „Stride toward Freedom“, gehalten in meinem Geburtsjahr 1958:

„Die Anhänger des gewaltlosen Widerstands können ihre Ideen in folgenden einfachen Sätzen zusammenfassen: Gegen Ungerechtigkeit wollen wir in direkter Aktion vorgehen, ohne zu warten, bis andere handeln. Ungerechten Gesetzen wollen wir nicht gehorchen und uns ungerechten Machenschaften nicht unterordnen. Das alles wollen wir friedlich, öffentlich und heiter tun, denn unser Ziel ist es, andere zu überzeugen. Wir sind von der Gewaltlosigkeit überzeugt, weil wir eine Gemeinschaft anstreben, die mit sich selbst in Frieden lebt. Wir wollen versuchen, durch unsere Worte zu überzeugen, aber wenn unsere Worte nicht reichen, wollen wir versuchen, durch unser Handeln zu überzeugen. Wir wollen immer zu Gesprächen und fairen Kompromissen bereit sein. Und wir sind auch bereit zu leiden, wenn es nötig sein sollte, ja sogar für unsere Überzeugung unser Leben einzusetzen.“

Die Liebe hat doch etwas mit unserer Haltung zu tun! In einer Welt der Macht und der Mächtigen erlebt Jesus

Ohnmacht. Das heißt doch: Unser Gott kennt Ohnmacht. Das unterscheidet das Christentum von allen anderen Religionen in der Welt. Allzu oft geht es doch um Macht durchsetzen, Wahrheit besitzen. Machen wir uns nichts vor, das ist auch in den Religionen so und oft genug auch zwischen den Konfessionen. Wenn wir aber die Geschichte des Jesus von Nazareth ernst nehmen, dann sehen wir, wie selbst Gott stirbt an der Gewalt in der Welt. Das Kreuz ist unser zentrales Symbol, wir müssen kein anderes Markenzeichen suchen. Aber das Kreuz ist eben kein Herrschaftssymbol, zu dem es in der Geschichte der Kreuzzüge, der Eroberungen, der Kriege oft gemacht wurde. Es ist ein Zeichen der Demut, der Ohnmacht und gerade damit wohl die größte Provokation gegenüber allem Machtgehabe und aller Gewalt. Der sterbende Mann am Kreuz ist stärker im Gedächtnis der Welt geblieben als alle Eroberer, Diktatoren und Gewalttäter.

Dieses Bild von der Ohnmacht Gottes halten die Menschen in der Regel schlecht aus. Immer wieder erreichen mich Ermahnungen, ich solle Gott nicht weichspülen, mehr vom Gericht Gottes predigen, die Strafen für Sünde klarer herausstellen. Aber all das finde ich in den Evangelien nicht. Jesus predigt keinen Donnergott mit erhobenem Zeigefinger. Er zeigt uns, wie Gott ist, indem er sich den Menschen vorbehaltlos in großer Liebe zuwendet. Und seine Idee von der Feindesliebe, sie bleibt eine Provokation bis heute.

Die herrschenden Umstände radikal in Frage stellen

Wir feiern heute einen Friedensgottesdienst auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag. Das ist gut so. Denn der Kirchentag stand nicht immer, aber immer wieder dafür ein, dass Gerechtigkeit und Frieden Themen der Kirche sind. Gerade 1983 war das so, als Friedrich Schorlemmer unter dem Motto „Vertrauen wagen“ in der Lutherstadt Wittenberg ein Wort des Propheten Micha sichtbar machen ließ, indem ein Schwert umgeschmiedet wurde in einen Pflug. Und in Hannover trugen wir unter der Losung „Umkehr zum Leben“ lila Tücher , auf denen eingedruckt war: „Ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen“. Das ist die Tradition, in der wir heute stehen.

Wir feiern heute einen Friedensgottesdienst in der Zionskirche. Hier war Dietrich Bonhoeffer zeitweise als Pfarrer tätig. Hier wurde Oppositionsgruppen in der DDR ab 1986 ein Ort gegeben, ihre Kritik am Staat zu äußern. Hier gab es Mahnwachen gegen die Hausdurchsuchung der Umwelt-Bibliothek. Hier überfielen 1987 Skinheads ein Konzert der Band „Elements of Crime“. Aus dieser Kirche drang der Ruf „Keine Gewalt“ 1989 auf die Straßen Ostberlins. Diese Tradition verpflichtet uns heute.

Wir dürfen uns nicht in die Verantwortungslosigkeit hineinschläfern lassen, hat Friedrich Siegmund Schultze einmal gesagt. Diesen Satz finde ich für unsere Zeit ungeheuer passend. Wir als Christinnen und Christen sollten wachsam hinschauen, was passiert in unserem Land, in dieser Welt.

Unsere Kirchen müssen eintreten für Gerechtigkeit und Frieden und das heißt im Umkehrschluss gegen diese massive Aufrüstung, gegen die Fantasielosigkeit, die nur Waffen als Antwort auf Konflikte kennt. Ihre Aufgabe ist es, zu zeigen, dass die Menschen, die auf ihrer Flucht vor Krieg und Armut bei uns ankommen, schlicht Botschafter des weltweiten Elends sind. Und wir müssen aufbegehren gegen den schleichenden Hass, der um sich greift. Die Kriminalstatistik, die gerade veröffentlicht wurde, zeigt 10 751 Straftaten von Hasskriminalität auf, also Angriffe auf Migranten. Es gab 8 983 fremdenfeindliche Straftaten und 995 Angriffe auf Asylunterkünfte. Das ist schockierend und empörend zugleich! Das können wir nicht einfach so stehen lassen.

Ist das nicht zu politisch, werden jetzt wieder viele fragen. Gerade aus der Politik kommt diese Anfrage oft. Aber kann die Politik denn bestimmen, was kirchlich ist? Die Liebe ist politisch! Weil es eine Liebe Gottes ist zu den Menschen am Rande. Eine Liebe, die unsere Beziehungen untereinander prägen soll. In einer Welt von Hass, Egomanie, Gewalt und Machogesten ist das in der Tat radikal. Insofern bedeutet die Rede von der Liebe, die vorherrschenden Zustände radikal in Frage zu stellen. Das ist im Übrigen auch reformatorisch: Keine Angst vor Veränderung.

Am Schluss des Kapitels schreibt Paulus: Es bleiben Glaube, Liebe Hoffnung, diese Drei. Aber die Liebe ist die Größte unter ihnen. Wenn das keine Ermutigung ist!

Amen.

Margot Käßmann war Landesbischöfin und Ratsvorsitzende der Evang. Kirche in Deutschland (EKD). Sie ist Botschafterin der EKD für das Reformationsjubiläum 2017. Bis zur Auflösung der Zentralstelle KDV Ende 2014 war sie deren Präsidentin. Seit dem letzten Jahr ist sie Mitglied der DFG-VK.

Was den DDR-Herrschenden nicht gelungen ist ...

Kirchliche Friedensgruppen haben „Schwerter zu Pflugscharen“ markenrechtlich schützen lassen

Von Stefan Philipp

Wer sich am 23. Mai (nebenbei: dem Verfassungstag, der Tag, an dem das Grundgesetz in Kraft trat) durch „Spiegel online“ klickte, der stieß auf das berühmte „Schwerter zu Pflugscharen“-Logo und einen Artikel, der überschrieben war mit „Die Vermarktung des Friedens“.

Wer den Artikel las, der/die konnte sich schon wundern: Das Logo mit dem stilisierten Schmied, der ein Schwert zu einer Pflugschar umschmiedet, ist markenrechtlich geschützt. Inhaber der Markenrechte daran sei die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), ein Zusammenschluss von protestantischen Friedensgruppen mit Sitz in Bonn. Folge des Markenschutzrechtes: Ohne die Einwilligung der AGDF darf man es nicht verwenden, weshalb ein linksalternativer Kleinverlag, der „Schwerter zu Pflugscharen“-Aufkleber zum Stückpreis von einem Euro anbot, eine strafbewehrte Unterlassungsverpflichtung von einem Anwalt im Auftrag der AGDF erhielt. Als Kostenerstattung für dieses Abmahnung sollte der „Packpapierverlag“ 1 822,90 Euro bezahlen.

Nicht gewundert haben sich diejenigen, die Einblick in die „Innereien“ der

DFG-VK haben. Denn genau das gleiche Vorgehen praktizierte die AGDF gegenüber der DFG-VK. Als vor einigen Jahren in der Dresdner Frauenkirche ein Militärgottesdienst veranstaltet wurde, ließ die DFG-VK für die Proteste dagegen Banner herstellen, auf denen auch das „Schwerter zu Pflugscharen"-Logo abgebildet war. Die AGDF ließ der DFG-VK durch eine von ihr beauftragte Anwaltskanzlei eine Unterlassungsverpflichtung zustellen, außerdem sollte die DFG-VK die Kosten übernehmen. Die DFG-VK einigte sich dann intern mit der AGDF, bot die Banner (die als Unterstützung für Protestgruppen hergestellt und praktisch zum Selbstkostenpreis abgegeben worden waren) nicht mehr an – und hängte die Sache nicht an die „große Glocke".

Durch die „Spiegel online"-Veröffentlichung hängt sie dort aber nun, und die DFG-VK und andere Organisationen der Friedensbewegung sollten sich überlegen, ob sie der AGDF ein solches Gebaren durchgehen lassen wollen. Denn tangiert ist dadurch nicht nur das öffentliche Bild der AGDF, sondern es fällt ein Schatten auf die ganze Friedensbewegung – ganz so, wie es in der „Spiegel"-Veröffentlichung angedeutet ist: Was den DDR-Herrschenden damals nicht gelungen ist, nämlich ein Verbot des „Schwerten zu Pflugscharen"-Logos, das schaffen heute die kirchlichen Friedensgruppen der AGDF. Zu deren Mitgliedsverbänden gehören auch z.B. Ohne Rüstung Leben, der Versöhnungsbund, die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden, die Friedensinitiative Westpfalz oder die Arbeitsstelle Frieden der Evang. Landeskirche in Baden, Gruppen also, mit denen die DFG-VK immer wieder eng zusammenarbeitet.

Rechtlich mag sich die AGDF korrekt verhalten. In zwei offensichtlich eilig zusammengeschusterten Erklärungen vom 23. Mai versucht sie, sich dadurch zu rechtfertigen, dass das „Gesprächsforum Ökumenische FriedensDekade" die AGDF 2006 beauftragt habe, das Symbol zu schützen; es finanziere seine Arbeit durch den Verkauf von Materialien mit diesem Logo, weshalb jegliche kommerzielle Nutzung untersagt sei und auch zukünftig nicht erlaubt werde. ... kommerziell wäre aber eben auch z.B. der Verkauf von Aufklebern mit dem Logo durch den DFG-VK-Shop, selbst wenn die Gewinnspanne äußerst gering wäre.

Immerhin: „Das Symbol steht selbstverständlich weiterhin allen Engagierten zur Verfügung, es soll (...) sogar vielfältig in der Öffentlichkeit eingesetzt werden", heißt es in der Erklärung der AGDF vom 23. Mai – nur Geld verdienen darf damit alleine die AGDF bzw. die „Ökumenische FriedensDekade e.V.", deren Geschäfte sie führt.

Wie hieß der nochmal, der im Tempel in Jerusalem die Tische der Geldwechsler umwarf und die Händler vertrieb ...?

Stefan Philipp ist Chefredakteur der **ZivilCourage**.

SPIEGEL ONLINE DER SPIEGEL SPIEGEL TV

Mein Spiegel

Menü | Politik Meinung Wirtschaft Panorama Sport Kultur Netzwelt Wissenschaft mehr

PANORAMA

Schlagzeilen | Wetter | DAX 12.737,00 | TV-Programm | Abo

23. Mai 2017

Streit um "Schwerter zu Pflugscharen"

Die Vermarktung des Friedens

Ex-Aktivisten der DDR-Friedensbewegung kritisieren einen von der Kirche mitfinanzierten Verband: Der hat sich ihr Symbol "Schwerter zu Pflugscharen" exklusiv als geschützte Marke gesichert - und lässt einen Kleinverlag abmahnen.

Von Peter Wensierski

Wo Frieden draufsteht, geht es nicht unbedingt friedlich zu. Die strafbewehrte Unterlassungsverpflichtung bekam der linksalternative "Packpapierverlag" im Auftrag der Bonner Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF): Ab sofort, heißt es darin, sei die Benutzung des Aufklebers "Schwerter zu Pflugscharen" - nach dem Bibelwort des Propheten Micha - wegen Verletzung der Markenrechte im geschäftlichen Verkehr einzustellen. Und 1822,90 Euro für diese Abmahnung, die ohne Vorwarnung kam, seien als Kostenerstattung fällig.

Kleinverleger Hermann Cropp ist schockiert, er hatte den "Schwerter zu Pflugscharen"-Aufkleber bisher für einen Euro im Internet angeboten - nicht gerade eine Goldgrube, mehr aus Sympathie für die Oppositionsbewegung im Osten. Dort war das Symbol für Abrüstung in Ost und West Anfang der Achtzigerjahre hunderttausendfach hergestellt worden und hatte sich unter Jugendlichen trotz Repressionen stark verbreitet.

Das Anwaltsschreiben offenbart nun für viele überraschend, dass der kirchliche Friedensdachverband AGDF bereits seit 2007 im Besitz der Markenrechte am Friedenssymbol ist. Betroffen sind "Plakate, Banner, Postkarten, Aufkleber, Gebetsleporellos, T-Shirts, Werbung, Veröffentlichung von Texten auf Homepages, Erziehung, Ausbildung, wissenschaftliche Dienstleistungen". Zur Finanzierung der Friedensarbeit sei man angewiesen auf die "Erlöse aus dem Verkauf von Produkten bzw. Materialien".

"Die Kirchenoberen, die das dulden, sollten sich schämen"

Abmahnung mit aller Härte durch einen Friedensverband, der sonst "eine neue Konfliktkultur" befördern will unter "Verzicht auf jede Gewaltanwendung"?

Als äußerst befremdlich empfinden einstige Angehörige der DDR-Opposition das Vorgehen der AGDF. "Wir haben zu DDR -Zeiten niemanden gefragt, ob wir das Zeichen herstellen, verbreiten, verkaufen und tragen dürfen", sagt Tom Sello, einer der Aktivisten der Ost-Berliner Umweltbibliothek. "In der Umweltbibliothek wurden auch die von westdeutschen Gruppen hergestellten Aufkleber verkauft und keine protestantische Institution hat etwas dagegen gehabt."

Heftiger Protest kommt auch aus Leipzig: "Es ist unglaublich, dass aus einem ostdeutschen Friedenssymbol, wofür die Träger damals von der Schule oder der Uni geflogen sind, die Kirche heute Kapital schlägt. Die Kirchenoberen, die das dulden, sollten sich schämen," kritisiert Uwe Schwabe, früher Aktivist in oppositionellen Basisgruppen. "Frei nach der ostdeutschen Oppositionsbewegung kann ich nur zum zivilen Ungehorsam aufrufen; druckt alle dieses Symbol und verteilt es!"

Es ist ein bizarrer Konflikt. Die DDR schaffte es einst nicht, die freie Nutzung eines international bekannten Friedenssymbols zu verhindern. Kann das jetzt eine westdeutsche Anwaltskanzlei erledigen?

Die Bonner AGDF, in deren Auftrag die Kanzlei aktiv wurde, ist stolz darauf, das ihr Vorsitzender ein Pfarrer ist und ein Vertreter des Kirchenamtes der EKD ständiger Gast in den Vorstandssitzungen. Noch mehr Vertreter mit wohlklingenden Namen gehören dazu: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der Internationale Versöhnungsbund, gewaltfrei handeln e.V. - darüber hinaus 32 Gruppen, das ganze "Who is Who" der protestantischen Friedensgruppenspektrums, die sich auf Nachfragen bislang uninformiert über den Konflikt zeigen.

Eine Hoffnung gibt es jetzt zum Kirchentag, der am Mittwoch beginnt: Die Markenrechte wurden für zehn Jahre vergeben, mit der Möglichkeit der Verlängerung. Der Markenschutz endet am 31. Juli 2017. Eine Verlängerung wollen einstige "Schwerter zu Pflugscharen"-Träger aus Ostdeutschland nun verhindert wissen. Kleinverleger Cropp hat sich zwar der Unterlassung unterworfen, hat aber keine Lust "sich einschüchtern zu lassen". Er soll nur noch einen Teilbetrag der Anwaltskosten zahlen. Den will er nun auf dem Kirchentag in Berlin als "Kollekte für die Abmahnanwälte der Kirche" sammeln.

Ergänzung: Die AGDF hat nach Veröffentlichung des Artikels eine Erklärung auf ihre Homepage gestellt. Darin schreibt sie unter anderem, im Nachgang zu bedauern, den Packpapierverlag "nicht zunächst als AGDF e.V. im Auftrag des Gesprächsforums angeschrieben und so die Gelegenheit zur einvernehmlichen und kostenneutralen Regelung der Angelegenheit gegeben zu haben". Man verzichte nunmehr darauf, die Forderung geltend zu machen. Das gilt allerdings nur für diesen Fall. Weiterhin werde man "kommerzielle Nutzer auffordern, den Verkauf von Produkten mit dem Symbol zu unterlassen und notfalls rechtlich dagegen vorgehen".

Jung und aktiv

Zweites bundesweites Vernetzungs- und Aktions-Treffen jüngerer DFG-VK-Mitglieder in Kassel

Von Thorge Ott

Dass die Friedensbewegung „in die Jahre gekommen“ ist und junge Gesichter bei Demonstrationen und Aktionen leider viel zu selten zu sehen sind, ist kein gänzliches neues Problem. Auch die DFG-VK hat das Problem erfreulicherweise erkannt. Lediglich rund 200 ihrer 3 500 Mitglieder sind 35 Jahre alt oder jünger.

Foto: Cendrese Sadiku

Um diesem Zustand entgegenzusteuern, fand zum zweiten Mal an dem Wochenende vom 16. bis 18. Juni das sogenannte „U-35-Treffen“ in Kassel statt. Es sollte dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung junger Menschen innerhalb der Friedensbewegung dienen. Etwa 20 Aktive waren der Einladung zu diesem Wochenende gefolgt. Ein paar bekannte Gesichter vom ersten Treffen, welches im November 2016 stattgefunden hatte, waren ebenfalls wieder dabei.

Neben lockeren Gesprächsrunden, die dem Kennenlernen und Austausch etwa über die jeweilige Lage der lokalen Friedensgruppen dienten, gab es auch inhaltlichen Input zur „Atomwaffenfrei“-Kampagne oder eine „antimilitaristische Schreibwerkstatt“. Aus dieser ergab sich eine lange Diskussion über die Frage, ob und in welcher Art und Weise eine DFG-VK-Jugendorganisation gegründet bzw. reaktiviert werden könnte. Mehrheitlich sah man hier großes Potenzial – aber war sich auch einig, dass man das Label „DFG-VK“ wieder verjüngen möchte. Es bleibt also abzuwarten, was künftige Gespräche und Diskussionen im Verband hierzu noch bringen werden. In jedem Fall braucht es innerhalb der DFG-VK und allgemein in der Friedensbewegung mehr junge Menschen!

Aktionen bei der „documenta 14“

Die am gleichen Wochenende während der „documenta 14“ von den jungen Aktivist*innen zu Rüstungsexporten durchgeführten Aktionen waren sehr eindrucksvoll und öffentlichkeitswirksam. Dabei rutschten korrupte „Politiker“ auf dem zentralen Königsplatz auf einer „Schmiergeldrutsche“ entlang, während sie von „Rüstungs-Lobbyist*innen“ mit Geldscheinen überschüttet wurden. Denn kaum eine andere Branche ist so häufig in Schmiergeldaffären verstrickt wie die Rüstungsindustrie, die auch in Kassel beheimatet ist.

Etwa hundert Meter weiter auf dem Opernplatz hinderte ein selbstgebauter „Leopard 2“-Panzer - umringt von blauen Panzersperren - Passant*innen am Vorbeigehen. Die Friedensaktivist*innen wollten damit auf die einflussreiche Rolle Deutschlands im Rüstungsgeschäft aufmerksam machen, obwohl sich dadurch die weltweit geführten Konflikte nur noch weiter zuspitzen und lediglich große Rüstungskonzerne hohe Profite einstreichen. Für die Aktivist*innen war klar: Weder Panzer von „Krauss-Maffei Wegmann“ aus Kassel noch anderes Kriegsgerät dürfen weiter gebaut werden und deutschen Boden verlassen. *(Videos der beiden Aktionen gibt es auf dem YouTube-Kanal der DFG-VK zu sehen: www.bit.ly/2sMdUZ4)*

Die Abende klangen dann in geselliger Runde aus. Für viele junge Aktive war es ein wichtiges Wochenende, um

Spenden-Aufruf

DFG-VK-Jugend stärken!

Beim U35-Treffen in Kassel haben die jungen DFG-VK-Mitglieder viele Ideen für Aktionen und die weitere Friedensarbeit entwickelt. So würden sie gerne eine Kampagne „Jugend gegen Krieg“ anstoßen und friedenspolitische Themen sowie den Verband mit spektakulären gewaltfreien Aktionen ins öffentliche Bewusstsein bringen. Um dies zu koordinieren, zu planen und die Jugendarbeit auch in Zukunft nachhaltig zu stärken, gibt es den Wunsch, eine Projektstelle „Jugendarbeit“ bei der DFG-VK einzurichten. Dafür wollen wir in den nächsten Monaten Geld sammeln. Bitte spendet, um die Jugendarbeit im Verband voranzubringen – sie ist unsere Zukunft!

DFG-VK-Konto
DE05 3702 0500 0008 3046 00
BFSWDE33XXX9123556165027082
Stichwort: Jugendarbeit

Foto: Michael Schulze von Glaßer

Intensive Arbeitsatmosphäre beim U35-Treffen

sich auch außerhalb ihrer Ortsgruppen/Landesverbände besser zu vernetzen, neue Kontakte zu knüpfen, kreative Aktionsideen mitzunehmen und zu erfahren, was die Geschichte der DFG-VK ist und wie man sich auch auf Bundesebene einbringen kann. An diesem Wochenende konnte sich die DFG-VK von einer anderen, erlebbaren Seite zeigen.

Man darf gespannt sein, was sich daraus in der Zukunft entwickelt. Das nächste Treffen wird dann während des Bundeskongresses der DFG-VK im November dieses Jahres in Berlin stattfinden. Auch hierzu sind neue Gesichter herzlich eingeladen. Die Vernetzung junger Leute geht unterdessen also weiter. Und das ist richtig und wichtig, damit die Zusammenarbeit vieler Generationen innerhalb der Organisation auch weiterhin gelingen kann. Dafür sind wir alle gefragt. Die ersten Schritte sind getan.

Thorge Ott ist 24 Jahre alt und in der DFG-VK-Gruppe Kiel aktiv.

Foto: Michael Schulze von Glaßer

Gedanken zu G20 und zur Gewalt

(Red.) In den Tagen nach dem G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli hat Brundhild Müller-Reiß, jahrzehntelange DFG-VK-Aktive aus Hannover, die nachfolgenden Gedanken zu Papier gebracht. Wir veröffentlichen diesen Beitrag als Anregung zur Diskussion in der gesamten DFG-VK über die „richtige" Analyse und Strategie – im Wissen, dass diese Stimme nur eine im breiten Spektrum der DFG-VK ist.

Seit Monaten wurde in nahezu allen Mainstream-Medien Gewalt auf dem G20-Gipfel herbeigeredet. Und nun ist sie eingetreten. Und nun wird fast einhellig gesagt: „Es ist nicht genug getan worden gegen diese Gewalt!" Gewalt!? Ja, es gab Gewalt, da gibt es nichts zu beschönigen. Gewalt gegen Sachen! Überwiegend! Aber auch Aktivitäten, bei denen die Gewalt sich gegen Menschen richtete – ungezielt brandgefährlich.

Aber was haben die Medien und vor allem die eilfertigen Politker_innen daraus gemacht? Am Sonnabend des Gipfelwochenendes um 20 Uhr in der Tagesschau. Erster Satz: Gewalt überschattete den G20-Gipfel. Letzter Satz: Hamburg liegt in Schutt und Asche (aus dem Gedächtnis zitiert). Dazwischen: relativ sachlicher Bericht von der Demo; Statements von Demo-Teilnehmer_innen. Was bleibt dabei bei den Zuhörenden übrig?

Ja, es gab Gewalt – und ich bedaure, dass es sie in diesem Ausmaß gab. Sie gibt den Medien, den Herrschenden jetzt reichlich Gelegenheit, sich daran abzuarbeiten. Und die Bevölkerung, vor allem die Menschen, deren Fenster zerstört wurden, deren Autos in Flammen aufgegangen sind etc., will von der Kritik an der globalen Politik nichts hören.

Ich erlebte einen Rewe-Angestellten in Hannover, der über die Plünderung eines Rewe-Marktes zutiefst empört war. Der Plünderung „seines" Rewe-Marktes, von dessen Profit er mit Sicherheit nichts abbekommt.

Was ist das Motiv der „Gewalttäter_innen"? Gruppendruck? Wichtigtuerei? Frust? Zorn, Wut, Ärger? Es gibt m.E. eine „Streetfighter-Mentalität" (mit vielen machohaften Elementen), die viele Facetten hat und sich in der konkreten Aktion von den politischen Zielen z. T. verselbständigt oder nie politisch war.

Aber es gibt auch Videos, die das Antriggern von Gewalt durch die Polizei zeigen. Es gab Ärger über die vielen Sperren, Verbote, „demokratiefreien Zonen", das Verbieten der Camps etc. Dazu gibt es inzwischen glücklicherweise auch Reflektionen.

Also alles gleich: die eine Seite – die andere Seite!? Nein, dem widerspreche ich vehement!

„Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?", sagte Brecht (ohne dabei zum Einbruch in eine Bank aufzufordern.) Was sind brennende Autos gegen die Gewalt, die vom globalen Norden gegen den globalen Süden ausgeht? Kriege, Hungersnöte, sterbende Menschen, Abwehr gegen flüchtende Menschen, die in Massen im Mittelmeer ertrinken? Die Organisationen, die flüchtenden Menschen zu helfen versuchen, werden kriminalisiert, statt legale Fluchtwege zu schaffen! Es wird immer auf Trump gezeigt! Ja, Trump ist ein Nationalist – aber was macht die EU? Was machen unsere Regierungen? Und die Konzerne? Landgrabbing. Überschwemmen afrikanischer Märkte mit Billigprodukten. Klimaveränderungen. Waffenexporte in alle Krisengebiete dieser Welt. Und. Und. Und. Diesel-Gate und all die gezielten Profitmaßnahmen! Das müssen wir verändern. Weg von der Diskussion um Nebenerscheinungen zu den wirklichen Katastrophen!

Und wir? Leben auch im real existierenden Kapitalismus: „Geiz ist geil!" Alles soll möglichst billig sein – egal auf wessen Kosten.

Wenn die Rede davon ist, Hamburg liege jetzt in Schutt und Asche! Was war nach dem Zweiten Weltkrieg in deutschen Großstädten? Und heute: Was ist in Mossul? Was in Syrien? Und in vielen anderen Orten.

Wie sehen die Zeltstädte aus, in denen in Afrika Menschen generationsübergreifend in slumähnlichen Zuständen leben?

Schön, dass insbesondere Frauen (!) jetzt in Hamburg die Straßen kehren! Frauen im globalen Süden haben Anderes zu tun! Sie sind immer wieder die besonders Betroffenen.

Nein, ich werde nicht die Straßen kehren, sondern weiter versuchen, Kapitalismus und Patriarchat anzuprangern, laut auf die Straße gehen und mit Menschen solidarisch sein, die sich wehren – auch im globalen Süden – und mit denen, die Opfer dieser mörderischen globalen Situation sind und sich nicht (mehr) wehren können.

Brunhild Müller-Reiß

Der neue DFG-VK-Bulli auf seiner ersten Tour

Informations- und Aktionstour durch Hessen und Rheinland-Pfalz

Von Michael Schulze von Glaßer und Thomas Mickan

Ende 2016 haben wir um Spenden für die Anschaffung eines Fahrzeugs für unseren Verband gebeten. Dank euch konnten wir diesen Plan realisieren. Gemeinsam haben der Bundesverband und der Landesverband Baden-Württemberg im April einen VW T5 angeschafft – passend in DFG-VK-Blau! Nachdem auch die Folierung angebracht war, ging es vom 2. bis 5. Mai auf eine erste Tour. Die erste Station dabei war am zweiten Mai-Tag …

Rüsselsheim

Fotos: Michael Schulze von Glaßer/Thomas Mickan

… Marburg

In der mittelhessischen Stadt gibt es eine lokale DFG-VK-Gruppe, die sich gerade neu aufstellt. Dazu kam der Bulli in die Stadt, um mit den Aktiven vor Ort eine Aktion gegen Kleinwaffen zu machen. Dauerregen machte es zwar nicht leicht, doch wurden wir trotzdem zahlreiche Flugblätter los und führten interessante Gespräche. Zudem bekam ein Video von der Aktion im Internet knapp zweitausend Aufrufe. Nach der Aktion ging es dann kurz nach …

Marburg

… Fritzlar

Die Kleinstadt beherbergt ein Heeresfliegerregiment der Bundeswehr, das neulich „Tiger"-Kampfhubschrauber in den Mali-Einsatz entstand hat. Grund genug, kurz für ein Foto vorbeizuschauen – auch, um sich die Örtlichkeit für spätere Aktionen einmal genauer anzuschauen. Das eigentliche Ziel der Fahrt war allerdings …

… Kassel

wo wir – Thomas Mickan, der im Rahmen des 125-Jahre DFG-VK-Jubiläums für den Verband arbeitet und ich – am darauffolgenden Tag mit weiteren Aktiven eine Aktion gegen den Export einer Panzerfabrik des in Kassel tätigen Rüstungskonzerns „Rheinmetall" in die Türkei durchführten. Auf einem zentralen Platz in der Fußgängerzone stellten wir dazu einen vorher mit dem Bulli transportierten Styropor-Panzer auf, den wir „an die Kette" legten – ein super Blickfang für dutzende Fotos von Passantinnen und Passanten! Abends veranstaltete ich dann in einem Vorort von Kassel,

Trier

in Witzenhausen ein antimilitaristisches Quiz in einem studentischen Treff. Und auch am nächsten Morgen ging es gleich früh wieder los, um mittags in …

… Büchel

vorbeizuschauen. Dort lagern die letzten 20 Atomwaffen in Deutschland – wir besuchten mit dem Bulli die „Protestwiese" vor dem Fliegerhorst und machten Fotos. Mit einem Fahrzeug ist der Militär-Standort in Rheinland-Pfalz gut zu

Kassel

erreichen und lag zudem auf dem Weg nach …

… Trier

was unser nächstes Ziel war. Dort wollten wir die Aktiven vor Ort mit einem Infostand bei der Mobilisierung gegen ein Bundeswehr-Gelöbnis unterstützen. In der Fußgängerzone erreichten wir viele Leute – die lokale Tageszeitung hatte den Stand zuvor angekündigt und auch den Vortrag von mir über aktuelle Bundeswehr-Werbemaßnahmen am Abend

im Welthaus. So nutzten wir den Tag für die Friedensarbeit bis in die Nacht auch wieder mit zahlreichen guten Gesprächen über neue Ideen gut aus. Die Nacht war allerdings wieder kurz, denn am nächsten Morgen ging es früh auf zur letzten Station der Tour: …

… Rüsselsheim

In der Opel-Stadt fand Mitte Juni der „Hessentag“ statt, auf dem die Bundeswehr großflächig auf zwei Plätzen für sich und ihr Tun warb. Zudem war das Militär-Spektakel in den „Tag der Bundeswehr“ eingebunden. Wir wollten in der Stadt vorab für eine Debatte um die Armee auf dem Landesfest sorgen und die Aktiven vor Ort unterstützen. Gemeinsam bauten wir einen Infostand am Bahnhof auf – mit der Zeit kamen immer mehr Interessierte und es wurden viele Flugblätter verteilt und Gespräche geführt. Auch die Presse ließ sich blicken und berichtete – der Plan, eine Kontroverse aufzulösen, hat geklappt! Damit fand die erste Bulli-Tour ihr …

… Ende

Es war zwar anstrengend, aber auch super klasse – wir konnten unzählige Leute mit unseren politischen Forderungen erreichen und, die Aktiven vor Ort zu erleben, war für alle sehr motivierend! Der Bulli mit seiner „Frieden schaffen ohne Waffen“-Folierung ist ein toller Blickfang und gibt gleich ein tolles Foto-Motiv ab. Und so haben nicht nur wir die Tour medial mit zahlreichen Fotos und Videos auf den DFG-VK-Social-Media-Plattformen begleitet, auch Passantinnen und Passanten machten Fotos des Bullis und der Aktionen. Gerade die Kombination von Bulli und aufsehenerregender Aktion ist gewinnbringend – und mit dem Fahrzeug lassen sich die Materialien dafür leicht transportieren. Und so sind auch schon die nächsten größeren Touren mit dem Fahrzeug geplant (dazwischen ist es immer wieder in Baden-Württemberg unterwegs) – diesmal dann auch schon mit einiger Erfahrung. Danke, dass ihr das mit euren Spenden möglich gemacht habt! Gemeinsam können wir selbst solch große Projekte stemmen!

Michael Schulze von Glaßer ist stellvertretender Politischer Geschäftsführer der DFG-VK, Thomas Mickan ist Beauftragter für das 125-Jahre-DFG-Jubiläum. Anfragen zur Bulli-Miete bitte an mickan@dfg-vk.de

Der Moment:
7. Juli 2017

Fotos: Ralf Schlesener

Ein historischer Moment: 122 Staaten verabschiedeten am 7. Juli bei den Vereinten Nationen in New York einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Nach Jahrzehnten stockender Abrüstung senden sie ein klares Signal an die Atomwaffenstaaten: Diese Massenvernichtungswaffen sind endgültig delegitimiert.

Ein emotionaler Moment: Setsuko Thurlow (links) hatte den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima überlebt und erlebt nun die Abstimmung in New York.

Büchel

Foto: Simon Kiebel

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Als Vertreter des erkrankten Monty Schädel ist Michael Schulze von Glaßer als politischer Geschäftsführer für die DFG-VK tätig. In dieser Kolumne berichtet er regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.

Seit der letzten Kolumne ist wieder einige Zeit vergangen. Vieles von dem, was ich in den letzten Monaten gemacht habe, könnt ihr in dieser **ZivilCourage** ausführlicher nachlesen – etwa die Aktionen zum „Tag der Bundeswehr“ (Seite 8), die Bulli-Tour durch Marburg, Kassel, Trier und Rüsselsheim (Seite 34) und das U35-Treffen der jüngeren DFG-VK-Mitglieder, welches Thomas Mickan (Gruppe Stuttgart), Simon Kiebel (Gruppe Kassel) und ich organisiert haben (Seite 32). An dieser Stelle aber wie immer noch ein weiterer Einblick in meine Arbeit, die mir sehr viel Spaß macht.

Viele Aktionen und viel gefilmt

Im Vorfeld der Proteste gegen den „Tag der Bundeswehr“ gab es bei vielen Aktiven Informationsbedarf: Was plant die Armee? Welche Kritik sollte man anbringen und wie argumentieren? Vorträge dazu führten mich nach Leipzig, Halle und Jena. Auch in Stuttgart und Ulm, wo der Armee-Tag der in einer nach dem umstrittenen Wehrmachtsgeneral Rommel benannten Kaserne stattfand, waren Informationen gefragt.

Die Aktiven zu unterstützen, ist eine meiner wichtigsten Aufgaben im Verband. Und so begleitete ich in diesem Jahr auch erstmals den Pacemakers-Radmarathon von der Station Eisenach nach Erfurt, um daraus ein Video für unsere Internet-Auftritte zu machen. Wie in dieser Kolumne schon öfters betont, gilt es für uns, die guten Aktionen, die stattfinden, auch gut und weit zu verbreiten. Fotos und Videos sind dazu ein gutes Mittel. So machte ich auch für Aktionen in Nordhessen – etwa eine Blockade des Panzerbauers „Krauss-Maffei Wegmann“ – die Presse- und Medienarbeit. Doch damit noch kein Ende der Aktionen.

Neues von der „Crytek“-Kampagne

Für die Kampagne gegen die Kooperation des Videospielherstellers „Crytek“ aus Frankfurt am Main und der Rüstungsindustrie waren einige Aktive aus Köln und ich Mitte Mai in Rotterdam, wo die Rüstungsmesse ITEC stattfindet. Dort wurden die aktuellsten Schießsimulatoren vorgestellt – auch welche, die mit Software von „Crytek“ ausgestattet sind. Dagegen haben wir protestiert – was auch mediale Beachtung fand. Da sich „Crytek“ aber noch immer allen Gesprächsangeboten verweigert und bislang all unsere Kontaktversuche ignoriert hat, haben wir den Protest Anfang Juni direkt zu dem Unternehmen geführt: Vor der Firmenzentrale in Frankfurt protestierten Aktive aus Hessen mit einem Transparent, Schildern und einer Videospiel-Figur des Unternehmens, die ein Gewehr zerbrach. Ende Juni gab es dann nachts noch eine Licht-Performance an dem Gebäude: „MAKE GAMES – NOT WAR“ haben wir auf die Wände des „Westend Carree“ projiziert.

Auch zur im August stattfindenden weltgrößten Videospiel-Messe – der „gamescom“ in Köln – soll es Proteste geben. Aktuelle Pressemitteilungen, Fotos und Videos zur Kampagne gibt es unter: *www.CRYTEK.DFG-VK.de*

Neuer Webshop, neue Materialien, neue Wege

Regelmäßig gibt es neue DFG-VK-Materialien für Infostände und Aktionen. Bestellen könnt ihr die nun im neuen DFG-VK-Webshop, den Jérôme Drees (Düsseldorf), unser Bundessprecher Ralf Buchterkirchen sowie Susanne Jallow aus unserer Verwaltung zusammen mit Thomas Mickan erstellt haben. Schaut mal rein – *www.dfg-vk.de/shop* – und besorgt euch welche der neuen Materialien, bevor sie vergriffen sind: So finden die an junge Leute gerichteten neuen „Einhorn“- und „StopWars“-Aufkleber aktuell reißenden Absatz.

Sowohl bei unseren Web-Auftritten als auch unseren Materialien müssen wir mit der Zeit gehen: Auf der Mitgliederversammlung des Landesverbands Bayern wurde im April zu Recht kritisiert, dass die von uns viel verwendeten Materialien wie Flugblätter – gerade bei Jüngeren – nur noch begrenzt ankämen. Wenn sich politische Debatten in die digitale Welt verlagern und Menschen ihre Lebenszeit vermehrt „im Internet“ verbringen, müssen wir uns anpassen.

Dies wurde auch im Mai auf dem Gründungstreffen der neuen DFG-VK „Medien-AG“ betont. Trotz berechtigter Kritik sollten wir große Social-Media-Plattformen und unsere Website verstärkt nutzen und darauf für unsere Ideen werben. Das heißt nicht, keine pyhsischen Materialien mehr zu haben: Es ist extrem wichtig, den Menschen bei Infoständen und Aktionen Materialien „in die Hände zu drücken“! Dennoch müssen wir den digitalen Sektor in Zukunft stärken.

Die DFG-VK für die Zukunft aufstellen

So modern wie unsere Medien müssen wir dabei auch die ganze Organisation denken:

Vom 10. bis 12. November 2017 findet in Berlin der 21. DFG-VK- Bundeskongress statt. Dort werden die Weichen für die zukünftige Arbeit gestellt. In den vergangenen Monaten gab es dazu auf Gruppen-, Landesverbands- und Bundesausschuss-Treffen schon viele spanende Diskussionen: Es geht mit der DFG-VK voran, die Mitgliedszahlen steigen und die zunehmende Aktivität auch junger Mitglieder stimmt – wie der Bericht über das U35-Treffen zeigt – positiv.

Offenheit für neue Ideen und Wege ist dabei wichtig. Denken wir sie und entscheiden wir darüber im November! Tragt euch den Termin schonmal in den Kalender ein!

Zum Gedenken an Manfred Lesch (* 24.11.1943 † 31.1.2017)

Nachruf auf einen der Architekten der Fusion von DFG-IdK und VK zur DFG-VK 1974

Von Heinricht Häberlein und Tobias Damjanov

Foto: privat

Als 1974 DFG-IdK und VK fusionierten, gehörte er zu denjenigen, die diesen Prozess vorbereiteten und die Programmatik des neuen Verbandes entwickelten: Manfred „Manne“ Lesch, der schon damals in Frankfurt am Main lebte und Ende Januar dieses Jahres gestorben ist.

Bevor Manne Lesch im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) aktiv wurde, hatte er aus der Offizierslaufbahn heraus, die er eingeschlagen hatte, den Kriegsdienst verweigert. Er war damit einer der ersten Bundeswehroffiziere in den 1960er Jahren, die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nahmen, wozu er die (damals zuständigen) Verwaltungsgerichte „beschäftigen“ musste.

Das war zu Zeiten der Notstandsgesetze und des studentischen Aufbruchs, und offensichtlich schon da formte Manne seine klare Meinung zu Krieg und Frieden, wobei ihm zum einen seine Freundschaft zu Pastor Martin Niemöller geholfen haben dürfte, der zuerst auch Soldat war und später zum Antifaschisten und Pazifisten wurde.

Manne studierte bei Theodor W. Adorno Soziologie und Philosophie – und womöglich hat nur das Ableben Adornos verhindert, dass Manne im Bereich der Wissenschaft verblieb. Wissenschaftlicher Erkenntnis und Reflexion blieb er aber verbunden, was sich auf Seiten seines Engagements in der DFG-VK (im VK war er Redakteur der Verbandszeitschrift „zivil“) darin ausdrückte, dass er über lange Jahre Bildungsreferent im Bundesvorstand war und auch international z.B. für die War Resisters International auf diesem Gebiet tätig wurde.

Auch seine Berufsfelder waren hauptsächlich vom Bildungs- und Ausbildungsbereich gekennzeichnet: Zwischen 1973 und 1981 war er im Personal- und Ausbildungswesen zuerst an der Fachschule für angewandte Betriebswirtschaft, dann bei der Bank für Gemeinwirtschaft tätig. In der Erwachsenenbildung unterrichtete er Politik, Deutsch und Rechtskunde; des Weiteren war er Dozent der Dr.-Fritz-Bauer-Stiftung, die sich um die Resozialisierung von Strafgefangenen kümmert. Er war ehrenamtlicher Richter für die Gewerkschaftsseite am Landesarbeitsgericht, leitete seit 1992 die philosophische Runde im Wohnstift GDA am Zoo und war zeitweilig außerdem Mitglied der hessischen Schiedsgerichtskommission der Partei Die Linke.

Soweit die dürren Fakten. Die Persönlichkeit Manfred Leschs und hier vor allem seine Bedeu-tung für die Entwicklung der DFG-VK wird damit nur vom Erscheinungsbild her erfasst, wie überhaupt ein Nachruf nicht den Anspruch erfüllen kann, einem Menschen nach seinem Tod gerecht zu werden.

In Widerspiegelung dessen, was wir als Autoren dieses Nachrufs über und mit Manne von ihm kennengelernt haben, ergibt sich das vielschichtige Bild eines Menschen, der einem zuerst durch seine Sachlichkeit, seine Rationalität und durch seine ständige Bereitschaft zur Reflexion auffiel. In den zum Teil hitzigen Diskussionen vor, während und unmittelbar nach der Fusion der DFG-VK waren seine Ruhe und vor allem auch seine Kompetenzen so gewichtig, dass, wie Manne selbst erinnerte, Helmut-Michael Vogel, damals zusammen mit Klaus Mannhardt Bundesvorsitzender der DFG-VK, ihm ein ums andere Mal an entscheidenden Stellen von Disputen zuraunte: „Manne, jetzt musst du aber in die Bütt!“

Für diejenigen, die ihn nie kennengelernt haben: Manfred Lesch hatte die Fähigkeit zuzuhören, Widersprüche zu erfassen, aber auch zusammenzuführen, wieder zuzuhören und dann – nicht immer, aber oft – Lösungen anzubieten. Auf diese Weise hat er auch den Begriff des politischen Pazifismus mitgeprägt, genauer gesagt: dessen inhaltliche und vergleichsweise einmalige Bedeutung, die bis heute das Alleinstellungsmerkmal der DFG-VK in der Friedensbewegung und darüber hinaus darstellt. Er betonte immer, dass aus „Gesinnungspazifismus“ politisches Handeln werden müsse, um Kriege zu beenden.

Sein politisches Zuhause hat Manne in einem Brief beschrieben, aus dem bei der Trauerfeier zu seinen Ehren Folgendes zitiert wurde: „Ich war ein kämpferischer Sozialist und habe versucht, diesen Anspruch unter den Bedingungen einer kapitalistischen Klassengesellschaft zu verwirklichen. Ich war kein Sozialdemokrat/Liberaler, also kein diffus ‚liberaler und humaner‘ Mensch, sondern ein Sozialist getreu der sozialistischen Grundauffassung. Ich habe immer versucht als Sozialist Vorbild für andere zu sein.“ Daraus hat Manne seine Haltung zum politischen Pazifismus abgeleitet und sein Handeln; deswegen legte er z.B. immer so großen Wert darauf, „Kriegsursachen zu erkennen und zu beseitigen“. Auch wenn er in den letzten Jahrzehnten in der DFG-VK nicht mehr direkt aktiv war, beteiligte er sich doch an verschiedenen „Ehemaligen“-Zusammenkünften, zuletzt 2015 am bundesweiten Treffen anlässlich 40 Jahre fusionierter DFG-VK, bei dem seine Beiträge einmal mehr auf großes Inte-resse stießen. Für das Zustandekommen des Symposiums der Bertha-von-Suttner-Stiftung „Zukunft des politischen Pazifismus“ Anfang des Jahres in Frankfurt am Main hat er wichtige Ratschläge gegeben.

Zur Vielschichtigkeit seiner Person darf auf keinen Fall unerwähnt bleiben, dass für Manne zum Leben mehr gehörte als politische Betätigung oder berufli-

che Tätigkeiten: Er war auch ein kulturbezogener Mensch, der entsprechende Interessen liebte wie beispielsweise die Musik (er spielte Klavier) und die Erfahrung anderer Lebensstile (Manne darf man aufgrund seiner Liebe zu Frankreich getrost als frankophil charakterisieren). Soweit wir es erleben konnten, hatte Manne einen feinsinnigen, ja subtilen Humor, der häufig überraschend kam, wenn man zunächst nur seine Sachlichkeit sah. Freundschaften definierte er nicht: Er ließ sie entstehen und pflegte sie, wenn es möglich war.

Wir sind traurig, dass Manfred „Manne“ Lesch gegangen ist, aber auch dankbar für seine Freundschaft.

Heinrich Häberlein ist Vositzender der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Tobias Damjanov ist Bundessprecher der DFG-VK.

Foto: DFG-VK Kiel

Die Kieler Woche ist in jedem Jahr ein Besuchermagnet. Auch jetzt zog es Ende Juni wieder ungefähr drei Millionen in die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt. Regelmäßig ist auch die DFG-VK vertreten, protestiert gegen Kriegsvorbereitung und Krieg und wirbt für die Abschaffung der Bundeswehr. Ungefähr 5000 Flugblätter verteilten die Aktiven in diesem Jahr an die Kieler-Woche-BesucherInnen.

„Wir brauchen überzeugende Menschen, die auch über unsere eigenen kleinen Zirkel hinaus Gehör finden.“

Briefe der LeserInnen

Vor allem zum Beitrag „Widerspruch. Der Jubiläumskongress der DFG-VK wird zum Promifestspiel – schade, finden die Berliner Aktiven“ von Frank Brendle in ZC Nr. 2/2017, Seite 35 f.

Das Titelbild finde ich nicht so gelungen, wie es frühere waren. Verwechslungsgefahr! Das ist schade, weil der Inhalt deutlich über das Niveau von Kreuzworträtselheften hinausgeht. Denn hinsichtlich thematischer Vielfalt und Qualität der Beiträge ist es – wieder einmal – ein sehr lesenswertes Heft. Es zeigt, wie lebendig und rege unser Verband ist.

Zwei Anmerkungen: Die Grafik auf Seite 7 unterschlägt, dass 1968 nicht alle IdK-Gruppen die Fusion mitgemacht haben. Die Internationale der Kriegsdienstgegner/innen mit Sitz in Berlin gibt es weiterhin und sie ist aktiv. Ich hoffe sehr, dass sie vom Bundesvorstand für ein Grußwort angefragt und zum Bundeskongress eingeladen wird.

Zweitens: Die Kritik des Berliner DFG-VK-Landesverbands an der Planung des Buko teile ich überhaupt nicht. Der Vorwurf der Promifestspiele geht ins Leere, denn Margot Käßmann ist Mitglied der DFG-VK, aber sie ist keine DFG-VK-Funktionärin. Insofern gehört sie zur Basis. Warum sollte sie in dieser Eigenschaft ein Grußwort sprechen? Sie hat als Mitglied volles Rede- und Stimmrecht.

Zusätzlich ist sie aber eine Person des öffentlichen Lebens, die dem Verband allein durch ihr Auftreten mediale Aufmerksamkeit sichert. Das bedeutet doch nicht, dass ihr dadurch „eine führende Rolle übertragen werde“, wie der Berliner Landesverband mutmaßt. Gerade weil Käßmann Mitglied ist, bleibt der Kongress „von der Basis getragen“.

Man kann selbstverständlich Gastredner einladen, die Nicht-Mitglieder sind, zum Beispiel Gregor Gysi oder jemanden von der SPD, von den Grünen (Jürgen Grässlin war mal selber einer) und warum nicht auch von der CDU? Dann hätten wir eine partei-politische Diskussion, die aber wohl niemand will.

125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft sind Anlass für eine Standortbestimmung und vor allem ein Grund zu feiern. Es sollte ein Signal des Aufbruchs von dem Kongress ausgehen – nicht nur in den Verband, sondern in die Gesellschaft hinein. Und dazu brauchen wir überzeugende Menschen, die nicht nur in unseren eigenen kleinen Zirkeln bekannt und anerkannt sind, sondern die auch weit darüber hinaus Gehör finden.

Wolfgang Menzel, Offenburg (DFG-VK-Gruppe Mittelbaden)

Zum Beitrag „Wir werden das zu ändern wissen!‘ Gandhis Methode des gewaltlosen Widerstands als Ausgangspunkt eines Friedensforscher-Lebens“ von Theodor Ebert in ZC Nr. 2/2017, Seite 28 ff.

Sehr geehrter Herr Ebert,

mit deutlicher Verwunderung habe ich Ihnen Beitrag „Wir werden das zu ändern wissen!“ gelesen. Die Eingangspassage, dass durch den Wegfall der Wehr-

pflicht den jungen Männern als Wähler es leichter falle, zu verdrängen, dass in der Bundeswehr Menschen zum Töten ausgebildet werden.

Woher stammt Ihr Wissen, dass junge Männer (auch Frauen dürfen wählen, nur so am Rande) diesen Sachverhalt verdrängen? Nennen Sie bitte eine Partei, die man zurzeit wählen kann, um diesen Widerspruch aufzuheben? Natürlich könnte man jetzt einwenden: „Dann muss halt eine Partei gegründet werden."

Im weiteren Verlauf formulieren Sie dann die Geschichte Ihres Bruders bei der Kriegsdienstverweigerung. Er wurde anerkannt. Schön. Jetzt könnte man Ihrem Brunder aber vorhalten (so wie sie die „jungen Männer" provozieren), dass Ihr Bruder durch die erfolgreiche KDV zwar nicht zur Bundeswehr musste, aber als anerkannter KDVler immer noch der Wehrüberwachung unterlag, heißt, nach wie vor innerhalb der militärischen Logik. Damit hat er dann aktiv ebenfalls die Bundeswehr und deren Logik unterstützt.

Im Sinne von Gandhi wäre vermutlich nur die Totalverweigerung und das sich aktive und öffentlich machende Entziehen aus der Wehrüberwachung gewesen. Das habe ich mich damals auch nicht getraut (KDV-Anerkennung Anfang der 1980er). In einer öffentlichen Aktion haben wir in Mülheim a.d. Ruhr zumindest unsere Wehrpässe, die wir als KDVer immer noch behalten mussten, verbrannt. Folge: Geldsrafe wegen Vernichtung von Staatseigentum. Es war halt Friedensbewegung, und der Staat reagierte nicht so heftig. Nächste Aktion: Wir haben später, als wir Steuern zahlten und einen richtigen Job hatten, die Steuern dem Finanzamt in Form von Reis zur Verfügung gestellt, damit von den Steuergeldern keine Waffen gekauft werden konnten.

Das hätte Gandhi sicherlich auch klasse gefunden. Aber: Für einen Widerstand, wie ihn Gandhi mitorganisiert hat, braucht es ein gesellschaftliches Klima. Seine ersten Aktionen – noch als Anwalt in Südafrika – waren auch nicht so massenwirksam wie später seine Provokationen in seiner Heimat.

Ein solchen Klima hat es nach 1945 in der BRD und auch in der DDR nie gegeben. Selbst die „Ohne mich"-Bewegung Mitte der 1950er, die noch die größten Chancen hatte, traf auf ein Klima, das sich mehr mit der Wohlstandgesellschaft als mit Frieden beschäftigte. Man darf auch nicht vergessen, dass Gandhi seine Provokationen immer auch mit sozialen Fragen verbunden hat. Auch das hat nie eine Friedenbewegung in der BRD geschafft.

Mit freundlichem Gruß
Richard Boes, Kamenz/Sachsen

FELDPOST

TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

G20 in Hamburg hat es gezeigt: Ohne uns geht es nicht. Zwar waren wir in Bereitschaft, doch allen dürfte inzwischen klar sein, dass das eben nicht gereicht hat. Bei der nächsten Gelegenheit übernehmen wir den Häuserkampf, und dann können sich Flora und andere rote Schlupflöcher auf einen robusten Einsatz gefasst machen: Angriff vom Hubschrauber aus über das Dach und gleichzeitig eine Granate auf die Eingangstür und den Gerümpelhaufen davor, dann Reizgas ins Treppenhaus und durch jedes Fenster eine Blendgranate, und dann wollen wir mal sehen, ob die Hütte nicht in maximal zehn Minuten leer ist. Anschließend gleich die „Erstbehandlung" (wir verstehen uns ...) der roten oder schwarzen Schäfchen durch unsere Feldjäger und ab mit ihnen in den Chaotenpferch. Die Polizei kann in der Zeit das tun, wofür sie da ist: Falschparker abschleppen und Alkoholkontrollen durchführen.

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Die pazifistische Grundsatzerklärung

**Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.**

0317

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Vorname:
Nachname:
Geburtsdatum:
PLZ, Ort:
Straße und Hausnr.:
Telefon:
E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum:
Unterschrift:

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen)

- ○ Stufe 6 – Förderbeitrag 29,00 Euro
- ○ Stufe 5 – Förderbeitrag 22,00 Euro
- ○ Stufe 4 – Förderbeitrag 15,00 Euro
- ○ Stufe 3 – Normalbeitrag 10,00 Euro
- ○ Stufe 2 – Ermäßigter Beitrag 5,00 Euro
- ○ Stufe 1 – Mindestbeitrag 2,00 Euro

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich _____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig _____ Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

○ Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in:
IBAN:
BIC:
Datum:
Unterschrift:

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX

DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen

Weitere Informationen über die DFG-VK im Internet unter www.dfg-vk.de

Dieser achtseitige Flyer mit zahlreichen Informationen über die Geschichte und die Erfolge der Deutschen Friedensgesellschaft kann zur Mitgliederwerbung kostenlos in der DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle angefordert werden: www.shop.dfg-vk.de; Telefon 0711/51 89 26 26

„Erfolgreich trotz Verfolgung" – so stellt sich das Ergebnis von 125 Jahren Deutscher Friedensgesellschaft in historischer Perspektive dar. Als Mitbegründer der Historischen Friedensforschung in Deutschland möchte ich dazu beitragen, dass unsere Erkenntnisse auch in der friedenspolitischen Arbeit nutzbar gemacht werden.

Wolfram Wette

Bitte ausfüllen und in einem Fensterumschlag verschicken.

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart